

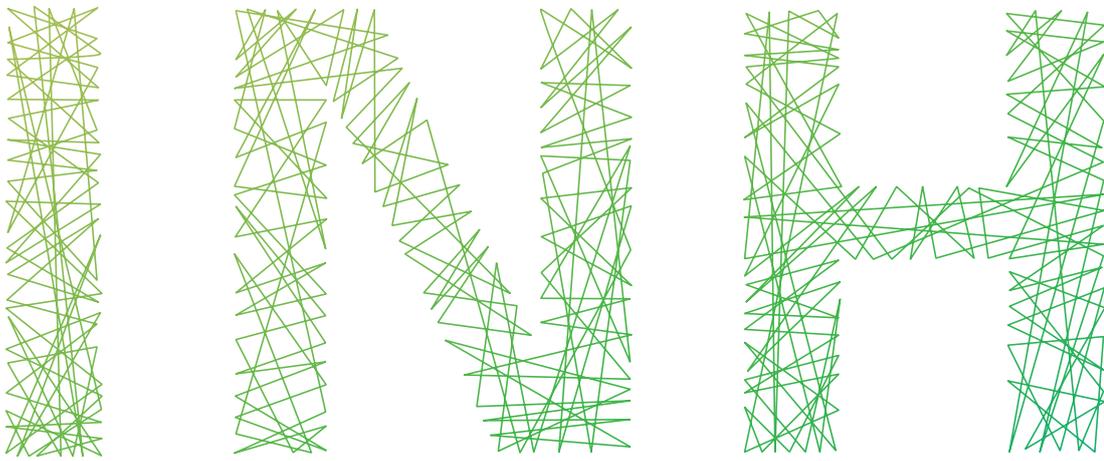


Landeshauptstadt
München

Europa-Jahresbericht 2016



M  **DICH**
MÜNCHEN MAG DICH
EUROPA VERBINDET



München & Europa

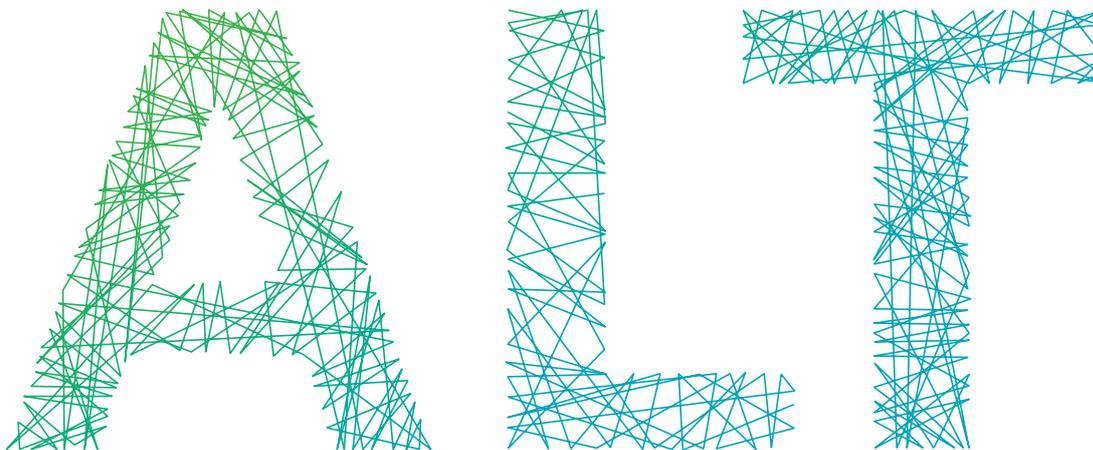
Die Stadt von morgen entwickeln	3
Stadtratskommission trifft Entscheidungsträger in Brüssel	4
Europa mitgestalten	5

Strategie

Städte bekommen mehr Gewicht	7
Direkte Beteiligung stärken	8
München gestaltet Freihandelsabkommen aktiv mit	9
München beteiligt sich am Meinungsbildungsprozess	10
Münchener Strategie zur Anpassung an den Klimawandel als Vorbild	12
Umweltfreundliche und bezahlbare Verkehrssysteme entwickeln	13
Kreislaufwirtschaftspaket vor dem Abschluss	14
Neuer Schwerpunkt Flucht und Entwicklung	16

Projekte

München als Labor für die Zukunft der europäischen Stadt	19
Gemeinsame Ziele	21
Komfortabel leben mit Shared Mobility	22
Innovative Wege zur stadregionalen Freiraumentwicklung finden	23
Mit ASTUS umweltfreundliche Mobilität und Siedlungsentwicklung fördern	24
EFRE-Mittel für Fernkältenetz	25
Erfolgreicher Münchner Projektantrag im EFRE	25
EU-Förderprogramme für den Kultur- und Kreativsektor nutzen	26
Inspiration aus Stockholm	26
Über den Tellerrand blicken	26
Virtuelle Türen: Das vernetzte Theaterprojekt PHONE HOME	27
Erfolgreich beim Internationalen Moot Court	28
Acht Jugendliche beim Leichtathletiksportfest in Sapporo	29
Tatkräftiger Einsatz der Meisterschule für das Bauhandwerk	29
Erfahrungsaustausch mit Göteborg zur Integration in den Bildungsbereich	30



Münchner Meisterschüler verhelfen Roms Friedhöfen zu altem Glanz	30
Münchens Gärtner Nachwuchs gestaltet Schaufläche	31
Love your local market: Europa feiert seine Marktkultur und München feiert mit	31
Kooperation in Sachen Energieeffizienz	32
Erfolg für Menschenrechte in der Ukraine	33
Praktikumsplätze für Flüchtlinge	34
Nachwuchskräfte engagieren sich	35
Internationales Interesse am Young Refugee Center	36
Netzwerke	
Fachreferate engagieren sich im Austausch mit anderen Städten	38
Münchner Qualifizierungsprogramm vorgestellt	39
Vorbild bei der nachhaltigen Beschaffung	39
Güter und Dienstleistungen teilen	40
EU-Aktionsplan Radverkehr	41
Netzwerk der Offenen Jugendarbeit	42
München unterzeichnet Europäische Charta für Gleichstellung	43
Stadträte beim CEMR-Kongress in Nikosia	43
Kommunikation	
Europa verstehen	45
Europa feiern	46
Die proeuropäische Stimme deutlicher denn je erheben	47
Anhang	
EU-Projekte der einzelnen Referate	48
EU-Projekte „Lebenslanges Lernen“	50
EUROCITIES-Stellungnahmen 2016	51
Konsultationen 2016	51
Aktive Mitarbeit in Netzwerken	52
Europa in der Stadtverwaltung	53

Titel: Unser Titelbild zeigt die Karlskirche in Wien und die Basilika von Notre-Dame de Fourvière, die sich im Doppelkegel der BMW Welt spiegeln.

MUNU

CHEN

REU

ROPA



Die Stadt von morgen entwickeln

Bürgermeister Josef Schmid,
Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft
der Landeshauptstadt München

München spielt eine maßgebliche Rolle in Europa. Das ist unter anderem das Ergebnis einer jahrelangen und erfolgreichen Interessenvertretung. Der Einsatz vieler Europaakteure hat sich bezahlt gemacht, denn die daraus resultierenden EU-Programme, die zwischenzeitlich aufgelegt wurden, berücksichtigen jetzt die Interessen der Städte. Die Landeshauptstadt hat 2016 rund 15 Millionen Euro an Fördergeldern von Europa erhalten. Unter anderem sind wir aktiv an zwei Großprojekten beteiligt, die über das Rahmenprogramm der Europäischen Union für Forschung und Innovation, HORIZONT 2020, gefördert werden. Mit namhaften Partnern und gemeinsam mit anderen europäischen Kommunen entwickeln wir die Stadt von morgen.

Innovative Stadtentwicklung

Da ist im Westen der Stadt das Smart-City-Projekt „Smarter Together“. München erhält aus Brüssel rund sieben Millionen Euro für innovative Stadtentwicklungsprojekte in den Modellregionen Neuaubing-Westkreuz und im neuen Stadtteil Freiam. In Zusammenarbeit mit städtischen Gesellschaften wie den Stadtwerken München und der Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung mbH (MGS) sowie Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft werden innovative Konzepte in den Bereichen Energieeffizienz und vernetzte Mobilität erarbeitet und erprobt.

Nachhaltige Mobilität

Im Norden Münchens sucht das Civitas-Projekt ECCENTRIC Lösungen für zukunftsorientierte und nachhaltige Mobilität in Siedlungen am Stadtrand – wissenschaftlich untersucht und entwickelt. Das Neubaugebiet Domagkpark und die benachbarte Parkstadt Schwabing sind das Testfeld. Rund vier Millionen Euro erhält München dafür von der EU.

Beide Projekte hat das Referat für Arbeit und Wirtschaft gemeinsam mit den Fachreferaten auf den Weg gebracht.

„Pakt von Amsterdam“

Europas Städte bekommen Geld von der EU. Aber das allein ist kein Beleg dafür, welches Gewicht sie für die europäische Politik insgesamt haben. Mit dem „Pakt von Amsterdam“ hat die EU ihre Zusammenarbeit mit den Kommunen neu strukturiert und in einer neuen Städteagenda festgelegt. Das Engagement der EU für die Städteagenda zeigt, dass die Kommission städtischen Fragen eine hohe Priorität einräumt und bereit ist, mehr denn je auf die Städte zu hören, wenn es darum geht, was bei ihnen funktioniert und was verbessert werden muss. Auch das ist das Ergebnis jahrelanger Arbeit in Brüssel und gemeinsam mit engagierten Netzwerken wie EUROCITIES oder dem CEMR (Council of European Municipalities and Regions).

60 Jahre Römische Verträge

Eine derartige Vernetzung und dichte Kommunikation zwischen Kommunen und Europa war vor 60 Jahren, als die Römischen Verträge unterzeichnet wurden, noch nicht denkbar. Aber diese Verträge waren eine wichtige Etappe auf dem Weg zur Gründung der Europäischen Union. Und um diese EU lohnt es sich weiter zu kämpfen.

Denn seit mehr als 70 Jahren leben wir hier im Herzen Europas in Frieden. München ist nicht zuletzt deswegen zu einer Wirtschafts- und Kulturmetropole geworden, weil sich unsere Stadt in diesen friedlichen Jahren entwickeln und entfalten konnte. Die Europäische Union ist dabei die Verkörperung des gemeinsamen Willens der europäischen Völker, partnerschaftlich diese Freiheit zu leben. Diesen Hintergrund sollten wir uns immer wieder ins Gedächtnis rufen, wenn Zweifler und Nörgler gegen Europa wettern und die EU grundsätzlich infrage stellen. Denn Europa ist mehr als ein wirtschaftlicher Zusammenschluss: Die Europäische Union ist der Garant für Frieden, Sicherheit und Wohlstand auf unserem Kontinent.

Diese Errungenschaften sind für die kommenden Generationen zu bewahren. Dadurch erhält die Arbeit an der Zukunftsfähigkeit unserer Städte ein besonderes Gewicht – eine Arbeit, die ohne die Unterstützung und die Vernetzung mit der EU im kontinentalen Maßstab nicht erfolgreich sein kann.

Stadtratskommission trifft Entscheidungsträger in Brüssel

Über Themen und Wege, kommunale Interessen in Brüssel zu vertreten, informierte sich die Stadtratskommission Europa bei einem Besuch im Juni vor Ort. Sie erhielt Einblicke in die Arbeit von Interessenvertretungen und führte Gespräche mit Entscheidungsträgern und EU-Institutionen sowie den Leitern der Brüsseler Büros von Göteborg, Kopenhagen und Malmö. Bürgermeister Josef Schmid leitete die Delegation, der auch die Stadträte Manuel Pretzl und Jens Röver sowie die Stadträtinnen Dr. Manuela Olhausen, Ulrike Boesser, Lydia Dietrich und Sonja Haider sowie Kommunalreferent Axel Markwardt und Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltung angehörten.

Im Zentrum der zweitägigen Reise im Juni stand der direkte Austausch mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments und Vertretern der Europäischen Kommission zu aktuellen kommunalrelevanten und europapolitischen Themen. Dabei lag der Fokus auf der Urbanen Agenda, der Europäischen Alpenraumstrategie, der Grünen Vergabe, dem Brexit sowie den geplanten Freihandelsabkommen. Besonders aufschlussreich war das intensive Gespräch mit Günther Oettinger, dem seinerzeitigen EU-Kommissar für digitale Wirtschaft und Gesellschaft. Dieser betonte die Wichtigkeit schneller Internetanbindungen und den Ausbau der „digitalen Straßen“. In technischer Hinsicht seien insbesondere die Glasfaserkabelversorgung und im Funkbereich der 5G-Standard zu fördern.

Energie, Digital und Transport

Drei große Bereiche bezeichnete er als Schwerpunkte für die EU-Kommission, die immer stärker zusammenwachsen: Energie, Digital und Transport. So seien intelligente Energienetze erst durch den Einsatz digitaler Elemente möglich. In diesem Zusammenhang hob Oettinger die Bedeutung des Münchner Smart-City-Projektes „Smarter Together“ hervor und zeigte sich interessiert an einem Fortschrittsbericht. Er begrüßte besonders, dass München seine Partnerstadt Kiew als Beobachter in das Konsortium aufgenommen hat.

Darüber hinaus diskutierte die Stadtratskommission mit Experten der Vertretungen des Freistaats Bayern, der bayerischen Kommunen und des Deutschen Städtetags über die kommunale Europaarbeit in Brüssel. Eine Vertreterin von EUROCTIES stellte die Arbeit des Städtenetzwerks vor und nannte die Koordination städtischer Interessen als zentralen Schwerpunkt einer wirkungsvollen Europaarbeit. In den verschiedenen Arbeitsgruppen von EUROCTIES ist die Landeshauptstadt seit Jahren aktiv.

Stadtratskommission Europa

Die Stadtratskommission Europa ist ein beratendes Organ für den Stadtrat. Sie befasst sich mit kommunal relevanten Initiativen der EU, mit EU-Projektanträgen der städtischen Fachreferate, mit Förderprogrammen und mit Stellungnahmen zu Konsultationsverfahren der EU, die von der Stadt direkt an die EU-Kommission gehen.

Mitglieder mit Stimmrecht sind:

- Josef Schmid, 2. Bürgermeister und Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft
- Manuel Pretzl, CSU
- Dr. Manuela Olhausen, CSU
- Ulrike Boesser, SPD
- Jens Röver, SPD
- Lydia Dietrich, Die Grünen/Rosa Liste
- Gabriele Neff, FDP
- Sonja Haider, ÖDP





Europa mitgestalten

Henriette Wägerle,
Leiterin des Fachbereichs Europa im
Referat für Arbeit und Wirtschaft

2016 war ein anstrengendes Jahr für Europa: Europäische Institutionen werden angefeindet, die Briten votieren für den EU-Austritt, der Umgang mit den zahlreichen Flüchtlingen entzweit die EU-Mitgliedsländer, Terroranschläge fordern die Demokratie heraus. Auch München war und ist betroffen. In dieser Situation haben die 187 Mitglieder des europäischen Städtenetzwerkes EURO CITIES sich klar für ein starkes Europa und die europäische Zusammenarbeit ausgesprochen. Trotz des Brexit-Votums wollen die britischen Mitgliedstädte weiterhin im europäischen Städteverbund mitarbeiten.

Das Brexit-Votum machte jedoch deutlich, dass wir stärker daran arbeiten müssen, den Bürgerinnen und Bürgern die Verdienste eines geeinten Europas näherzubringen. Gerade in den Städten können wir sehen, dass die Werte des Europäischen Projektes immer noch gelebt werden. Städte in ganz Europa arbeiten zusammen, um die besten Lösungen zu erproben und gemeinsam mit ihren Bürgerinnen und Bürgern eine ökonomische, soziale und ökologische Zukunft zu bauen. Europäische Städte haben auch mit Solidarität und Tatkraft auf die Flüchtlingssituation reagiert.

In dieser Situation ist es umso wichtiger, dass Städte an der europäischen Integration aktiv mitwirken können. Die Urbane Agenda, an der München intensiv mitgearbeitet hat, ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung, aber sowohl EU-Institutionen als auch die Mitgliedsstaaten müssen mit Städten noch intensiver zusammenarbeiten, damit wir gemeinsam ein stärkeres Europa bauen können. Die Landeshauptstadt hat sich 2016 nicht nur aktiv daran beteiligt, ihre Interessen und die gemeinsamen Interessen der europäischen Großstädte gegenüber der EU-Kommission zu vertreten.

Die Verwaltung hat auch gezeigt, dass sie die Herausforderungen konkret angeht: Gemeinsam mit anderen Großstädten wie Lyon, Wien, Madrid, Venedig, Sofia, Kiew, Turku und vielen mehr haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeshauptstadt referate- und stadtübergreifende spannende Projekte zu den drängendsten städtischen Handlungsfeldern wie Energie, multimodale Verkehrssysteme, Flüchtlingsintegration, IT-Lösungen

und integrierte Stadtplanung entwickelt. Die Projektanträge waren erfolgreich: Dadurch konnten wir nicht nur rund 15 Millionen Euro für die Münchner Projektbausteine von der EU einwerben, wir werden in den kommenden Jahren mit unseren europäischen Kollegen auch neuartige Lösungen europaweit erproben und dadurch Europa praktisch mitgestalten.

Nach zähen Verhandlungen ist es den Vereinten Nationen 2015 gelungen, sich mit der Verabschiedung der Sustainable Development Goals (SDG) auf eine Agenda 2030 zu einigen. Am 20. Oktober 2016 haben die Vereinten Nationen auf der „Habitat III“ in Quito die „New Urban Agenda“ ratifiziert, die Städten weltweit eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsstrategie zuweist. Die Bundesregierung wird – wie andere Länder auch – im kommenden Jahr ihre darauf aufbauende nationale Nachhaltigkeitsstrategie veröffentlichen, die dann wiederum von Kommunen mit Leben erfüllt werden muss.

Organisatorisch hat München bereits darauf reagiert: Mit den Europabeauftragten der Fachreferate wurde die Europa-Strategie weiterentwickelt, damit wir auch künftig gewappnet sind für die zunehmende Europäisierung der kommunalen Agenda. Zum 1. Januar 2016 wurde die kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit dem Fachbereich Europa zusammengelegt, und der Stadtrat hat uns beauftragt, ein Konzept für eine Gesamtstrategie „Internationales“ zu entwickeln. Ein neuer Themenschwerpunkt „Flucht und Entwicklung“ ist bereits identifiziert, hier wird ein Handlungskonzept ausgearbeitet und geprüft, welche Kooperationsprojekte mit von der Flüchtlingskrise betroffenen Regionen initiiert werden können.

Der Europabericht 2016 ist somit die letzte Ausgabe in dieser Form. Künftig werden wir von München in Europa und der Welt berichten.

S

T

R

A

T

E

G

L

E

Städte bekommen mehr Gewicht

Mit dem Fortschreiten der europäischen Integration über die letzten Jahrzehnte hinweg ist auf europäischer Ebene auch das Bewusstsein für die Rolle der Städte und Gemeinden gewachsen: Ein großer Teil der europäischen Politik wirkt sich sehr konkret auf das Handeln der Kommunen aus, zugleich ist Europa auf den Rückhalt, die Beteiligung und die Ideen der kommunalen Ebene angewiesen. Ein wichtiges Instrument: Die Urbane Agenda der EU.

Ihr Kernstück ist die Etablierung strategischer Partnerschaften, in denen sowohl über verschiedene Politikbereiche als auch über verschiedene Zuständigkeits Ebenen kooperiert wird. Mit der Etablierung strategischer Partnerschaften wird das gewährleistet. Der Ende Mai beschlossene Pakt von Amsterdam bildet die Grundlage der Urbanen Agenda der EU.

Von den zentralen Herausforderungen der EU – Integration der Flüchtlinge, Alterung der Gesellschaft, Spaltung in Reiche und Arme, zunehmende Mobilität und ihre Folgen – sind Städte in besonderem Maß betroffen. Städte spielen eine herausragende Rolle in Europa. 72 Prozent der Unionsbürgerinnen und -bürger leben in Städten. 85 Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts wird in Städten generiert, und 70 Prozent aller Arbeitsplätze sind dort zu finden. Und: 70 Prozent der EU-Gesetzgebung wird in den Städten umgesetzt.

Neue Arbeitsmethoden

Trotz der großen Bedeutung von Städten wurden diese bisher nicht in ausreichendem Maße in die Gestaltung der sie betreffenden Politikbereiche einbezogen. Die Umsetzung der Städteagenda erfolgt nun durch eine neue und „demokratische“ Arbeitsmethode. Die Agenda umfasst zwölf Schwerpunktthemen. Eines widmet sich zum Beispiel der Integration von Migranten und Flüchtlingen und damit einer der wichtigsten Fragen unserer Zeit, auch für die Städte.

Zu jedem Schwerpunktthema arbeitet eine sogenannte Partnerschaft (siehe auch S.8), die aus ausgewählten Mitgliedsstaaten, einer Anzahl von Städten, der Europäischen Kommission, europäischen Organisationen (Europäische Investitionsbank, Ausschuss der Regionen, Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss) sowie Interessenvertretern (Nichtregierungsorganisationen, Fachleute, Wirtschaftsvertreter) besteht. Alle Experten des jeweiligen Themas arbeiten gleichberechtigt zusammen.



Lokale Bedürfnisse stärken

Im Vordergrund steht die Stärkung einer auf lokale Bedürfnisse ausgerichteten Politik, jedoch ohne Kompetenzen der kommunalen Ebene einzuschränken. Konkret bedeutet dies, dass die Partnerschaften in einer zwei- bis dreijährigen Projektperiode Vorschläge erarbeiten werden, die aktiv in den Gesetzgebungsprozess auf EU-Ebene einwirken.

Die kommunale Ebene hat zukünftig die Möglichkeit, ihre Belange auf europäischer Ebene einzubringen. „Better Regulation“, „Better Funding“ und „Better Knowledge“ (bessere Rechtssetzung, bessere Nutzung von EU-Finanzierungsquellen und besserer Wissensaustausch) lauten die Zielgrößen, die durch die strategischen Partnerschaften mit Leben gefüllt werden.

Online-Portal der EU-Kommission

Die EU-Kommission hat Ende des Jahres ein neues Online-Portal für Informationen zur EU-Politik in den Bereichen Klima, Mobilität und Kreislaufwirtschaft im urbanen Raum eingerichtet. Neben politischen Themen informiert das „One-stop-shop“-Portal und unterstützt Städte dabei, EU-Finanzierungsmöglichkeiten effektiv zu nutzen – und zwar besonders in den Bereichen bezahlbarer Wohnraum, Energieeffizienz und Teilhabe. Zusätzlich wurde die Plattform für stadtpolitische Daten, die „Urban Data Platform“ eingerichtet. Hier können sich Stadtverantwortliche und Fachleute zum Zustand und der Entwicklung der mehr als 800 europäischen Städte informieren. Sie können so leichter Daten abgleichen, Leistungen vergleichen und Entwicklungen beobachten – eines der Kernziele der EU-Städteagenda.



Direkte Beteiligung stärken

Die Landeshauptstadt beteiligte sich an der Etablierung der Urbanen Agenda von Anbeginn. Die Interessen Münchens wurden gegenüber der EU-Kommission und dem EU-Parlament sowie auf Bundesebene vertreten. Gemeinsam mit dem Städtenetzwerk EUROCIITIES wurden viele Forderungen umgesetzt. München schlägt vor, dass die EU-Kommission zusammen mit den Städten ein Modell des langfristig angelegten Lernens über europäische Stadtentwicklung und die konkrete Auswirkung der Fachpolitiken entwickelt.

Einzelne Forderungen Münchens:

- Ernennung eines städtischen Gesandten, der die praktische Koordinierung der Politikfelder mit städtischem Bezug innerhalb der EU-Kommission stärkt. Dieser städtische Gesandte soll die einzelnen Sektorpolitiken verknüpfen unter Berücksichtigung der verschiedenen Regierungsebenen (lokal bis supranational).
- Stärkung der direkten Beteiligung der Städte in der EU-Politik.
- Treffen mit Bürgermeistern und Vor-Ort-Besichtigungen von Kommissaren sowie Hospitationen von Kommissionsmitarbeitern in städtischen Verwaltungen sollten Bestandteil sein.
- München sieht die Notwendigkeit der Etablierung eines neuen Multilevel-Governance-Ansatzes, der zivilgesellschaftliche Organisationen zur Lösung von sozialen Herausforderungen einbezieht, und unterstützt damit die Ansicht des Ausschusses der Regionen.
- Die erfolgreiche Umsetzung einer Urbanen Agenda bedingt ein breites Beteiligungsverfahren der Mitgliedsstaaten, Länder, Regionen und Kommunen sowie der Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen.
- Die Europäische Kommission sollte Maßnahmen ergreifen, die die interne Koordination zwischen den einzelnen Generaldirektionen in Bezug auf Stadtentwicklung verbessert.
- Darüber hinaus sollte auf Ebene der Vizepräsidenten der Europäischen Kommission ein abgestimmter, regelmäßiger strategischer Dialog mit den Städten stattfinden.

Strategische Partnerschaften sind die Basis der Zusammenarbeit

Die Partnerschaften der Urban Agenda konzentrieren sich auf zwölf vorrangige Themen. Jede Partnerschaft sollte nicht länger als zwei bis drei Jahre dauern und etwa fünf Phasen durchlaufen. Zuerst findet die Bestandsaufnahme statt, in der die Partnerschaft die bestehenden Arbeiten zum vorrangigen Thema identifiziert. Nach den vorbereitenden Maßnahmen zur Ermittlung von Engpässen und Potenzialen sowie Schwerpunktbereichen des Aktionsplans ist die dritte Phase die Einigung über den Aktionsplan mit Empfehlungen für die Weiterentwicklung, dann folgt die Durchführungsphase. In der fünften und letzten Phase wird der Prozess ausgewertet, um die gewonnenen Erkenntnisse für bestehende und neue Partnerschaften zu formulieren.

Folgende Partnerschaften sind für die kommenden Jahre geplant:

- Arbeitsplätze und Fertigkeiten in der lokalen Wirtschaft
- Städtische Armut
- Wohnungsbau
- Einbeziehung von Migranten und Flüchtlingen
- Nachhaltige Nutzung von Land und naturbasierte Lösungen
- Luftqualität
- Digitaler Übergang
- Innovative und verantwortungsvolle öffentliche Auftragsvergabe
- Klimaanpassung
- Energiewende
- Kreislaufwirtschaft
- Urbane Mobilität

München gestaltet Freihandelsabkommen aktiv mit

Die Landeshauptstadt München hat sich seit Beginn der Verhandlungen zu TTIP im Jahr 2013 für eine aktive Mitgestaltung der Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA eingesetzt. Dabei nimmt sie die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst und hat deutliche Forderungen geltend gemacht. Die Schwerpunkte der städtischen Interessen liegen auf einer verstärkten Einbeziehung der Städte in die Verhandlungen, dem Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge und der europäischen Standards.

Unter anderem hat die Landeshauptstadt zusammen mit anderen europäischen Städten im Rahmen des Städtetzwerks EUROCITIES eine Stellungnahme zu den geplanten Freihandelsabkommen erarbeitet. Im Mai 2016 wurde diese Stellungnahme überarbeitet und auf den aktuellen Stand gebracht sowie an alle relevanten EU-Akteure verschickt.

Die Stellungnahme beinhaltet folgende Punkte:

- Städte sollten in den Verhandlungsprozess fest eingebunden werden.
- Die Städte fordern eine Folgenabschätzung der direkten und indirekten Auswirkungen der Freihandelsabkommen auf lokaler Ebene durch die EU-Kommission, wobei die Ergebnisse in die Verhandlungspositionen der EU einfließen sollen.
- Die Städte fordern die ausdrückliche Herausnahme der Daseinsvorsorge aus dem Anwendungsbereich der Freihandelsabkommen, da die Erbringung dieser Leistungen ansonsten gefährdet ist. Das Europäische Parlament unterstützt diese Forderung ausdrücklich.
- Regelungen zur öffentlichen Beschaffung und Beihilfe müssen im Rahmen des geltenden EU-Rechts bleiben. Die Schwellenwerte der Vergaberichtlinien sollen beibehalten werden. Es muss weiterhin möglich sein, umwelt- und sozialbezogene Vergabekriterien zu verwenden.
- Die Freihandelsabkommen dürfen nicht zu einer Abschwächung bereits etablierter EU-Standards führen in den Bereichen: Sozial- und Arbeitssicherheit, sozialer Wohnungsbau, Umwelt, Verbraucher- und Datenschutz, Gesundheitsschutz, Kultur und Erziehung, Lebensmittel- und Produktsicherheit, Tierschutz.
- Das Regulierungsrecht aller öffentlichen Regierungen muss gewahrt werden.

CETA

CETA steht für „Comprehensive Economic and Trade Agreement“, also für ein „umfassendes Abkommen über Wirtschaft und Handel“, und wurde Ende Oktober 2016 von der EU und Kanada unterzeichnet. Vorausgegangen war ein turbulenter Abstimmungsprozess im Rat der Europäischen Union, da die belgische Region

Wallonie die Zustimmung lange Zeit verweigert hatte. Nach der Unterzeichnung wird zunächst noch das EU-Parlament über CETA abstimmen, danach alle nationalen Parlamente.

TTIP

Die Verhandlungen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP) sollten ursprünglich zum Jahresende 2016 abgeschlossen sein. Da bei den Verhandlungsrunden zu bestimmten Bereichen keine Einigung erzielt werden konnte, war der Abschluss der Verhandlungen nicht möglich. Nach aktuellem Verhandlungsstand verblieben zwischen den Verhandlungsparteien insbesondere im Bereich der Öffnung der Märkte für Dienstleistungen und öffentliche Beschaffung deutliche Meinungsverschiedenheiten.

Im Rahmen der besonders strittigen Investor-Staat-Streitschlichtung (ISDS) wurde über den EU-Vorschlag einer Investitionsgerichtsbarkeit diskutiert, wobei von einer Annäherung noch nicht ausgegangen werden kann. Nach den Wahlen in den USA ist es Ziel der Kommission, die bisherigen Ergebnisse der TTIP-Verhandlungen zu sichern. Die EU-Kommission plant, die Verhandlungen auszusetzen, bis die neue us-Regierung ein entsprechendes Interesse an einer Fortsetzung signalisiert.

TiSA

Anfang Februar verabschiedeten die Abgeordneten des Europäischen Parlaments ihre Empfehlungen zu den Verhandlungen über das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (Trade in Services Agreement, TiSA). Die Forderungen decken sich größtenteils mit dem Forderungskatalog, den der Münchner Stadtrat bereits 2014 verabschiedet hat. Das Dienstleistungsabkommen soll laut der Entschließung des Parlaments den Zugang der EU-Unternehmen zu internationalen Märkten erleichtern, gleichzeitig sollten die EU sowie nationale und lokale Behörden nicht gezwungen werden, öffentliche Dienstleistungen dem Wettbewerb zu öffnen, und nicht daran gehindert werden, Rechtsvorschriften im Interesse der Öffentlichkeit zu erlassen, so die EU-Abgeordneten. TiSA dürfe die öffentlichen Dienstleistungen, unsere Kultur, das Arbeitsrecht, Umweltstandards sowie den Konsumenten- und Datenschutz nicht untergraben.

Ausblick

Auch 2017 werden die Freihandelsabkommen für Diskussionen sorgen und die Arbeit des Fachbereichs Europa prägen. Während die Verhandlungen zu TTIP gestoppt sind und CETA ausverhandelt ist, wird sich der Fokus zukünftig auf TiSA richten.

München beteiligt sich am Meinungsbildungsprozess

Sobald die EU-Kommission eine neue politische Initiative oder die Überarbeitung bestehender Rechtsvorschriften plant, befragt sie die Öffentlichkeit in Form einer Konsultation. Sie holt also die Meinung von Kommunen, Bürgerinnen und Bürgern ein und wägt die Expertisen von außen ab. München beteiligt sich rege an diesem Meinungsbildungsprozess.

Mehr unter

➔ www.muenchen.de/europa

Pflegende Angehörige unterstützen

Das Europäische Parlament macht sich stark für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Um die dafür notwendigen Arbeitsmarktbedingungen zu schaffen, verabschiedete das Parlament im September 2016 eine entsprechende Entschließung, die in vielen Punkten deckungsgleich ist mit Positionen, die die Landeshauptstadt München im Februar 2016 im Rahmen der Konsultation „Mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben für erwerbstätige Eltern und pflegende Angehörige“ vorgebracht hat.

Bei der städtischen Stellungnahme liegt der Schwerpunkt auf dem Thema „Pflege von nahen Angehörigen“. So sollte nicht nur die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf bedarfsgerecht ausgebaut werden, etwa durch Freistellung bei einer akut auftretenden Pflegesituation. Es sollten auch Angebote für die Gesundheitsprävention pflegender Angehöriger gemacht werden, wie Kuren oder Kurzzeit- und Tagespflege, so die Empfehlung aus München.

Im Konsultationsbeitrag fordert die Landeshauptstadt außerdem höhere Anreize für Menschen mit betreuungsbedürftigen Angehörigen, damit sie Betreuungsaufgaben übernehmen, sowie flexible Urlaubs- und Arbeitszeitregelungen. Der Verfügbarkeit und Qualität von Kinderbetreuung wird eine hohe Priorität eingeräumt. Auch sollte für Väter die Wahrnehmung der Elternzeit erleichtert werden, vor allem der Wechsel zwischen Teil- und Vollzeit.

Gewährung von Beihilfen vereinfachen

Die EU-Kommission sorgt für einen funktionierenden Wettbewerb in Europa. Von zentraler Bedeutung ist dabei das geltende EU-Beihilferecht, das im Bereich der staatlichen Subventionen gleiche Bedingungen für alle Marktteilnehmer schaffen soll. Betroffen sind insbesondere die Kommunen, die viele verschiedene öffentliche Dienstleistungen finanzieren. Die EU-Kommission möchte das Beihilferecht modernisieren und dazu die Beihilferechtsvorschriften und -verfahren straffen und vereinfachen, um den Verwaltungsaufwand so weit wie möglich zu verringern. Ein Instrument zur Entlastung der Kommunen ist die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO). Diese Verordnung legt bestimmte Gruppen von Beihilfen fest, die von der Pflicht der vorherigen Anmeldung bei der Kommission freigestellt sind.

Auch die AGVO soll durch die Aufnahme neuer Beihilfegruppen modernisiert und ausgeweitet werden. Hierzu hat die EU-Kommission im Frühjahr und im Herbst 2016 zwei Konsultationen gestartet. Die Landeshauptstadt hat Stellung genommen und der EU-Kommission ihre Erfahrungen und Positionen mitgeteilt.

In der Stellungnahme weist München darauf hin, dass die AGVO für größere Kommunen oftmals kein passendes Beihilfeinstrument darstellt. Das liegt vor allem am eingeschränkten Anwendungsbereich der AGVO, der sektoral, der Höhe nach und im Hinblick auf die Beihilfeintensität beschränkt ist. Allgemein sollten die entsprechenden Schwellenwerte der AGVO so hoch angesetzt werden, dass auch für große Städte Fördermaßnahmen ermöglicht werden, so der Vorschlag aus München. Wünschenswert wäre eine Aufnahme des Bereichs Tourismusförderung sowie ein allgemeiner Tatbestand für Infrastrukturprojekte.

Nachhaltige Bioenergiepolitik

Bis 2030 wollen die EU-Mitgliedstaaten den Treibhausgasausstoß um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 senken und mindestens 27 Prozent der Gesamtenergie aus erneuerbaren Quellen erzeugen. Die EU-Kommission prüft in einer Konsultation die Nachhaltigkeit der Bioenergie für die Zeit nach 2020.

München spricht sich dafür aus, dass neben der Bioenergie der Anteil an anderen erneuerbaren Energien wie Solar, Wind, Geothermie deutlich erhöht wird. Die vorrangige Verwendung von Mais und Getreide zur Gewinnung von Bioenergie wird kritisch gesehen. Stattdessen plädiert München für eine Verwendung von städtischen und landwirtschaftlichen Reststoffen und Abfällen, Abwasser und Klärschlamm. Im Bereich Wärme- und Stromerzeugung wird die Nutzung von Industrierückständen und von Abfall empfohlen.

Mittel aus dem Rückkehrfonds gut investiert

Im Sommer hat sich München an der Konsultation der EU-Kommission zum EU-Rückkehrfonds beteiligt. Ziel des Fonds ist es, die Rückkehr von Zuwanderern aus Drittstaaten in ihre Heimatländer zu finanzieren und die innerhalb der EU unterschiedlichen Verfahren des sogenannten Rückkehrmanagements zu verbessern und anzugleichen. Insbesondere die freiwillige Rückkehr soll durch Förderprojekte unterstützt werden. Die Ergebnisse der Konsultation sollen der Kommission helfen, künftige Förderinstrumente zu gestalten.

München konnte dazu Erfahrungen aus dem Projekt „Coming Home“ des Büros für Rückkehrhilfen im Sozialreferat, das mit Mitteln des Rückkehrfonds gefördert wird, beitragen. Der Rückkehrfonds hat sich sehr positiv auf die städtische Verwaltungsarbeit im Bereich der Rückkehrhilfen ausgewirkt, so das Fazit.

Das Ziel einer verbesserten Kooperation unter den Mitgliedstaaten sowie mit Drittstaaten auf allen Verwaltungsebenen wurde dank des Rückkehrfonds erreicht. Hilfreich war insbesondere der Austausch von Erfahrungen, Best-Practice-Beispielen und Informationen.

Die vom Rückkehrfonds finanzierten Aktivitäten waren gut auf die Bedürfnisse der Betroffenen ausgerichtet. München weist in der Stellungnahme allerdings auch auf die teilweise großen Differenzen unter den Mitgliedstaaten bei der Umsetzung EU-weiter Standards im Bereich der Rückkehrhilfe hin.

Beim E-Government Privatsphäre der Bürger wahren

In Zukunft sollen immer mehr Verwaltungsvorgänge online abgewickelt werden. Die Landeshauptstadt hat sich an der Konsultation zu digitalen öffentlichen Dienstleistungen und E-Government der EU-Kommission Anfang 2016 beteiligt. Als Grundvoraussetzung für das E-Government fordert München, die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger im Einklang mit dem EU-Datenschutzrecht zu wahren.

Bei der Einrichtung elektronischer Behördengänge sei außerdem auf folgende Punkte zu achten: Diskriminierungsfreier Zugang sämtlicher öffentlicher Online-Dienste für alle, benutzerfreundliche personalisierte Dienste, einmalige Mitteilung der Nutzerdaten an die Verwaltung, erhöhte Vertrauenswürdigkeit und Sicherheit der Dienste, Bereitstellung auf Mobilgeräten und Standardisierung.

Die Antworten der beteiligten Referate machten deutlich, dass bei der Umsetzung des E-Government-Aktionsplans in einigen Bereichen noch Nachholbedarf besteht und auch auf EU-Ebene wichtige Grundvoraussetzungen für die Entwicklung elektronischer Behördendienste geschaffen werden müssen. Als Hindernisse für die Einführung digitaler öffentlicher Dienste nannte München das Fehlen allgemein anerkannter elektronischer Identitäten sowie die fehlende Verknüpfung der Daten des öffentlichen Sektors untereinander.

EU-Transparenzregister beschlossen

Der Protest europäischer Großstädte gegen die Gleichsetzung von Lobbyisten und Kommunen war erfolgreich. Im Entwurf für ein verbindliches Transparenzregister für EU-Parlament, Rat und Kommission werden nun öffentliche Einrichtungen der Mitgliedstaaten auf nationaler und subnationaler sowie ihre Verbände unter der Bedingung ausgenommen, dass sie einzig im Namen der betreffenden öffentlichen Stellen handeln.

Nach Auswertung der Konsultation kommt die EU-Kommission zum Schluss, dass lokale und regionale Gebietskörperschaften sowie ihre repräsentativen Verbände von der neuen Vereinbarung ausgenommen sind. Zur Begründung heißt es, dass die öffentlichen, demokratisch gewählten Strukturen im europäischen System mit ihren unterschiedlichen Regierungsebenen einen besonderen Status haben und die Vertretung ihrer Interessen deshalb nicht mit Lobbytätigkeiten gleichgesetzt werden kann.

Die Landeshauptstadt München hatte im Rahmen der Konsultation darauf gedrungen, dass die Vertreter kommunaler Gebietskörperschaften und kommunaler Verbände nicht in den Anwendungsbereich des Registers fallen. München befürwortet grundsätzlich Transparenz in der Lobbyarbeit, die politische Mitgestaltung von Kommunen sei aufgrund ihrer verfassungsrechtlichen Stellung der Orientierung am Gemeinwohl aber grundsätzlich von der Lobbyarbeit wirtschaftlicher und sonstiger Interessenvertretungen zu unterscheiden.



Münchner Strategie zur Anpassung an den Klimawandel als Vorbild

Zur Anpassung an den Klimawandel wurde im Rahmen von Mayors Adapt ein Twinning-Programm zum Erfahrungsaustausch angeboten. München hatte sich beworben und wurde als „mentor city“ ausgewählt. Partnerstadt war Prag.

Mayors Adapt ist die Initiative der Europäischen Kommission zur Anpassung an die nicht mehr vermeidbaren Folgen des Klimawandels. Neben der Reduzierung des CO₂-Ausstoßes (Konvent der Bürgermeister) ist es notwendig, dass sich Städte und Gemeinden an die nicht mehr vermeidbaren Folgen des Klimawandels anpassen. München ist Mayors Adapt 2014 beigetreten. 2015 wurde ein gemeinsames Dach für den Konvent der Bürgermeister und Mayors Adapt geschaffen, der Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie.

Die unterzeichnenden Städte verpflichten sich, eine lokale Strategie zur Anpassung an den Klimawandel zu erarbeiten beziehungsweise die Anpassung an den Klimawandel in existierende maßgebliche Pläne zu

integrieren. Dies erfolgt in München über das Maßnahmenkonzept „Anpassung an den Klimawandel in der Landeshauptstadt“, das die Vollversammlung des Stadtrats am 15. November beschloss.

Im April besuchte die Stadt Prag München mit dem Umweltreferenten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Umweltreferats und des Instituts für Stadtplanung und Entwicklung. Der Besuch wurde von Referat für Umwelt und Gesundheit mit Unterstützung des Referats für Arbeit und Wirtschaft organisiert. Beide Städte stehen vor ähnlichen klimatischen Herausforderungen:

- Zunahme der Hitzeextrema
- längere Dauer von Hitzeperioden
- Veränderung der Niederschlagsmuster
- Zunahme von lokalem Starkregen

Themen des Austauschs waren die Entwicklung von Strategien und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel in München und Prag. Zudem wurden gute Umsetzungsbeispiele vor Ort besichtigt, in

enger Zusammenarbeit mit dem Baureferat und dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung: die renaturierte Isar als Vorbereitung auf Starkregen und Hochwasser sowie der Stadtteil Riem als Beispiel für Stadtplanung mit besonderer Berücksichtigung ökologischer Grundsätze.

Gegenbesuch in Prag

Die Stadt Prag lud zu einem Gegenbesuch im Rahmen der internationalen Konferenz „Urban adaptation, planning and practice: Supporting nature-based solutions“ im Oktober ein. In diesem Rahmen wurde die Entwicklung des Anpassungskonzepts für München und der Isar-Plan vorgestellt. Beide Vorträge wurden sehr positiv aufgenommen und in einer anschließenden Podiumsdiskussion wurde darüber diskutiert, welche Ansätze auch in Prag umsetzbar sind.

Der Austausch brachte für beide Städte wertvolle Erkenntnisse, wie das Thema Anpassung an veränderte klimatische Bedingungen angegangen wird und Maßnahmen umgesetzt werden. Beide Städte planen, in Kontakt zu bleiben.



Rechte des Verbrauchers gestärkt

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg hat München im Verbraucherschutzrecht mit einem Urteil vom 22. September auf ganzer Linie Recht gegeben. Nun muss auch auf Honig in Portionspackungen das Herkunftsland angegeben werden.

Die kleinen Honig-Portionspackungen, die 20 Gramm enthalten, kennt jeder: Man kann sie in Kantinen und Backshops kaufen, oder findet sie am Buffet zur Frühstücksauswahl. Die Frage, ob auf diesen Portionspackungen das Ursprungsland des Honigs anzugeben ist, betrifft europäisches Recht, so dass der Bayerische Verwaltungsgerichtshof, bei dem die Klage zunächst anhängig war, den Fall dem EuGH, der höchstgerichtlichen Instanz der EU, zur Klärung vorlegte. Dieser hatte zu beurteilen, ob die Portionspackungen mit Honig ein „verpacktes“ Lebensmittel im Sinne der einschlägigen EU-Verordnung sind, und urteilte mit Ja.

Damit wurde die Forderung der Landeshauptstadt durch den EuGH gestützt. Die Angabe des Ursprungslandes ist künftig auf den Portionspackungen anzugeben, unabhängig davon, ob sie einzeln verkauft oder als Teil einer Mahlzeit in Kantinen oder Gemeinschaftseinrichtungen angeboten werden.

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes trägt dazu bei, das Recht des Verbrauchers auf Information in der Praxis zu stärken.

Umweltfreundliche und bezahlbare Verkehrssysteme entwickeln

Das Verkehrs- und Mobilitätskonzept der Stadt München als integraler Bestandteil der Stadtentwicklungsstrategie stellte die Stabsstelle Mobilität des Referates für Stadtplanung und Bauordnung bei der Tagung „Master Mobility Plan for Green Cities – Sustainable and Interconnected Cities in Europe“ vor.

Die Tagung fand im November in Ljubljana in Slowenien statt. Veranstalter war das Institut der Regionen Europas (IRE), das bereits seit 2012 in Deutschland, Österreich, Polen und Italien ähnliche Tagungen durchgeführt hat. An der Veranstaltung nahmen rund 80 Personen aus sieben Ländern Europas teil, überwiegend aus Südosteuropa. Die Referentinnen und Referenten der Städte und der EU-Kommission sowie der Institutionen aus Wissenschaft und Forschung betonten die Notwendigkeit attraktiver, umweltfreundlicher und nachhaltiger, aber auch bezahlbarer Verkehrssysteme für eine zukunftsfähige Entwicklung der Städte und Regionen in Europa.

„Green City“ Ljubljana

Der Veranstaltungsort Ljubljana in Slowenien wurde nicht zufällig gewählt, sondern diente als gelungenes Beispiel der Umsetzung moderner Mobilitätskonzepte in einer Großstadt mit rund 280 000 Einwohnern, die sich nach der Aufnahme des Landes in die EU sehr positiv entwickelt hat. Ljubljana verfügt heute über eine große Fußgängerzone und eine verkehrsberuhigte, gut erhaltene Altstadt, Elektrofahrzeuge und ein Fahrradverleihsystem sowie eine Parkgarage unter der Altstadt für Bewohner und Besucher. Daher wurde der Stadt von der EU der Titel „Green City“ verliehen.

Wie München in eine „grünere Zukunft“ investiert

Traditionell ist die Münchner Weltleitmesse für Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft (IFAT) für den Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) die Zeit mit den intensivsten internationalen Kontakten. Auch dieses Jahr wurden an den meisten Tagen internationale Delegationen in der Zentrale des AWM empfangen.

Fast zeitgleich veranstaltete die EU-Kommission die Grüne Woche 2016 (Green Week Brussels), die wichtigste jährliche Veranstaltung, um über europäische Umweltpolitik zu diskutieren und Best-Practice-Beispiele auszutauschen. Das diesjährige Motto war: „Investitionen für eine grünere Zukunft“. Beide Veranstaltungen wurden erstmals verknüpft, was für die Landeshauptstadt München einen zusätzlichen Gewinn bedeutete und die Gelegenheit, einem internationalen Fachkreis ein Vorzeigeprojekt im Bereich der Abfallverwertung vorzustellen.

Neu bei der Green Week waren Partnerveranstaltungen außerhalb Brüssels auf lokaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene, die zum Thema passten. Ins Programm der Partnerveranstaltungen aufgenommen und entsprechend beworben wurde die im Rahmen der IFAT vom Verband Kommunaler Unternehmer e.V. (VKU) organisierte Exkursion zu Münchner Entsorgungsanlagen.

Aus Abfall wird hochwertige Erde

Die Exkursion veranschaulichte den Kreislauf der organischen Abfälle in München an zwei Stationen im Stadtgebiet. Sie führte zu einem der modernsten Wertstoffhöfe Münchens, auf dem neben fast 30 verschiedenen Wertstoffen auch Gartenabfälle getrennt gesammelt werden. Hier wird die Münchner Blumenerde, das Endprodukt der Bioabfallbehandlung, verkauft. Die Trockenfermentationsanlage des AWM wandelt jährlich bis zu 22.500 Tonnen Bioabfälle aus der braunen Tonne in Biogas und Strom um. Aus den Gärresten entsteht zusammen mit Gartenabfällen wertvoller Kompost, der zu hochwertigen Erden veredelt wird. An der Exkursion nahmen Experten aus Deutschland, Luxemburg, China und der Schweiz teil.

Sollte sich die EU-Kommission 2017 erneut entscheiden, Partnerveranstaltungen während der Green Week durchzuführen, wird sich der AWM wieder zur Teilnahme anmelden. Schließlich ist das eine gute Gelegenheit zur Anbahnung europäischer und internationaler Kontakte.



Kreislaufwirtschaftspaket vor dem Abschluss

Kommunales Lobbying für eine neue nachhaltige Wirtschaftsweise macht sich bezahlt: Das Europäische Kreislaufwirtschaftspaket ist auf der Zielgeraden.

Wann soll die letzte Tonne Müll deponiert werden? Wie hoch sollen die Recyclingquoten in Europa sein, und ab wann müssen alle Staaten sie erreichen? Wofür sollen die Produzenten von Waren verantwortlich sein, und wer übernimmt die Entsorgung der Siedlungsabfälle? Diese und weitere wichtige Fragen der zukünftigen Abfallwirtschaft diskutierten die Mitglieder des Europäischen Parlaments seit der Sommerpause 2016.

Intensive Diskussionen

Seit Dezember 2015 waren intensive Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Kommission, Parlamentariern und deren Mitarbeitern sowie vielen anderen Akteuren der zukünftigen europäischen Kreislaufwirtschaft nötig, um die Diskussionsgrundlage zu schaffen. Im Januar präsentierten die Mitgliedsstädte der EUROCITIES Waste Working Group ihre Vorstellungen auf einer von Municipal Waste Europe (MWE) und EUROCITIES organisierten Konferenz mit mehr als 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Brüssel. Der hier begonnene intensive Dialog wurde anschließend über das ganze Jahr hinweg teilweise in Einzelgesprächen fortgesetzt. Zu diesem Zweck organisierten die Brüsseler Büros des Verbands Kommunaler Unternehmer e.V. (VKU), von EUROCITIES und des MWE ein umfangreiches Besuchsprogramm im Europaparlament.

Die Positionen der kommunalen Abfallwirtschaftsbetriebe in Europa lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Einstellung der Deponierung sämtlicher biologisch abbaubarer sowie stofflich und thermisch verwertbarer Abfälle, um klimaschädliche Emissionen zu reduzieren.
- Definition des Begriffs „Siedlungsabfall“ im Einklang mit der entsprechenden OECD-Definition nur anhand von qualitativen, nicht quantitativen Kriterien, um Kleingewerbeabfälle nicht von den Recyclingzielen auszuschließen.
- Aufnahme einer Bestimmung zur verpflichtenden Zertifizierung von Recyclinganlagen, um eine hochwertige Weiterverarbeitung zu sichern und eine missbräuchliche Anwendung der Berechnungsmethode durch Umdeklarierung von Verfahrensschritten zu unterbinden.



- Anpassungen der Bestimmungen zur erweiterten Herstellerverantwortung mit dem Ziel, die Finanzierung aller Schritte des Lebenszyklus einschließlich der Beseitigung von Fehlwürfen und der Verschmutzung von öffentlichen Flächen (Littering) sicherzustellen.
- Zeitnahe Anpassung der Ökodesign-Richtlinie sowie der europäischen Ecolabel-Bestimmungen, um die Reparierbarkeit und das Recycling von Produkten zu verbessern und Verbrauchern eine bewusste Auswahl ressourcenschonender Alternativen zu ermöglichen.
- Einrichtung und Förderung einer Wissensplattform der europäischen Kreislaufwirtschaft für den Austausch von Best-Practice-Beispielen zwischen allen Mitgliedsstaaten, besonders auf regionaler und kommunaler Ebene.
- Anerkennung der von der EU-Kommission im Februar 2016 veröffentlichten Roadmap „Exploiting the Potential of Waste to Energy under the Energy Union Framework Strategy and the Circular Economy“, die die Abfallverbrennung im Kontext des Kreislaufpakets ebenfalls berücksichtigen soll.

Das Kreislaufwirtschaftspaket betreut im Europäischen Parlament federführend der Umweltausschuss (ENVI). Berichterstatlerin ist Simona Bonafé (S&D/Italien). Von deutscher Seite ist Karl-Heinz Florenz (EVP) als Schattenberichterstatter benannt. Die Berichterstatlerin hat ihren Bericht Ende Mai 2016 veröffentlicht und durch die vorangegangene Lobbyarbeit konnte der Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) einige seiner Positionen und Vorschläge schon dort erfolgreich einbringen.

Abstimmung soll im Februar 2017 sein

Auf Basis des Berichtsentwurfes sind bis Ende Juni 2016 mehr als 1500 Änderungsanträge zum Kreislaufwirtschaftspaket im EU-Parlament formuliert worden. Die meisten Änderungsanträge wurden zur Abfallrahmenrichtlinie gestellt. Eine 1. Lesung im Umweltausschuss war für Anfang November 2016 geplant. Nachdem jedoch eine so große Anzahl an Änderungsanträgen eingegangen war, hat sich der Zeitplan verschoben. Die erste Lesung im Umweltausschuss des EP ist nun für den 23./24. Januar 2017 und die Abstimmung im Plenum für März oder April vorgesehen. Derzeit gehen „gewöhnlich gut unterrichtete Kreise“ davon aus, dass sich die Diskussionen auch unter der estnischen Präsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2017 fortsetzen werden. Der AWM wird sich über den VKU, EUROCITIES, den MWE und den Rat der Gemeinden und Regionen Europas (CEMR) in die nun kommenden Verhandlungen über mögliche Kompromisse weiter einbringen.

Lobbykalender 2016

Erfolgreiche Lobbyarbeit erfordert einen hohen Einsatz. Das zeigt der Terminkalender von Günther Langer, Abfallwirtschaftsbetrieb München.

21.–22. Januar Leitausschuss des VKU, Vorstellung der Aktivitäten und des Arbeitsplans für den FA Europa

27.–28. Januar EUROCITIES Waste Working Group in Brüssel, Diskussion und Abstimmung über die Stellungnahme zum Europäischen Kreislaufwirtschaftspaket

29. Januar Gemeinsames Abfallseminar von EUROCITIES und MWE mit 300 Teilnehmern in Brüssel

15.–16. Februar FA-Europa-Sitzung in Brüssel, Diskussion und Abstimmung über die Stellungnahme zum Europäischen Kreislaufwirtschaftspaket und Gespräch mit Abgeordneten des Europaparlaments

19.–22. April Persönliche Gespräche mit Abgeordneten des Europaparlaments sowie deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

13. Mai Teilnahme des AWM am Europatag, kurzes Interview zur Rolle des AWM in der europäischen Abfallpolitik und -beratung

31. April–2. Mai IFAT München, Führung zur Biogasanlage im Rahmen des Partnerprogramms der Green Week Brussels, Diskussionsveranstaltung zur europäischen Abfallpolitik, Sitzung des FA Europa und Vorträge in der Zentrale des AWM

14. und 15. Juni EUROCITIES Waste Working Group in Oslo, Diskussion und Abstimmung über die Stellungnahme zum Europäischen Kreislaufwirtschaftspaket

7. und 8. September FA-Europa-Sitzung in Brüssel, Diskussion und Abstimmung über die Stellungnahme zum Europäischen Kreislaufwirtschaftspaket und Teilnahme an einer Sitzung der CEMR Expert Group on Waste

29. und 30. September Vortrag zur europäischen Abfallpolitik auf der Landesgruppen Fachtagung des VKU Hessen

18.–20. Oktober EUROCITIES Waste Working Group in Ljubljana, Diskussion und Abstimmung über die Stellungnahme zum Europäischen Kreislaufwirtschaftspaket und Gespräch mit Vertretern der EU-Kommission

9. November Netzwerktreffen der Europaakteure der Landeshauptstadt München

Abkürzungen: **AWM** (Abfallwirtschaftsbetrieb München), **VKU** (Verband Kommunaler Unternehmer e.V.), **CEMR** (Rat der Gemeinden und Regionen Europas), **MWE** (Municipal Waste Europe), **IFAT** (Weltleitmesse für Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft), **FA** Europa



Neuer Schwerpunkt Flucht und Entwicklung

Trotz Rückgang der Flüchtlingszahlen war die Flüchtlingskrise auch 2016 noch immer eine der größten Herausforderungen für Politik und Gesellschaft. Deshalb verankert die Landeshauptstadt München die Bekämpfung von Fluchtursachen künftig als Schwerpunkt in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit und lenkt das Engagement noch stärker auf die Fluchtursprungs- oder Aufnahme-regionen.

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung erfolgte mit der Einrichtung einer entwicklungspolitischen Koordinierungsstelle. Die Stelle wurde im Dezember besetzt und wird ein Handlungskonzept für die Etablierung des neuen Schwerpunkts Flucht und Entwicklung erarbeiten, die entwicklungspolitischen und flüchtlingsbezogenen Aktivitäten auf kommunaler Ebene stärker vernetzen und konkrete Kooperationsprojekte mit betroffenen Kommunen im Ausland etablieren. Den

neuen Schwerpunkt stellte Bürgermeister Josef Schmid bei einem Treffen mit Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller Ende Oktober in München vor. Bürgermeister Schmid: „Angesichts der Flüchtlingskrise ist es notwendig, dass wir uns künftig intensiver mit dem Thema Flucht auseinandersetzen und aktiver vor Ort für die Bekämpfung von Fluchtursachen einzubringen.“

Kooperationsvorhaben mit einer Aufnahmekommune

In den Anrainerstaaten Syriens stehen die Kommunen vor immensen Herausforderungen bei der Versorgung von Flüchtlingen. Die dortigen Lebensbedingungen hängen wesentlich von der Leistungsfähigkeit der Kommunen ab. München verfügt über ein enormes Potenzial an Erfahrungen und Fertigkeiten, um die Verwaltungen in den betroffenen Regionen zu unterstützen.

So ist, einer neuen Initiative des Bundesministeriums für wirtschaft-

liche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) folgend, eine Projektpartnerschaft mit einer Aufnahmekommune von Flüchtlingen in einem der Anrainerländer Syriens geplant. Um konkrete Perspektiven vor Ort zu schaffen, steht die Qualifizierung vor allem jugendlicher Flüchtlinge durch kommunalen Wissenstransfer im Vordergrund. Das Erlernen praktischer Fähigkeiten soll es ihnen ermöglichen, sich Existenzen aufzubauen, damit sie aktiv am künftigen Wiederaufbauprozess in den Grenzgebieten zu Syrien oder in Syrien mitarbeiten können.

Bislang war diese Kooperation mit der osttürkischen Gemeinde Mardin, 20 Kilometer vor der syrischen Grenze, geplant. Die aktuellen politischen Entwicklungen in der Türkei gefährden jedoch das Vorhaben mit Mardin. Im November wurde der Oberbürgermeister der Gemeinde inhaftiert, seine Amtskollegin sowie 420 weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Dienstes enthoben.

Perspektivenwechsel: München – Maghreb

Die Stadt München trägt zur Stärkung der kommunalen Strukturen in der Maghreb-Region bei. Unterstützt vom Bundesentwicklungsprogramm CoMun ermöglichte sie Dr. Meriem Chabou, Dozentin an der Ecole Polytechnique d'Architecture et d'Urbanisme in Algier, eine Hospitation in München.

Dr. Chabous Hospitation fand im Rahmen von „Baladiya – neue Wege in der Stadtentwicklung“ der Europäischen Akademie Berlin statt. Das Projekt richtet sich an algerische, marokkanische und tunesische Fachkräfte auf dem Gebiet der Stadtentwicklung. Wie die Menschen in Algerien, Marokko und Tunesien künftig leben und arbeiten werden, entscheidet sich wesentlich in den Städten. Stadtentwicklung hat daher einen starken Einfluss auf die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und auf das Gelingen der Veränderungen, die die Bürger und die Politik bewirken wollen.

Eine Woche lang begleitete Dr. Chabou das Referat für Stadtplanung und Bauordnung durch den Alltag, zu

gelungenen Projekten und bei aktuellen Beteiligungsverfahren. Für die Hospitantin, die sich im Zuge eigener Studien mit dem „informellen Bauen“ befasst, waren die Projekte zur Unterbringung von Flüchtlingen und die Vorhaben zur Wohnraumversorgung für alle Bevölkerungsgruppen ebenso wie die Standards der Bürgerbeteiligung in München von besonderem Interesse. Bei einem Spaziergang durch das Sanierungsgebiet „Innsbrucker-Ring-Berg am Laim“ standen vielfältige Maßnahmen im Rahmen der Gebietsentwicklung wie Lärmschutzbebauung, Freiflächengestaltung und Aufwertung des Ortszentrums im Mittelpunkt.

Am letzten Tag ihres Aufenthalts war Dr. Chabou in die Durchführung eines Workshops im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit zum Konzept zur Freiraumentwicklung in München 2030 in der Rathausgalerie eingebunden. Besonders gut gefielen ihr die partizipativen Elemente der Ausstellung Freiraum 2030 wie die Postkartenaktion für Bürgerinnen und Bürger.

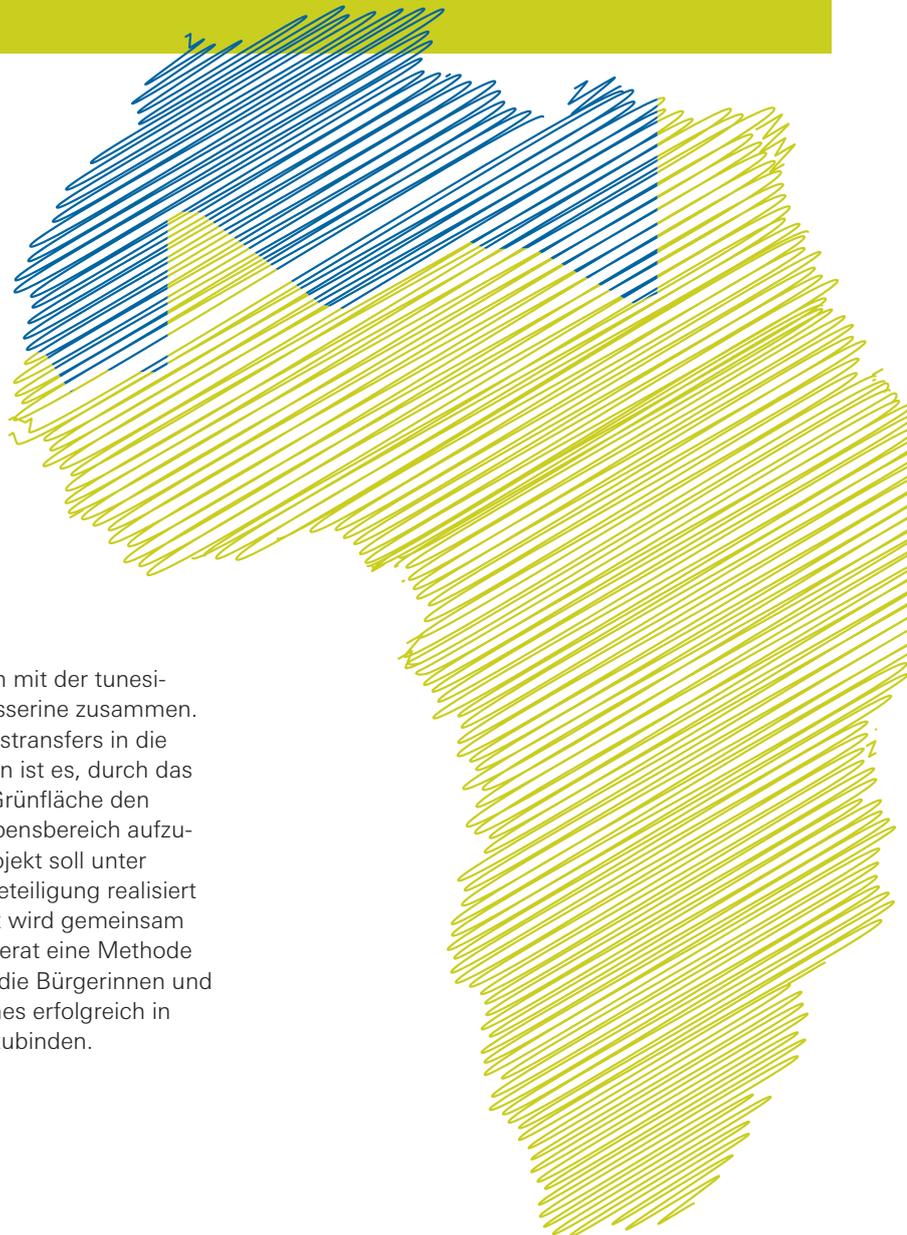
Die Gemeinde wird nun durch den Provinzgouverneur zwangsverwaltet. Derzeit ist ungewiss, ob eine Kooperation weiterhin möglich ist.

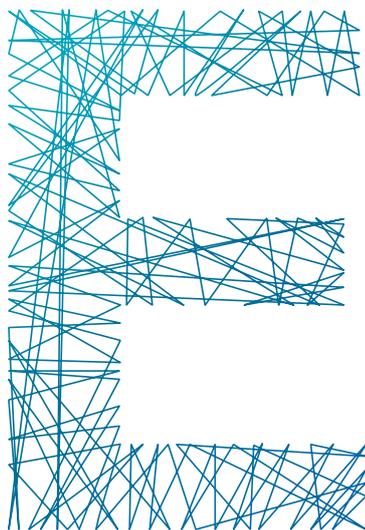
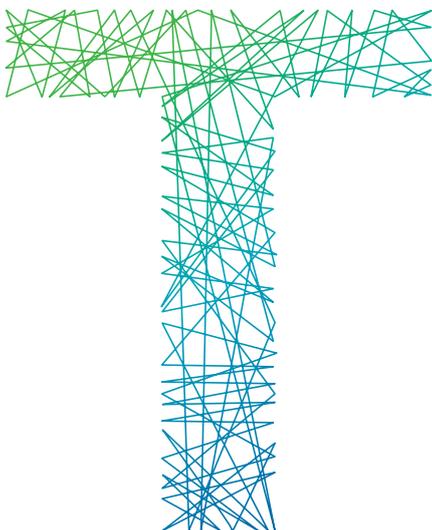
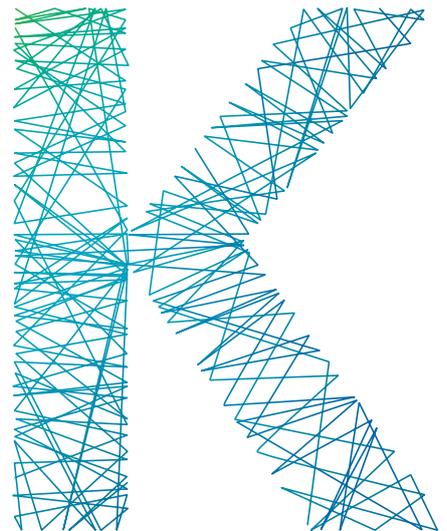
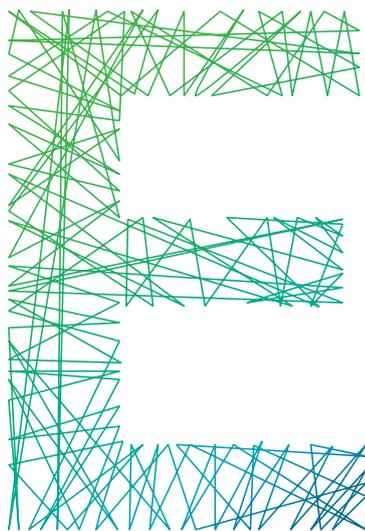
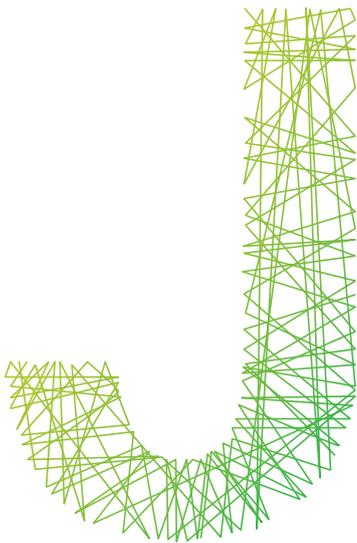
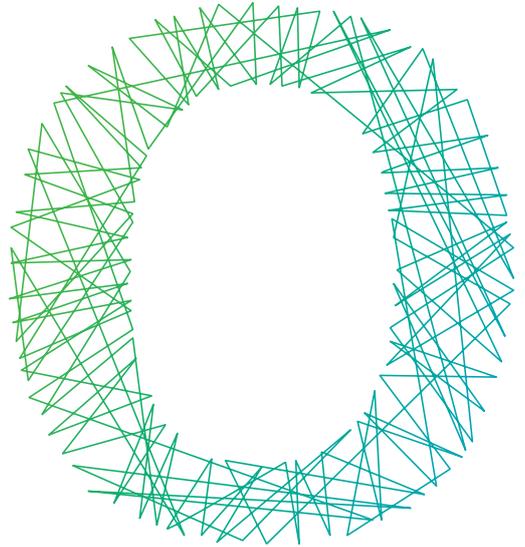
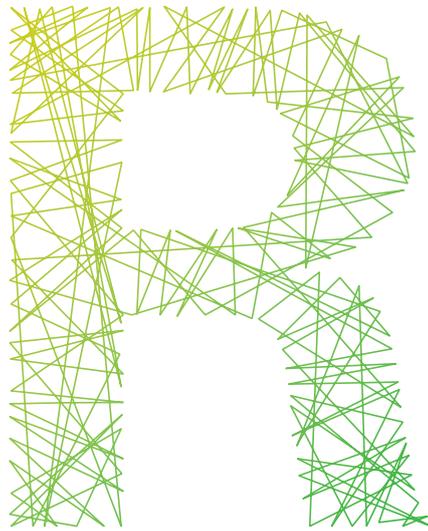
Zusammenarbeit mit Kasserine

Die schwierigen Lebensumstände in den Maghreb-Staaten haben auch zu einer vermehrten Zuwanderung aus dem nordafrikanischen Raum nach Europa geführt. Nach dem Arabischen Frühling ist in dem zuvor stark zentralistisch geprägten Tunesien das Interesse der Bevölkerung an Dezentralisierungsprozessen enorm gestiegen. Ein besonderes Anliegen interessierter Bürgerinnen und Bürgern ist die aktive Einbindung in wesentliche Entscheidungsprozesse von Politik und Verwaltung. Tunesien hat hiermit noch wenig Erfahrung.

Die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) fördert die Beteiligung deutscher Kommunen an definierten Kleinprojekten in Algerien, Marokko und Tunesien. Die Landeshauptstadt arbeitet in

diesem Rahmen mit der tunesischen Stadt Kasserine zusammen. Ziel des Wissenstransfers in die Maghreb-Region ist es, durch das Anlegen einer Grünfläche den öffentlichen Lebensbereich aufzuwerten. Das Projekt soll unter aktiver Bürgerbeteiligung realisiert werden. Derzeit wird gemeinsam mit dem Baureferat eine Methode entwickelt, um die Bürgerinnen und Bürger Kasserines erfolgreich in das Projekt einzubinden.







München als Labor für die Zukunft der europäischen Stadt

Die EU-Kommission hat München zusammen mit Lyon und Wien ausgewählt, um richtungsweisende Smart-City-Lösungen zu erproben. Das EU-Projekt „Smarter Together“ macht München zum Labor für die Zukunft der europäischen Stadt. Die Landeshauptstadt arbeitet dafür mit zahlreichen Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft zusammen.

Das Ziel ist, Antworten auf Zukunftsfragen der Stadtentwicklung zu finden – mithilfe neuester Technologie und intelligent genutzter Daten. Dabei sollen die Lebensqualität der Bewohner verbessert, die Energieeffizienz von Wohnraum gesteigert und vernetzte Mobilitätsangebote geschaffen werden. Für Bürgermeister Josef Schmid, in dessen Verantwortungsbereich das Projekt gesteuert wird, lautet die magische Zahl „20“. Die Maßnahmen des Münchner „Smarter Together“-Projektes sollen mehr als 20 Prozent CO₂ einsparen, mehr als 20 Prozent erneuerbare Energien sollen genutzt und die Energieeffizienz um mehr als 20 Prozent gesteigert werden. Bis 2050 will München in Neuaubing-Westkreuz sogar CO₂-Neutralität erreichen.

Bis Anfang 2021 investiert München die Fördergelder der EU in den Stadtbezirk Neuaubing-Westkreuz/ Freiam, in dem rund 30 000 Menschen wohnen. Der flächenmäßig größte und gleichzeitig am dünnsten besiedelte Stadtteil Münchens ist das größte Stadtteil-Entwicklungsgebiet Deutschlands.

Leuchtturm für die Entwicklung zur Smart City

In München werden mustergültige Maßnahmen entwickelt, die als Vorbild für andere Städte in Europa dienen sollen. Neben der energetischen Sanierung

von Wohnanlagen sind im Rahmen von „Smarter Together“ unter anderem intelligente Lichtmasten, multimodale Mobilitätsangebote und multifunktionale Quartiersboxen geplant sowie eine eigene smarte Quartiers-App, die städtische Dienste und die Mobilitätsangebote im Viertel intelligent verknüpft. Dabei baut „Smarter Together“ in München auf das spezielle Know-how von elf Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft.

Bis 2019 entstehen bis zu acht Mobilitätsstationen im Quartier. Die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) leitet das Maßnahmenpaket für nachhaltige Mobilitätslösungen und setzt diese gemeinsam mit der Landeshauptstadt und weiteren Akteuren im Projektgebiet um. An diesen Stationen verknüpft die MVG das Kernangebot des öffentlichen Personennahverkehrs mit weiteren Mobilitätsbausteinen, wie E-Car-sharing-Fahrzeugen von Stattauto, Lasten-Pedelecs/ E-Dreirädern und Ladesäulen für Elektroautos. Als Leitsystem dienen digitale Informationsstelen vor Ort und die smarte Quartiers-App, die den Bürgern Auskunft über die Verfügbarkeit der Mobilitätsangebote geben.

Energieverbrauch senken

Eigentümer erhalten eine umfassende bauliche, technische und energetische Analyse ihrer Immobilien. Auf dieser Basis werden Modernisierungsvorschläge erarbeitet und dabei neueste Technologien und innovative Finanzierungskonzepte berücksichtigt, zum Beispiel Crowdfunding oder Contracting. Das Augenmerk liegt auf Planungs-, Kosten- und Finanzierungssicherheit. Es ist geplant, 42 000 Quadratmeter Wohnfläche auf einen anspruchsvollen Energiestandard zu heben. Zusätzlich soll der Energieverbrauch der Haus-



halte durch den Einsatz von „Smart-Home“-Elementen gesenkt werden.

Eine zweite Säule ist die Nutzung erneuerbarer Energien. Ein wachsender Anteil des Energiebedarfs soll durch Fernwärme aus dem Geothermie-Heizwerk in Freiham gedeckt werden sowie durch dezentrale Photovoltaik-Module auf den Wohngebäuden. Es wird möglich, überschüssige Energie über den Batteriespeicher in das sogenannte Virtuelle Kraftwerk der Stadtwerke München (SWM) einzuspeisen. Kleine Stromerzeugeranlagen können auf diese Weise ihre Wirtschaftlichkeit steigern. Das Virtuelle Kraftwerk ermöglicht die Vernetzung vieler Erzeugungsanlagen und trägt somit zur Stabilisierung überregionaler Netze durch intelligentes Lastenmanagement bei. Mit der energetischen Sanierung sowie dem Ausbau erneuerbarer Energieversorgungssysteme können jährlich bis zu 700 Tonnen CO₂ eingespart werden.

Smart Data statt Big Data

Im Bereich Technologie steht die intelligente Nutzung von Informationen im Mittelpunkt. Smart Data statt Big Data ist die Devise – also Klasse statt Masse. Deshalb werden nur solche Daten gesammelt, ausgewertet und zur Verfügung gestellt, die einen unmittelbaren Nutzen für die Bewohner oder die Stadt als Ganzes haben. Datenschutz und Datensicherheit haben dabei höchste Priorität. Ein Anwendungsbeispiel sind intelligente Lichtmasten: Diese können über Sensoren zum einen Informationen aus der Umwelt, Wetter und Verkehr erfassen und zum anderen die Helligkeit der Beleuchtung entsprechend anpassen.

Gemeinsam an der Zukunft bauen

„Smarter Together“ wird in Zusammenarbeit mit städtischen Unternehmen sowie Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft realisiert. Projektpartner sind: Bettervest, Fraunhofer IAO und IBP, G5, MVG/SWM, Securitas, Siemens, Stattauro München, Technische Universität München (MCTS), Technische Universität München (Lehrstuhl für Gebäudetechnologie und klimagerechtes Bauen), Universität St. Gallen. Das Projektmanagement liegt beim städtischen Referat für Arbeit und Wirtschaft, im Quartier koordiniert die Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung (MGS) die konkreten Abläufe. Von städtischer Seite beteiligen sich in der Projektgruppe außerdem das Referat für Stadtplanung und Bauordnung, die IT-Abteilung im Direktorium sowie das Baureferat.

Gemeinsam den smarten Stadtteil gestalten

„Smarter Together“ bindet die Bewohner des Projektquartiers intensiv ein, damit alltagstaugliche Anwendungen entstehen, die sich am Bedarf der Bürger orientieren. Dafür hat die Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung mbH (MGS) ein Stadtteil-labor eingerichtet.

Hier finden regelmäßig Workshops, Vorträge, Filmabende und Diskussionsrunden statt. Gleichzeitig bietet das Stadtteillabor Raum, um Meinungen, Interessen, Wissen und Erfahrungen auszutauschen. Bürgerinnen und Bürger entwickeln gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung Lösungen für einen smarten Stadtteil.

Mobilitätsstationen, Quartiersboxen, intelligente Lichtmasten – dies ist nur ein Teil der geplanten Maßnahmen, die zur „Smart City“ beitragen. Wie müssen die Quartiersboxen gestaltet sein, um den Liefer-, Einkaufs- und Tauschservice zu ermöglichen? Und was sollen die intelligenten Lichtmasten können, die im Viertel erprobt werden: WLAN anbieten? Das Verkehrsaufkommen messen? Solche Fragen können die Bewohnerinnen und Bewohner gemeinsam mit Fachleuten der Stadt und Partnern aus der Industrie diskutieren und konkrete Lösungen für ihr unmittelbares Wohnumfeld entwickeln.

Neue Form der Bürgerbeteiligung

In den Ko-Gestaltungsworkshops, einer neuen Form der Bürgerbeteiligung, die vom „Munich Center for Technology in Society“ der TU München konzipiert und vor Ort umgesetzt wird, sollen Situationen überprüft, Probleme erkannt, Prototypen gestaltet und getestet sowie Alternativen erarbeitet werden. Die Bewohner haben so Möglichkeiten, Einfluss auf Konzept und Design der geplanten Maßnahmen zu nehmen.

Mit der Eröffnung des ersten Stadtteillabors begann am 2. Juni die konkrete Umsetzung des Projekts „Smarter Together“ im Projektgebiet Neuaubing-Westkreuz und Freiham. Der Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft, Bürgermeister Josef Schmid, sieht in der Bürgerbeteiligung einen wichtigen Auftrag des Projekts: „Es geht darum, das alltägliche Leben der Münchnerinnen und Münchner zu verbessern und zu erleichtern. Deshalb ist es so wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger das Projekt mitgestalten. Es gibt dazu viele Ansätze und Ideen, aber was letztendlich gebraucht wird, entscheiden sie selbst.“



Gemeinsame Ziele

Bei einem Treffen im März in Lyon verkündeten die Städte Lyon, München und Wien den offiziellen Start des EU-Projekts „Smarter Together“. Die drei Städte hatte die Europäische Kommission aus mehr als 40 Bewerbern ausgewählt. Deren innovative Stadtentwicklung fördert sie mit insgesamt 24,7 Millionen Euro. In die Münchner Projekte fließen etwa 6,85 Millionen Euro. Hinzu kommen Eigenmittel und Gelder aus Wirtschaft und Forschung, sodass insgesamt 20 Millionen Euro in Neuaubing-Westkreuz investiert werden.

Vertreterinnen und Vertreter der drei europäischen Leuchtturmstädte, der „Follower cities“ Santiago de Compostela, Sofia und Venedig, der „Beobachterstädte“ Kiew und Yokohama, lokaler und internationaler Unternehmen, Forschungseinrichtungen, KMUs und der Europäischen Kommission trafen sich, um ihren Plan und ihre Vision eines besseren Lebens in städtischen (Alt-)Bestandsvierteln vorzustellen.

In Vertretung des Leiters des Referats für Arbeit und Wirtschaft, Bürgermeister Josef Schmid, erläuterte der Münchner Stadtrat Johann Sauerer (CSU) in Lyon, was München sich vom Projekt erwartet und was München einbringt. Sauerer war sich mit den Vertretern aus Wien und Lyon einig, dass die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Gestaltung der Stadt der Zukunft ist.

Die drei Leuchtturmstädte, die eine vergleichbare Größe und Dynamik haben, werden fünf konkrete Bereiche bearbeiten:

- „Living Labs“ – Partizipationsformate zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern
- Fernwärme und erneuerbare Energien für angestrebte Niedrigenergiebezirke
- Umfassende, integrierte Sanierung auf Niedrigenergieniveau im öffentlichen und privaten Gemeinde- und im Genossenschaftsbau
- Einrichtung einer Plattform für smartes Datenmanagement und smarte Dienstleistungen in integrierten Infrastruktureinrichtungen
- E-Mobilität für nachhaltige Mobilität

Lyon, München und Wien haben sich folgende Projektziele gesetzt:

- Mehr als 143 067 Quadratmeter smart sanierter Wohnungen, vorwiegend im sozialen Wohnbau, mit einer rund 50-prozentigen Verringerung des Energieverbrauchs und des CO₂-Ausstoßes
- 17,2 Megawatt an neuen erneuerbaren lokalen Energiekapazitäten in den jeweiligen Bezirken/Projektgebieten
- 15 innovative E-Mobilitätslösungen, für den Personenverkehr ebenso wie für den Frachttransport, womit 95,5 Tonnen pro Jahr an CO₂ eingespart werden
- Mehr als 1500 Arbeitsplätze, die unter Zuhilfenahme von integrierten IKT-Lösungen und im Dialog mit den Bewohnerinnen und Bewohnern entstehen.

Austausch mit Graz

Im November war München zu Gast beim Deutsch-Österreichischen URBAN-Netzwerk, einem Städteverbund, der sich schon seit 20 Jahren mit der Umsetzung EFRE-geförderter städtischer Maßnahmen beschäftigt und schon jetzt Positionen für die nächste Strukturfondsperiode formuliert hat. Im Rahmen der Netzwerktagung in Graz mit dem Themenschwerpunkt „Smart-City-Lösungen und Digitalisierung in der Stadtentwicklung“ stellten Vertreterinnen und Vertreter des Fachbereichs Europa das Münchner Projekt „Smarter Together“ vor und hatten Gelegenheit, sich umfassend über das Grazer Smart City Projekt zu informieren.

Komfortabel leben mit Shared Mobility



Das Stadtquartier Domagkpark – Parkstadt Schwabing wird zum Testfeld für neue Formen von Wohnen und Mobilität, ermöglicht durch das von der EU geförderte Projekt CIVITAS ECCENTRIC. München hat sich erfolgreich um Fördermittel bemüht. Vier Millionen Euro kann die Landeshauptstadt in den kommenden vier Jahren in das Ziel investieren, den Bürgern im Quartier durch zukunfts-fähige Formen von Wohnen und Mobilität ein Höchstmaß an Lebensqualität zu gewährleisten.

CIVITAS ECCENTRIC sucht Lösungen für zukunftsorientierte Mobilität in städtischen Zentrumsrandlagen – entwickelt, getestet und wissenschaftlich untersucht. In München liegt der räumliche Fokus auf dem schnell wachsenden Norden im Allgemeinen und dem Quartier Domagkpark – Parkstadt Schwabing im Speziellen. Im Norden der Stadt leben auf gerade einmal 79 Quadratkilometern knapp 250 000 Einwohner, Tendenz stark steigend.

Modellcharakter für andere Neubaugebiet

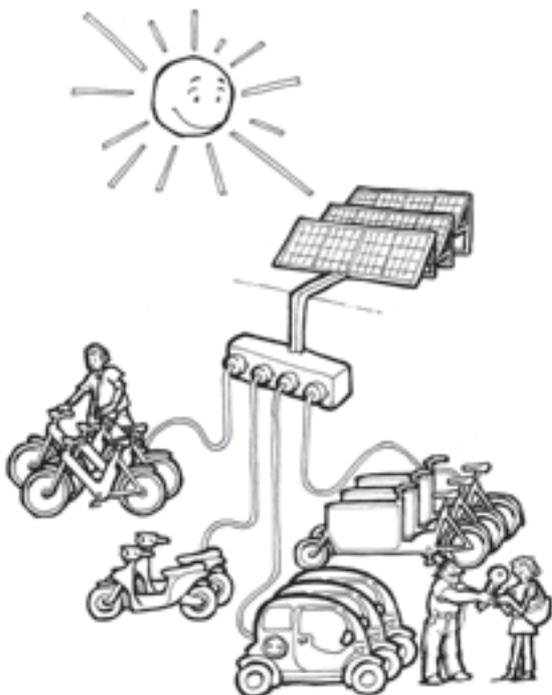
Im Neubaugebiet Domagkpark und der benachbarten Parkstadt Schwabing laufen Bürgerbeteiligung, Elektromobilität, Logistik, geteilte Mobilität und Mobilitätsmanagement in einem integrierten Ansatz zusammen. Es soll ein Modellquartier für zukunfts-fähige Stadtentwicklung und stadtverträgliche Mobilität entstehen, das Vorbild sein soll für andere Münchner Neubaugebiet – etwa den Prinz-Eugen-Park, die Bayernkaserne, Freiham oder auch den Münchner Nordosten.

Den Parkraumdruck reduzieren

Die Verknüpfung des immobilien, standortgebundenen Wohnens mit der mobilen Verkehrsteilnahme steht im Mittelpunkt. Um Parkraumdruck im Quartier zu reduzieren und hohes Verkehrsaufkommen zu verhindern, soll jeder die Möglichkeit bekommen, auf private Autos zu verzichten. Damit das gelingt, bündelt das Projekt alle bestehenden Angebote und entwickelt ein neues integriertes Mobilitätskonzept. Dabei wird die klassische Erschließung durch öffentlichen Verkehr

mit neuen attraktiven Angeboten ergänzt. An zentralen Mobilitätsstationen stehen den Bewohnerinnen und Bewohnern Mobilitätsangebote aller Art zur Verfügung: Carsharing, Elektroautos, Fahrräder und Pedelecs, Lastenräder und Elektroroller. Der Strom zum Aufladen der Akkus kommt von Solaranlagen auf den Dächern der Wohnhäuser. Per Smartphone-App können freie Stellplätze in der Tiefgarage reserviert und genutzt werden.

Eine Mitfahrer-App vermittelt spontane kurze Fahrten zur Arbeit, ins Möbelhaus oder zum Sport. Darüber hinaus wird durch die Entwicklung einer App für barriere-freies Indoor-Routing, Trainings für Ältere zum Erlernen digitaler Mobilitätsangebote sowie der Einführung von speziellen E-Fahrrädern in das mvg-Rad-Angebot insbesondere die Einbindung von mobilitäts-eingeschränkten Nutzern gefördert. Ein innovatives Kommunikationskonzept, ein Verkehrssicherheitskonzept und ein Parkraummanagementkonzept ergänzen übergeordnet das neue Angebot.



CIVITAS ECCENTRIC

Nicht nur die Stadtzentren, sondern auch die Stadtquartiere außerhalb der Zentren sind gefordert, Lösungen zu finden, die bei starkem Zuzug das damit verbundene Verkehrsaufkommen bewältigen. Die Landeshauptstadt München war zu diesen Herausforderungen mit vier anderen europäischen Städten mit ihrer Projektbewerbung im Rahmen von CIVITAS erfolgreich. In den Teilnehmerstädten werden zusammen 50 Maßnahmen umgesetzt und mit insgesamt 20 Millionen Euro gefördert. Weiterer wichtiger Bestandteil des Projekts ist der Erfahrungsaustausch mit den Städten Madrid (Spanien), Ruse (Bulgarien), Stockholm (Schweden) und Turku (Finnland).

Die Münchner Projektleitung liegt beim Kreisverwaltungsreferat. Partner sind das Referat für Arbeit und Wirtschaft, die Münchner Verkehrsgesellschaft (mvg), Green City e.V. und die Green City Projekt GmbH, die Quartiersgenossenschaft Domagkpark sowie zur wissenschaftlichen Begleitung die Technische Universität München, Professur für Siedlungsstruktur und Verkehrsplanung. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung ist eng eingebunden und koordiniert federführend die Abstimmung mit den zwei thematisch verwandten Schwesterprojekten Smarter Together und City2Share.



Innovative Wege zur stadtregionalen Freiraumentwicklung finden

Interreg
Alpine Space



LOS_DAMA! Das Projekt zur Entwicklung von Landschafts- und Freiräumen in Städten und Stadtregionen des Alpenraums ist erfolgreich vom Stapel gelaufen. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung leitet das Projekt, das im Oktober 2016 den Zuschlag des EU-Interreg-VB-Alpenraumprogramms bekommen hat.

LOS_DAMA! steht für Landscape and Open Space Development in Alpine Metropolitan Areas. Das Wachstum der attraktiven Stadtregionen des Alpenraums stellt gerade die regionale Freiraumplanung vor große Herausforderungen: Wie können die stadtnahen Grün- und Landschaftsräume im Spannungsfeld von Siedlungsentwicklung, Naherholung, Verkehr, Naturschutz, Land- und Forstwirtschaft und anderen Nutzungen geschützt und entwickelt werden? Wie können sie neuen gesellschaftlichen Anforderungen gerecht werden? Und wie kann die Bevölkerung aktiv eingebunden werden? Das sind die wesentlichen Fragen.

Erstes Treffen in Salzburg

Im Dezember fand das erste Projekttreffen beim Salzburger Institut für Raumordnung und Wohnen statt. Mit dabei waren die Städte Trento und Wien, Grenoble-Alpes-Métropole, die Region Piemont, das slowenische Institut für Stadtplanung sowie Universitäten von Grenoble, Tübingen und München (TUM). Ebenfalls dabei waren Salzburg, das an der Umsetzung beteiligt ist, und Graz. Sie gehören ebenso wie Zürich und andere Städte zu einem erweiterten Netzwerk, das mit dem Projekt geschaffen wird.

Den Kern von LOS_DAMA! stellen die örtlichen Pilotvorhaben dar, die in transnationales Lernen eingebettet sind. Im Bereich des Münchner Grüngürtels werden neue Formen der regionalen Zusammenarbeit und innovative Wege zur Landschaftsentwicklung erprobt.

Mehr unter

➤ www.alpine-space.eu/projects/los_dama

Europäische Strategie für den Alpenraum

Die konkreten Erfahrungen der Städte und Stadtregionen sind unverzichtbar für den zweiten wichtigen Teil des Projekts LOS_DAMA! Das Projekt ist Drehscheibe zwischen der Praxis und der europäischen Ebene.

Kommunen und Regionen für Umsetzung wichtig

Mit den Strategien zur Grünen Infrastruktur und zur Entwicklung der Alpenregion (EUSALP) hat die EU ambitionierte Ziele gesetzt. Diese Strategien brauchen „Bodenhaftung“ und die Städte, Gemeinden und Regionen zu ihrer Umsetzung. Die institutionellen, sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vor Ort müssen berücksichtigt werden – bei neuen Regelungen ebenso wie bei Förderungen. Diese Rückkopplung ist für die inhaltliche Weiterentwicklung der Politiken der EU notwendig. Deshalb nimmt München stellvertretend für das Projekt LOS_DAMA! und sein Netzwerk an der Aktionsgruppe 7 „Entwicklung der ökologischen Anbindung im gesamten Programmgebiet der EUSALP“ teil. Die Gruppe wird vom Bayerischen Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz und vom slowenischen Institut für Naturschutz geleitet. Im Jahr 2017 liegt der Vorsitz der EUSALP beim Freistaat Bayern. LOS_DAMA! und die EUSALP AG7 nutzen diesen Rückenwind für eine gemeinsame Veranstaltung zur Entwicklung von Grüner Infrastruktur in den Städten und Stadtregionen der Alpen.

Mit dem EU-Projekt ASTUS ist München an einer weiteren Aktionsgruppe beteiligt: „Förderung von Intermodalität und Interoperabilität im Personen- und Güterverkehr“. Die drei Säulen der EUSALP – Wachstum und Innovation, Mobilität und Anbindung, Umwelt und Energie – werden durch insgesamt neun Aktionsgruppen umgesetzt.

Mehr unter

➤ www.alpine-region.eu

Mit ASTUS umweltfreundliche Mobilität und Siedlungsentwicklung fördern

Wer im Umland wohnt, spart vielleicht an der Miete, hat aber höhere Ausgaben, um zur Arbeit in die Stadt zu kommen. Das EU-Projekt MORECO (Juli 2011 bis Juni 2014) untersuchte die durch die Wohnortwahl bedingten Mobilitätskosten an praktischen Beispielen aus der Region München. Mittlerweile wurde, auch zur weiteren Umsetzung der MORECO-Ergebnisse, das neue EU-Projekt ASTUS (Alpine Smart Transport and Urbanism Strategies) genehmigt, das bis Oktober 2019 läuft. Es behandelt Verbesserungen und Möglichkeiten der umweltfreundlichen Mobilität in Stadtregionen.

Durch MORECO (Mobility and Residential Costs) ist es gelungen, die für die Siedlungsentwicklung und Verkehrsbewältigung maßgeblichen Akteure noch enger zusammenzubringen. MORECO zeigte durch vielfältige und innovative Informationsvermittlung, worauf sich Kommunen bei der Siedlungsentwicklung und Verkehrsbewältigung einstellen sollten und welche Handlungsoptionen sie haben. Dadurch wurde das Problembewusstsein bei lokalen und regionalen Akteuren geschärft, auch bei einzelnen Haushalten. Besonderes Interesse fanden die MORECO-Comics und das Malbuch, das vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur nachgedruckt wurde. Die Ergebnisse von MORECO werden weiterhin bei nationalen und internationalen Veranstaltungen im In- und Ausland präsentiert.

Gemeinsame Plattform

Leadpartner von ASTUS ist die französische Region Auvergne-Rhône-Alpes. Als weitere Projektpartner aus München sind der Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVG) sowie die TU München/Fachgebiet für Siedlungsstruktur und Verkehrsplanung dabei, sodass Aspekte der CO₂-Reduzierung sowohl bei der Mobilitätsbewältigung als auch im Siedlungswesen betrachtet werden können. Auf einer gemeinsamen Plattform sollen der Umbau bestehender und wenig genutzter Gebäude, lokale Wohnungstauschringe und -sharingmodelle angeboten werden. Ein Schwerpunkt wird, ähnlich wie bei MORECO, die verständliche Darstellung der Umsetzungsmöglichkeiten für die einzelnen Zielgruppen sein.

ASTUS soll dabei die EUSALP (EU Strategy for the Alpine Region), die 2017 unter bayerischen Vorsitz steht, mit Inhalten unterstützen. Die Gemeinden Neubiberg und Haar sind neben der Landeshauptstadt München weitere Untersuchungsgebiete.



Weniger Stau in Städten

Alles im Fluss. Darum bemüht sich das EU-Forschungsprojekt FLOW. Das Münchener Kunstareal wurde im Februar 2016 als Pilotprojekt zur Verbesserung der dortigen Verkehrssituation ausgewählt.

Weniger Stau in Städten durch bessere Angebote für Fußgänger und Fahrradfahrer? Wie das aussehen könnte, untersucht FLOW (Furthering Less Congestion by Creating Opportunities for more Walking and Cycling). Ziel ist es, städtische Staus zu reduzieren beziehungsweise den Personenverkehr finanziell und ökologisch nachhaltiger zu gestalten. Das Thema Fußgängerquerungen ist derzeit Gegenstand des vom

Referat für Stadtplanung und Bauordnung bearbeiteten Projekts. Mithilfe einer Verkehrssimulation werden am Beispiel der Arcisstraße mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Querungssituationen realitätsnah abgebildet und untersucht. In enger Zusammenarbeit mit der „AG Verkehr im Kunstareal“ werden geeignete Maßnahmen ausgearbeitet. Im April 2017 wird dann das 5. FLOW-Projektkonsortiumstreffen in München stattfinden.

Mehr unter
www.h2020-flow.eu



EFRE-Mittel für Fernkältenetz

Fernkälte ist eine umweltschonende und energieeffiziente Alternative zu konventionellen Klimaanlageanlagen. Der Nutzen für die Umwelt ist beachtlich: Im Vergleich zu herkömmlichen Klimaanlageanlagen verursacht Fernkälte weniger CO₂-Emissionen, und etwa die Hälfte des Primärenergieaufwands lässt sich sparen. Bei der Neugestaltung der Großmarkthalle setzt München auf diese Energie.

Dafür erhält die Landeshauptstadt voraussichtlich einen Zuschuss von rund 1,67 Millionen Euro. Nach dem derzeitigen Planungsstand belaufen sich die Gesamtkosten des Fernkälteprojekts der neuen Großmarkthalle auf etwa 16,5 Millionen Euro. Davon sind etwa 2,78 Millionen Euro förderfähig. Die EU gibt aus dem EFRE-Topf 50 Prozent und der Freistaat Bayern zehn Prozent der förderfähigen Kosten als Zuwendung.

Nachhaltiges städtebauliches Konzept

Die Vollversammlung des Stadtrats hatte im Juli 2015 das Kommunalreferat beauftragt, den Projektantrag für die Neugestaltung der Großmarkthalle und des umgebenden Quartiers auszuarbeiten. Im Zuge des nachhaltigen städtebaulichen Gesamtkonzepts ist geplant, dass die Stadtwerke

München das Gebiet mit umweltfreundlicher und CO₂-armer Fernkälte versorgen, die sowohl zur Raumkühlung als auch als Industriekälte benötigt wird.

Die Stadtkämmerei hat deshalb bereits im Januar dem Freistaat Bayern das Interesse der Landeshauptstadt München an der Teilnahme am Programm-Auswahlverfahren mit dem Fernkälteprojekt der Stadtwerke München übermittelt. Im Mai wurde von den 32 in Bayern eingereichten Projektvorschlägen unter anderem das von der Landeshauptstadt München eingereichte Fernkälteprojekt von einem gutachterlich begleiteten Auswahlgremium ausgewählt und für einen Förderantrag zugelassen.

Erfolgreicher Münchner Projektantrag im EFRE

Über den EFRE, den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung, gewährt die Europäische Union den Kommunen ihrer Mitgliedstaaten Förderung für Projekte und Maßnahmen in Wirtschaft, Forschung, Beschäftigung, Bildung, Verkehr und Umweltschutz. Für Investitionen in Bayern stehen in der Strukturfondsperiode 2014 bis 2020 Mittel in Höhe von rund 495 Millionen Euro bereit. Dank engagierten Lobbyings erhielt die Landeshauptstadt München für diesen Förderzeitraum erstmals die Möglichkeit,

sich um EFRE-Mittel zu bewerben. Die wirtschaftlich besser gestellte Münchner Region, die als solche bislang von der EFRE-Förderung ausgenommen war, kann nun Fördermittel für Projekte zur „Verringerung von CO₂-Emissionen“ beantragen. Der Münchner Antrag war auch prompt erfolgreich: Das Projekt „Fernkältenetz Großmarkthalle“ der Stadtwerke München GmbH wird nun für seinen Beitrag zur Energieeinsparung in öffentlichen Infrastrukturen über den EFRE kofinanziert.

Bereits jetzt laufen schon die Vorbereitungen für die kommende Strukturfondsperiode 2021 bis 2027. Eine Arbeitsgruppe der LHM wird unter Federführung des Fachbereichs Europa frühzeitig die Positionen der Stadt hierzu formulieren und über geeignete Kanäle in den Diskussionsprozess einbringen.

EU-Förderprogramme für den Kultur- und Kreativsektor nutzen

Wer wagt sich an ein EU-Projekt? Diese Frage fasst am besten zusammen, was im Herbst im Mittelpunkt einer Veranstaltungsreihe des Kulturreferates zu EU-Förderprogrammen stand.

An drei Tagen im Oktober und Dezember wurden die Förderprogramme „Europa für Bürgerinnen und Bürger“, „Erasmus+“ sowie „Kreatives Europa – Teilprogramm KULTUR“ gemeinsam mit Kooperationspartnern vorgestellt. Eingeladen waren Akteure und Multiplikatoren des Kultur- und Kreativsektors, aber auch Vertreterinnen und Vertreter aus Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen, Verbänden und Vereinen.

Wie wird ein Antrag gestellt?

Antworten wurden gegeben auf Fragen wie: Was verbirgt sich hinter den Namen der Förderprogramme? Was sind ihre Ziele und Schwerpunkte? Wer kann Förderung beantragen? Wie wird ein Antrag gestellt? Neben der reinen Information über die Förderprogramme dienten die Veranstaltungen dazu, einen Anstoß für neue transnationale Projekte, also für Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg, zu geben. Gedacht ist dies als ein Baustein, um die Internationalisierung des Münchner Kultur- und Kreativsektors zu unterstützen. Deshalb wurde in den interaktiven Workshops auch gleich an der Ausarbeitung von konkreten Projektideen gearbeitet.



Über den Tellerrand blicken

„Reporting from the Front“ war das Thema der Architekturbiennale. Das nahm das Kompetensteam Kultur- und Kreativwirtschaft zum Anlass, um die Internationalisierung und Professionalisierung der Kultur- und Kreativwirtschaft aus dem Großraum München voranzutreiben und organisierte im Oktober gemeinsam mit Bayern International und der Bayerischen Architektenkammer für Unternehmer aus dem Architekturbereich eine Reise nach Venedig. Mit dem Ziel, neue Geschäftskontakte zu knüpfen, Auftraggeber- und Auftragnehmerstrukturen zu generieren sowie die Branche zu professionalisieren.

Im Fokus der Reise stand neben dem Netzwerken mit den anderen Reiseteilnehmerinnen und -teilnehmer und den örtlichen Gesprächspartnern die Beschäftigung mit den Fragen, die Architekten heute umtreiben: Wie kann Architektur Stadtgesellschaft mitgestalten? Wie kann bei Ressourcenknappheit mit den vorhandenen Mitteln möglichst effizient gebaut werden? Wie kann im Sinne der Nachhaltigkeit und Energieeffizienz in Europa von einander gelernt werden? Wie können in Zeiten von Flucht und Migration innerhalb kürzester Zeit Wohnungen für viele Menschen entstehen, in denen ein gutes Leben möglich ist? Darüber wurde lebhaft diskutiert.

Inspiration aus Stockholm

Schwedens Integrationspolitik gilt international als eine der ehrgeizigsten und erfolgreichsten. Aus diesem Grund wollte Christina Eder vom Kulturreferat als Anregung für ihren eigenen Arbeitsbereich wissen, wie die Kulturverwaltung Stockholm die politischen Vorgaben umsetzt und die kulturelle Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund verbessert. Das Projekt EUMUC, das vom Referat für Bildung und Sport koordiniert und vom EU-Förderprogramm Erasmus+ gefördert wird, gab ihr die Möglichkeit für diese Auslandshospitalation.

Arbeit in der Stadtverwaltung

Die Kolleginnen und Kollegen der Stockholmer Kulturverwaltung gaben sehr offen und europäisch-freundschaftlich Einblicke in ihre Arbeit. Besonders in fünf Randbezirken der Stadt entwickelt die Stockholmer „Kulturförvaltningen“ im Dialog mit Anwohnerinnen und Anwohnern vermehrt kulturelle Aktivitäten – mit einem besonderen Fokus auf Kinder und Jugendliche.

Drei Ansätze erschienen enorm erfolgreich: „Quick money“ ist in Stockholm eine Projektförderung bis 1000 Euro (insgesamt 200 000 Euro jährlich) für junge Menschen zwischen zehn und 25 Jahren. Das Prozedere ist sehr einfach und die Hemmschwelle sehr niedrig. Außerdem bekommen die Jugendlichen einen Coach zur Unterstützung bei der Umsetzung ihrer Projekte. So plant eine Gruppe von jungen Mädchen die Eröffnung eines regelmäßigen Cafétreffs in einem Community Center.

Virtuelle Türen: Das vernetzte Theaterprojekt PHONE HOME

Am 30. Oktober um kurz nach 10 Uhr wurden die Verbindungen gekappt. PHONE HOME, ein trinationales, vernetztes Theaterprojekt von Pathos München, war nach zehn Vorstellungen, die zeitgleich im Schwere Reiter in München sowie jeweils einem Aufführungsort in London und Athen stattfanden, abgespielt.

Publika in ganz Europa hatten ein gemeinsam entwickeltes Stück gesehen, bei dem die Performer in allen drei Ländern über Videokonferenzen miteinander kommunizierten, spielten, Geschichten erzählten. Das Thema: Menschen, die ihr Zuhause verlassen, um ein neues Zuhause zu finden; Flucht und Migration im Zeitalter des Internets. Die mühevoll Kommunikation zwischen Heimat und Fremde, das Kernthema der künstlerischen Arbeit, war auch die größte Herausforderung des Projekts.

Drei Jahre Vorbereitungszeit

Nicht weniger als drei Jahre lang hatte Michael Sommer, künstlerischer Leiter des deutschen Teams, das Projekt von der Idee bis zur Premiere vorangetrieben, das Pathos München unter Leitung von Angelika Fink als Projektträger in München gewonnen sowie Partner in England und Griechenland gefunden. Nach-

dem das Projekt im Rahmen des EU-Programms „Creative Europe“ im Jahr 2015 gefördert wurde, fand von September 2015 bis März 2016 eine umfangreiche künstlerische Recherche statt, die vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München gefördert wurde.

Das Pathos München lud wöchentlich neue und alte Nachbarn, insbesondere unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu Theaterworkshops ein. Im April folgte die erste internationale Begegnung der Künstler aus den drei beteiligten Ländern zu einem gemeinsamen Workshop, um die Ergebnisse der Recherchephasen zusammenzutragen. In den folgenden Monaten entwickelte ein Kernteam aus Dramaturginnen und künstlerischen Leitern einen Stücktext und Anfang September kamen fast alle Projektbeteiligten noch einmal zum Probenauftakt in Athen zusammen.

Während sechs Probenwochen, die getrennt voneinander, nur über das Internet verbunden in den drei Ländern stattfanden, wurden gemeinsame und separate Szenen entwickelt und vor allem technische Probleme gelöst, bis sich am 19. Oktober schließlich die virtuellen Türen zwischen den drei Bühnen öffneten und das Stück gezeigt wurde.



Sprachenvielfalt in der Münchner Stadtbibliothek

Die Münchner Stadtbibliothek hat sich als interkultureller Treffpunkt etabliert und bietet neben zahlreichen Veranstaltungen einen aktuellen Bestand an Literatur, Zeitschriften und Sprachlernmedien an. Für Kinder steht im gesamten Bibliotheksnetz eine große Zahl zwei- und mehrsprachiger Bilderbücher zur Verfügung.

In der Programmreihe „Weltkinder – Vorlesen in vielen Sprachen“ erleben Kinder Geschichten auf Englisch, Französisch und Polnisch, auf Chinesisch, Russisch oder Türkisch – in mehr als 100 Einzelveranstaltungen allein im Jahr 2016. Der Erfolg der Reihe ist nachhaltig so groß, dass erste mehrsprachige

Vorleseveranstaltungen für Erwachsene gestartet wurden.

Beim vierten Interkulturellen Märchenfest für Erwachsene luden 20 Vereine unter dem Dach des Vereins „Netzwerk Morgen“ in die Münchner Stadtbibliothek zu Geschichten und Theaterstücken ein. Mehr als 2000 Gäste fanden an einem Sonntagnachmittag Gefallen an den Darbietungen in 20 Sprachen, darunter auch Bayerisch. Dank eines Stadtratsbeschlusses wird sowohl das fremdsprachige Medienangebot für Kinder und Erwachsene als auch das Literaturprogramm mit zweisprachigen Lesungen vor allem in den Stadtteilen ab 2017 weiter ausgebaut.

Cinema International

Sehr gegenwärtig ist Europa in den internationalen Filmreihen, die die Münchner Stadtbibliothek unter das Label „Cinema International“ fasst. Das Programm der Reihen entsteht ebenfalls seit vielen Jahren in enger Kooperation mit internationalen Vereinen und Kulturinstituten und zeigt aktuelles Programmkino in den Originalsprachen. 2016 feierte die Griechische Filmwoche ihr 30. Jubiläum, die Türkischen Filmtage erfreuten das 27. Mal ein großes Publikum und die biennial stattfindenden Mittelmeer-Filmtage zeigten zum zehnten Mal Filme aus den Ländern rund ums Mittelmeer und präsentierten auch Filme junger Geflüchteter.



Erfolgreich beim Internationalen Moot Court

Mit einem bemerkenswerten Erfolg im Gepäck sind neun Münchner Schülerinnen und Schüler vom Internationalen Moot-Court-Wettbewerb in Den Haag zurückgekehrt. Sie waren unter den vier bestplatzierten Teams.

Im Rahmen des vom Internationalen Austausch/Europabüro des Pädagogischen Instituts koordinierten internationalen Schülerprogramms nahm zum zweiten Mal eine Münchner Schülergruppe am Moot-Court-Wettbewerb teil. Dieser wird seit 2012 im Abstand von zwei Jahren vom Justice Resource Center in New York City und der Stadtverwaltung Den Haag durchgeführt. Es handelt sich dabei um eine simulierte Gerichtsverhandlung, bei der Schülerinnen und Schüler aus zwölf Ländern in die Rolle der Ankläger und Strafverteidiger schlüpfen.

Gemeinsam Plädoyers erarbeitet
Im Vorfeld des Wettbewerbs, dessen Finale im Friedenspalast des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag stattfand, wurden die Teilnehmenden von Felix Stern, Jurastudent der LMU München, in die Welt des internationalen Strafrechts eingeführt. Die Teilnehmenden bearbeiteten den fiktiven Fall um den Waffenhändler Eric Maxwell,

der im fiktiven Staat Cheketalo Panzer gespendet hat, um die dortigen Rebellen zu bekämpfen. Dabei wurde eine Kirche zerstört, in der sich neben Zivilisten auch die hochrangigen Führer der Rebellenorganisation „Eagles“ befunden haben sollen. Die erarbeiteten Plädoyers wurden in der Wettbewerbswoche in Den Haag in acht Vorrunden vor internationalen Richtern und Jurastudierenden vorgetragen.

Überzeugendes Auftreten

Bei diesem Projekt erlangten die Jugendlichen ein breites Wissen über das internationale Straf- und Völkerrecht, erlernten das Verhalten bei Gericht und schulten beim Vortragen ihrer Plädoyers ihre Rhetorik und ein souveränes und überzeugendes Auftreten vor Publikum. Das Münchner Team war das einzige aus Deutschland und erlangte den stolzen vierten Platz von 16. Es war als nicht muttersprachliches Team und ohne Unterstützung durch eine Anwaltskanzlei in Den Haag angetreten.

Das Projekt ist ein Musterbeispiel für außerschulisches Engagement, für die Zusammenführung von Schülerinnen und Schülern verschiedener Schularten und sozialer Herkunft sowie für einen nachhaltigen Beitrag zur Zivilgesellschaft.

Meldungen

Europa-Urkunde für schulisches Engagement

Als einzige oberbayerische Schule hat die städtische Robert-Bosch-Fachoberschule Wirtschaft im Prinz-Karl-Palais die Europa-Urkunde für ihr jahrzehntelanges Engagement in Europaprojekten erhalten. Beate Merk, bayerische Staatsministerin für Europaangelegenheiten, würdigte die Schule. Die Fachoberschule engagiert sich seit 20 Jahren. Sie hat Partnerschaften mit Italien, Slowenien und seit Neuestem auch mit der Ukraine und bietet ein reiches Angebot an fachpraktischen Auslandspraktika. Seit letztem Jahr koordiniert die Schule ein breit angelegtes Erasmus-Projekt mit Polen, Italien, Spanien und Kroatien. Dabei werden Konzepte und Unterrichtsmaterialien zur Beschäftigung mit dem Thema Vorurteile erarbeitet. Mit ihrem Engagement für Europa hat die Robert-Bosch-Fachoberschule bereits mehrere Nachahmer gefunden, die ähnliche Projekte entwickelt haben.

Internationalisierung in Bildung und Erziehung

Der Prozess der Internationalisierung nimmt an Dynamik zu. Längst ist es nicht mehr die Frage, ob Internationalisierung in Bildung und Erziehung imple-

mentiert werden, sondern vielmehr ob der Prozess mit hoher Eigendynamik selbst proaktiv gesteuert werden sollte. Dazu fand unter Beteiligung sechs europäischer Städte, darunter München, im Oktober eine Konferenz in Amsterdam statt. Ziel war der Austausch über erfolgreiche Aktivitäten und Konzepte zu diesem Thema. Unter anderem sollen Auslandsaufenthalte im Bildungsprozess zur Normalität werden. Internationalität soll aber auch vor Ort an der eigenen Einrichtung erlebbar werden, etwa durch bilingualen Unterricht, diversitätssensibler Methodik und Best-Practice-Austausch mit internationalen Gästen.



Regel Austausch mit Oslo

Im Oktober besuchten 25 Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Umwelt der Kommune Oslo das Sportamt München. Die Delegation war an der Besichtigung von Sportparks sowie Badeanlagen mit Stahlbecken interessiert und besuchte unter anderem das Hallenbad Giesing/Harlaching. Im Anschluss ließen sich die Norweger die Sportanlagen des ESV München zeigen. Ein Abstecher zum Skaterpark im Hirschgarten stand ebenfalls auf dem Programm.

Mitglieder des Münchner Bildungs- und Sportausschusses, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Verwaltung und Vertreter aus der Bürgerschaft hatten zuvor Ende April Oslo besucht, um sich über deren Umgang mit Diversität, Integration und Inklusion eingehend zu informieren. Neben Gesprächen mit der Bürgermeisterin sowie Stadträtinnen und Stadträten lieferten Schulbesuche und Diskussionen mit der Stadtverwaltung wertvolle Einblicke und Impulse, welche in München in die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonventionen mit einfließen können. Besonders beeindruckend war der teilweise sehr pragmatische Umgang mit besonderen Bedarfen von Kindern, Jugendlichen und deren Familien im Bildungssystem.

Mobilitätscharta für den Fachbereich

Ziel von Erasmus+ ist es, mithilfe der Mobilitätscharta die Internationalisierung der Berufsbildung in Europa zu fördern. Der Antrag des Fachbereichs Internationale Bildungskooperationen (IBK) für die Charta wurde im Oktober erfolgreich angenommen, sodass nun alle EU-Aktivitäten umgesetzt werden können.

Die Erasmus+ Mobilitätscharta für die Berufsbildung ist ein Angebot für Einrichtungen, die Erfahrung in der Durchführung von Mobilitätsprojekten haben und ihre internationale Arbeit strategisch weiterentwickeln möchten.



Acht Jugendliche beim Leichtathletiksportfest in Sapporo

Seit den olympischen Sommerspielen in München und den olympischen Winterspielen in Sapporo 1972 sind beide Städte miteinander verbunden. Es war erneut ein sportliches Ereignis, das eine Gruppe von acht Münchner Jugendlichen im Alter von zwölf bis 15 Jahren im August für eine Woche nach Japan führte.



Neben München hatte Sapporo auch Sportlerinnen und Sportler aus den Partnerstädten in China und Russland eingeladen. Dies setzte den Rahmen für einen großartigen, internationalen Leichtathletikwettbewerb an einer Mittelschule mit 1300 Schülerinnen und Schülern.

Abgesehen von dem zweitägigen sportlichen Ereignis waren die Münchner Teilnehmerinnen und Teilnehmer vom perfekt durchgeplanten und liebevoll ausgewählten Rahmenprogramm begeistert. Die internationalen Gäste wurden vom Bürgermeister und Sportminister persönlich empfangen. Alle gemeinsam besuchten den zur Fußballweltmeisterschaft 2002 mit sämtlichen technischen Raffinessen errichteten Sapporo Dome und hatten dann am Fuße der Olympia-Sprungschanze am Berg Okurayama im Wintersportmuseum ihren Spaß mit Skisprungsimulator und diversen anderen „Trainingsmöglichkeiten“. Möglichst alle Übungen wurden in Partnerarbeit durchgeführt, was den interkulturellen Austausch enorm förderte.

Tatkräftiger Einsatz der Meisterschule für das Bauhandwerk

2010 startete das EU-Projekt „Bestandserhaltung der Kirchengemeinde Mardisch“ auf Initiative eines Schülers, der in jenem Dorf in Siebenbürgen aufgewachsen ist. Bis 2013 war die Fachschule für Bautechnik Träger des Projekts, reichte die Projektleitung dann jedoch weiter an die Malerinnung München. Seit zwei Jahren liegt das Augenmerk auf dem Erhalt des Pfarrhauses mit Nebengebäuden in



Martinsdorf, das auf Wunsch der dortigen evangelischen Kirche zu einer Bildungs- und Tagungsstätte mit Hostel werden soll. Auch 2016 fand ein Arbeitseinsatz statt.

Die Bautechnikerinnen und -techniker fertigen zunächst vor jeder Maßnahme eine Bestandsanalyse an, kartierten und dokumentierten die Schäden. Dann planten die Teams den Materialeinsatz und führten eigenständig alle Arbeiten durch. Zudem gab es täglich 30 Minuten Grundkenntnisse der rumänischen Sprache, und an den Wochenenden lernten die jungen Leute auf Ausflügen Land und Leute kennen. Je nach Möglichkeit leiteten sie in ihrer Funktion als zukünftige Ausbilder auch Lehrlinge der Innungen und Einheimische an.

Erfahrungsaustausch mit Göteborg zur Integration in den Bildungsbereich



„Newcomers' Integration in Education“ war das Thema für den Studienbesuch einer hochrangigen Bildungsdelegation der Stadt Göteborg. Der Fachbereich 8 „Internationale Bildungskooperationen“ am Pädagogischen Institut koordinierte den Aufenthalt. Der Fokus lag auf der Integration in den Bildungsbereich.

Die schwedische Gruppe, die sich aus Verantwortlichen der Bereiche Bildung, Kultur und Soziales einzelner Distrikte Göteborgs sowie Mitarbeitenden der zentralen Verwaltung zusammensetzte, nutzte die Gelegenheit, mit Verantwortlichen der Landeshauptstadt München

aus dem Sozialreferat und dem Referat für Bildung und Sport Informationen zur Integration und Inklusion neu ankommender Kinder und Jugendlicher sowie Asylsuchender auszutauschen.

Münchener Arbeitsweise vorgestellt

Grundsätzliche Regelungen bei der Aufnahme und Erfassung der „Neuankommenden“, das Schaffen von heterogenen Voraussetzungen hinsichtlich Kultur, Muttersprache oder Sprachkenntnissen, das Herstellen von Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit oder auch die Zusammenarbeit von Sozialreferat und Stadtjugendamt wurden ausgiebig vorgestellt und diskutiert. Gespräche und Präsentationen im Young Refugee Center in der Marsstraße, im Sozialbürgerhaus Berg am Laim/Trudering – Riem, im Bildungslokal Neuperlach und in der Grundschule in der Max-Kolmberger-Straße standen ebenfalls auf dem Programm.

Der Studienbesuch lieferte auf beiden Seiten neue Erkenntnisse. Die Göteborger Delegation machte in diesem Zusammenhang mehrfach deutlich, dass eine längerfristige Kooperation mit München sehr gerne angestrebt werde.

Münchener Meisterschüler verhelfen Roms Friedhöfen zu altem Glanz

An den städtischen beruflichen Schulen wird praxisbezogener Unterricht nicht nur großgeschrieben, sondern auch realisiert. Dank des Erasmus-Programms der EU konnten Schülerinnen und Schüler aus München die Unterrichtsinhalte und Fähigkeiten in Rom an jahrhundertealten Grabplatten und päpstlichen Wappen anwenden.

Das seit mehreren Jahren von Oberstudienrat Clemens Sohmen geleitete Projekt wird von der Meisterschule des Städtischen Berufsschulzentrums für das Bau- und Kunsthandwerk in München durchgeführt. In diesem Jahr nahmen neun Schülerinnen und Schüler der Fachschule Steintechnik, acht der Fachschule Bautechnik und vier Meisterschülerinnen und -schüler aus dem Bereich der Holzbildhauer teil.

Zunächst waren sie mit der Aufgabe betraut, historische Grabmäler, Wappen und Inschriften auf zwei Friedhöfen zu restaurieren. Die dabei in

Zusammenarbeit mit Restauratoren vor Ort erworbenen Kompetenzen werden sie in ihrem Berufsleben nutzen können.

Lob für die professionelle Arbeit

Der Campo Santo Teutonico liegt innerhalb der Mauern des Vatikans. Der zweite Arbeitsplatz der Münchner war der Cimitero acattolico nahe der antiken Cestius-Pyramide. Zeit und Witterung hatten den Skulpturen und Denkmälern zugesetzt. Sorgfältig und kompetent arbeiteten die Schülerinnen und Schüler an zahlreichen Grabstätten und wurden sogar in einer September-Ausgabe des Newsletters von Radio Vatikan lobend erwähnt.

Im Anschluss an ihre praktischen Arbeiten hatte die Gruppe die Gelegenheit, mehrere Tage lang die historischen Sehenswürdigkeiten Roms intensiv zu besuchen, dabei auch mit Fachleuten ins Gespräch zu kommen und Kontakte zu knüpfen.

Münchens Gärtner Nachwuchs gestaltet Schaufläche



Cervia, ein Badeort an der italienischen Adria, veranstaltet seit 1972 jährlich im Mai die internationale Blumen- und Gartenschau „Maggio in Fiore“. Dabei präsentiert sich Cervia mit seinem historischen Zentrum als große Open-Air-Gartenschau. Seit Ende 1998 nimmt auch das Baureferat (Gartenbau) regelmäßig aktiv an der Blumen- und Gartenschau teil. In diesem Jahr war der Mittelpunkt des Münchner Beitrages eine kleine, aus Holzbohlen gezimmerte Berghütte inmitten von Blumenbeeten.

2016 haben sich mehr als 60 Kommunen und Organisationen mit eigenen Beiträgen beteiligt, darunter Metropolen wie Mailand, Prag, Budapest und Wien. Die internationale Blumen- und Gartenschau dient dem regen Erfahrungsaustausch zwischen den europäischen Gartenämtern. Sie liefert den Fachleuten jedes Jahr unter anderem wertvolle Anregungen für Blumenschmuck und Grünflächen im öffentlichen Raum. Ein besonderes Erlebnis ist die Blumenschau für die vier jahrgangsbesten Azubis des Garten- und Landschaftsbaus beim Baureferat; sie durften vor Ort den Münchner Beitrag mitgestalten.

Love your local market: Europa feiert seine Marktkultur und München feiert mit



Unter dem Motto „Erlebe deinen Wochenmarkt“ beteiligten sich die Münchener Wochenmärkte 2016 zum zweiten Mal an der internationalen Kampagne „Love your local market“. Deutschlandweit nahmen rund

150 Wochenmärkte und Markthallen aus 30 Regionen an den internationalen Festwochen teil. „Die Kampagne sehen wir als einen Baustein, um unsere Märkte für den Wandel in die Zukunft zu stärken“, so Kommunalreferent Axel Markwardt.

Um die Münchner Food Blogger auf das Thema aufmerksam zu machen, startete die Aktion mit einem Food Blog Day. Nach einem Besuch in den Großmarkthallen mit einem gemeinsamen Frühstück erkundeten sie den Wochenmarkt am Rotkreuzplatz. Mit den dort erworbenen regionalen Produkten zauberten die Blogger gesunde und leckere Gerichte in der Genusswerkstatt. Zum Thema „Mein Einkauf auf dem Wochenmarkt“ riefen die Markthallen München des Kommunalreferates auf der Facebook-Seite der Wochenmärkte einen Fotowettbewerb ins Leben. Die Münchner sollten ihren Einkauf und die Eindrücke auf dem Wochenmarkt ihres Vertrauens festhalten und posten. Die Gewinner freuten sich über einen bunten Korb mit Obst, Gemüse und kulinarischen Köstlichkeiten im Wert von bis zu 100 Euro direkt vom Wochenmarkt.

Während des Aktionszeitraums war auf allen acht Wochenmärkten ein vielfältiges Programm mit Sommerfesten, Streichelzoo, Livemusik und einer Reihe verschiedener Verkostungen geboten. Die Märkte bewiesen mit ihren bunten und informativen Aktionen ihre Bedeutung als unverzichtbare Institution der Nahversorgung. Sie demonstrierten ihre soziale, kulturelle sowie wirtschaftliche Rolle für die Bürgerinnen und Bürger in einer Region.

Branddirektion im Team der europäischen Katastrophenhelfer

Die Branddirektion München nimmt bereits seit einigen Jahren an Ausbildungen und Übungen des EU Civil Protection Mechanism (EU-Gemeinschaftsverfahren im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz) teil, so auch 2016. Dabei werden ausgewählte Führungskräfte der Branddirektion für mögliche Katastropheneinsätze in und außerhalb der EU aus- und fortgebildet. Ziel der EU ist es, durch dieses Verfahren die gegenseitige Unterstützung der Mitgliedstaaten und auch der EU gegenüber anderen Staaten in Katastrophenlagen zu fördern.



Kooperation in Sachen Energieeffizienz

Die Ukraine ist eines der energie-ineffizientesten Länder weltweit und europaweit der fünftgrößte Energieverbraucher mit einem enormen Potenzial an Energiesparmaßnahmen. München unterstützt die Partnerstadt Kiew dabei, die Energieeffizienz zu steigern.

Kiew betreibt ein Beratungszentrum für Energieeffizienz, das ausgebaut und inhaltlich verbessert werden soll. Bisher gibt es dort lediglich ein kleines Informationsangebot zu technischen Fragen der Energieeffizienz, jedoch keine aktive Kommunikationsstrategie, um Bürgerinnen und Bürger für Energieeffizienzmaßnahmen zu motivieren. Auch eine Zusammenarbeit mit Akteuren aus den Bereichen Planung, Architektur, Handwerk oder mit kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Immobilien- und Energiesektor fand bisher kaum statt. Interessierte fanden bislang zwar in kleinem Umfang technische Informationen zur Energieeffizienz, jedoch keine umfassende Beratung für effiziente Umbaumaßnahmen.

Vor diesem Hintergrund vereinbarten die Partnerstädte, den bisherigen Austausch zu intensivieren und bei der Energieeffizienz und -beratung zusammenzuarbeiten. Mit Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung startete Ende 2015 das Projekt „Beratungs- und Qualifizierungsangebote zu Energieeffizienz in Kiew“.

Dauerhafte Beratung

Ziel ist es, bis April 2018 eine dauerhafte Beratung für Privathaushalte, Hausverwaltungen und Unternehmen sowie ein Know-how-Netzwerk für Energieeffizienz in der ukrainischen Hauptstadt aufzubauen. Vorgesehen ist ein Kommunikationskonzept für das Energieeffizienz-Zentrum. Das Netzwerk trägt den Titel „Kyiv Network

of Energy Efficient Competences“ und soll insbesondere Planungs- und Handwerksleistungen für energieeffiziente Maßnahmen anbieten, von dem Privathaushalte, die Kommune sowie lokale Unternehmen gleichermaßen profitieren.

2016 fanden zwei Workshops in Kiew sowie ein Weiterbildungsprogramm in München statt. In den Workshops wurden Ziele, Organisation und die Aufgaben des Netzwerks definiert und potenzielle Mitglieder identifiziert. Entwickelt wird ferner eine Qualifizierungsmaßnahme für Energie-Coaches. Bewusstseinsbildung/Sensibilisierung und Lehrmethoden sind Schwerpunkte des Kommunikationskonzepts.

Bauzentrum als Vorbild

Im Oktober kam die Projektgruppe aus Kiew nach München, um die Infrastruktur an Beratungsstellen und Know-how-Netzwerken kennenzulernen und einen Einblick in die Abläufe der kommunalen Tätigkeiten zu erleben. Das Bauzentrum der Landeshauptstadt diente als Vorbild. Das Projektteam „Smarter Together“ präsentierte im sanierungsbedürftigen Stadtteil Neuabing-Westkreuz vor Ort seine Arbeit. Kiew ist „Beobachterstadt“ im Projekt. Besonders interessant an diesem Programmpunkt war für die Gäste aus der Ukraine die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger. Basierend auf den gesammelten Eindrücken werden die bisherigen Ideen weiterentwickelt, 2017 sollen diese umgesetzt werden.

Das Projekt koordiniert das Sachgebiet Internationale Kooperationen im Fachbereich Europa des Referats für Arbeit und Wirtschaft. Die fachliche Begleitung gewährleisten Expertenkreise aus dem Energieeffizienz-Sektor. Hier ist maßgeblich das Referat für Gesundheit und Umwelt (Bauzentrum) eingebunden.



Erfolg für Menschenrechte in der Ukraine

Unter dem Motto „Für deine und unsere Sicherheit“ fand im Juni zum fünften Mal der KyivPride statt. Auch die Landeshauptstadt München war wie die Jahre zuvor präsent. Stadträtin Lydia Dietrich reiste in Vertretung von Oberbürgermeister Dieter Reiter in die Partnerstadt Kiew.

Erstmals zählte die Kundgebung rund 2000 Teilnehmende. Nie zuvor zeigten sich so viele Menschen, die nicht direkt der Community angehören, solidarisch und demonstrieren für Toleranz und Gleichheit. Bemerkenswert war, dass rund 6000 Polizisten die Veranstaltung

schützten. Damit setzte auch die Stadt Kiew ein klares Signal. Die Unterstützung aus dem Ausland war groß. Delegationen aus allen europäischen Ländern kamen, Amnesty International und das Europaparlament waren vertreten.

Der Erfolg des KyivPrides 2016 zeigte, dass ein Wandel in der Gesellschaft und Politik möglich ist. Zum Vergleich: Wegen der großen Anzahl von gewaltbereiten Gegendemonstranten wurde die Parade 2012 und 2014 abgesagt, Übergriffe auf Demonstrantinnen und Demonstranten sorgten für Schlagzeilen.

Die Gruppe „Munich Kiev Queer“ setzt sich für die Rechte von LGBTIS ein und koordiniert die Szenepartnerschaft zwischen München und Kiew. Ein regelmäßiger Fachaustausch, Fortbildungsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen, Filmvorführungen, Ausstellungen und Spendenaktionen machen diese Kooperation lebendig. Die Landeshauptstadt München begrüßt und unterstützt dieses Engagement und fördert es seit 2014 auch finanziell.

Geld für Rettungsdienste in Kiew

Der städtische Katastrophen- und Rettungsdienst in Kiew musste aufgrund der hohen Haushaltsdefizite seine Aktivitäten in den vergangenen Jahren stark reduzieren. Mittelfristig kann ihn die Partnerstadt Münchens mit eigenen Mitteln nicht wieder funktionsfähig machen. Die Befürchtung der Stadt Kiew, insbesondere im Fall von Terroranschlägen oder Militäreinsätzen nicht die erforderliche Hilfe für die Bevölkerung leisten zu können, ist groß.

Daher hat der München Stadtrat beschlossen, den städtischen Rettungsdienst in Kiew zu unterstützen und eine Summe in Höhe von 800 000 Euro zur Verfügung gestellt. Das Geld soll für die Beschaffung von Sachgütern und Schutzausrüstung sowie für die Qualifizierung von Fachkräften verwendet werden. Mit der Umsetzung ist Ende 2016 die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) betraut.



Praktikumsplätze für Flüchtlinge

Die Landeshauptstadt München bot zehn Flüchtlingen ein Praktikum an. Sie konnten für vier Wochen in Bereiche wie Kindertagesstätten, Gartenbau, Baureferat, Kammerspiele oder in die Personalentwicklung reinschnuppern.

Die bayerische Staatsregierung hat mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V., mit der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer und der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit eine Integrationsvereinbarung zur Bewältigung der hohen Flüchtlingszahlen in Bayern abgeschlossen.

Ein Schwerpunkt ist die Integration der Asylsuchenden in den Arbeitsmarkt. Diese erfolgt unter anderem mit dem „IdA 1000“-Projekt, mit dem 1000 Flüchtlinge bei der Arbeitsmarktintegration in allen bayerischen Regierungsbezirken unterstützt werden. Zielgruppe sind junge Erwachsene zwischen 25 und 40 Jahren.

Mit der Familie nach München geflohen

Einer der „IdA 1000“-Praktikanten bei der Landeshauptstadt München war Herr G. Er kommt aus Afghanistan, hat Politik- und Rechtswissenschaften studiert und arbeitete sieben Jahre als Projektmanager bei einer amerikanischen Entwicklungshilfeorganisation in seiner Heimat. Aufgrund der politischen Entwicklung in seinem Land war das Leben für ihn und seine Familie nicht mehr sicher. Im Oktober 2015 kam Herr G. mit seiner Familie nach München und startete im April 2016 mit „IdA 1000“.

Herr G. absolvierte sein vierwöchiges Praktikum im Personal- und Organisationsreferat in der Abteilung Personalentwicklung. Gemeinsam mit einer Nachwuchskraft arbeitete er an einem Bericht über die Praktika der Flüchtlinge. Er interviewte die Praktikantinnen und Praktikanten an ihren Arbeitsplätzen, ebenso die Vorgesetzten. Nach Abschluss des Praktikums wird er seine Deutschkenntnisse vertiefen und strebt das Level C1 an, um dann in einem Büro arbeiten zu können.

Auch die anderen Dienststellen waren mit den „IdA 1000“-Praktikantinnen und -Praktikanten zufrieden. Für beide Seiten waren die Praktika ein Gewinn. Möglicherweise ergibt sich für einige eine Anstellungs- oder Ausbildungsmöglichkeit bei der Landeshauptstadt München.

Auszubildende mit Migrationshintergrund

Ziel der Landeshauptstadt München ist es, die Anzahl von Nachwuchskräften mit Migrationshintergrund in der Ausbildung weiter zu erhöhen. Da die umfangreichen Marketingaktivitäten mittelfristig zu greifen beginnen, konnte erneut eine Verbesserung zum Vorjahr verzeichnet werden. So betrug die Gesamtzahl der Nachwuchskräfte mit Migrationshintergrund 2016 in den Verwaltungsberufen 26,7 Prozent (2015: 26,49 Prozent).



Nachwuchskräfte engagieren sich

Die Ausbildungsabteilung der Landeshauptstadt München kümmert sich mit diversen Angeboten intensiv um junge Flüchtlinge.

Ausbildungscafé: Neben Informationen zu einem möglichen einwöchigen Schnupperpraktikum und einem Mentorenprogramm hatten rund 150 junge Flüchtlinge die Möglichkeit zu einem offenen Informationsaustausch. Nachwuchskräfte der Landeshauptstadt präsentierten im Aus- und Fortbildungszentrum an verschiedenen Stationen und Info-Ständen engagiert 15 Ausbildungs- und Studienrichtungen und entsprechende Bewerbungsmöglichkeiten.

Messebesuche: Die Ausbildungsabteilung nahm im Oktober an der Kontaktmesse für Geflüchtete und Unternehmen im Berufsinformationszentrum der Agentur für Arbeit München und an der Messe „JobGate“ (Flüchtlingsprojekt „TrauDichPlus“) im Kongress-Center München teil. Hier standen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausbildungsabteilung den jungen Flüchtlingen für Fragen und Beratungsgespräche zur Verfügung.

Informationsveranstaltungen: Zusätzlich organisierten Nachwuchskräfte der Ausbildungsabteilung zwei Informationsveranstaltungen für Integrationsklassen des „Bildungszentrums Berufseinstieg“, ein Projekt des Referats für Arbeit und Wirtschaft, zu den Ausbildungsmöglichkeiten für Migrantinnen und Migranten bei der Landeshauptstadt München.

Preise und Auszeichnungen

„Kommune bewegt Welt“

Das Büro für Rückkehrhilfen im Sozialreferat hat beim bundesweiten Wettbewerb „Kommune bewegt Welt“ den zweiten Platz belegt. Der Preis ist mit 15 000 Euro dotiert und würdigt herausragende kommunale Beispiele zu Migration und Entwicklung, bei denen Kommunen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und Migranten zusammenarbeiten.

Eines der Vorzeigeprojekte ist die Kooperation mit dem Verein „Empor – Aufbauhilfe für Afghanistan“. Der Gründer des Vereins, Abdul Wali Nawabi, flüchtete als Jugendlicher nach Deutschland. Nach mehr als 20 Jahren im Exil kehrte der ausgebildete Orthopädietechniker nach Afghanistan zurück, um sich am zivilen Wiederaufbau zu beteiligen. Er baut orthopädische Werkstätten auf, versorgt mittellose Patientinnen und Patienten und bildet Fachkräfte aus. Mit der Förderung solcher Hilfsprojekte in den Herkunftsländern von Flüchtlingen leistet das Büro für Rückkehrhilfen einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung sowie zur Verbesserung der Infrastruktur und der Lebensbedingungen vor Ort.

Seit 1996 bietet das Sozialreferat Flüchtlingen, die in ihre Heimat zurückkehren möchten, Beratung und Hilfe. Damals waren es Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien, die in großer Zahl nach Kroatien, Bosnien und Kosovo zurückkehrten und Unterstützung für den Neuanfang in der Heimat benötigten. Die Angebote des Büros für Rückkehrhilfen wurden im Laufe der Jahre weiterentwickelt und dem jeweils aktuellen Bedarf angepasst. Die EU und das bayerische Sozialministerium beteiligen sich an der Finanzierung des erfolgreichen Münchner Projekts „Coming Home“.

„Helfende Hand 2016“

Große Anerkennung findet die vorbildliche Freistellungspraxis Münchens im Zusammenhang mit dem ehrenamtlichem Engagement von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bevölkerungsschutz. Zum achten Mal verlieh das Bundesministerium des Innern den Förderpreis „Helfende Hand“. Am 28. November nahm Dr. Alexander Dietrich, Personal- und Organisationsreferent der Landeshauptstadt München, in Berlin den zweiten Preis entgegen. Die Förderung und Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements ist der Landeshauptstadt München ein wichtiges Anliegen. Ihre Beschäftigten können sich ohne Angst um ihren Arbeitsplatz im Bevölkerungsschutz engagieren, egal ob beim Bayerischen Roten Kreuz (BRK), dem Malteser Hilfsdienst (MHD), dem Technischen Hilfswerk (THW) oder bei der Freiwilligen Feuerwehr. In besonderen Notsituationen reagiert die Landeshauptstadt als Arbeitgeberin besonders großzügig. So wurde 2015 für die dringend erforderliche Flüchtlingsbetreuung eine bezahlte Freistellung, auch über die eigentlich vorgesehene Höchstgrenze von fünf Arbeitstagen hinaus, im erforderlichen Umfang, zuzüglich notwendiger Ruhezeiten, genehmigt.

Exzellenz-Siegel

„Corporate Health“

Auch in puncto Gesundheit unterstützt die Stadt ihre Beschäftigten. Dafür wurde die größte kommunale Arbeitgeberin Deutschlands 2016 mit dem Exzellenz-Siegel „Corporate Health“ ausgezeichnet. Der „Corporate Health Award“ ist die renommierteste Auszeichnung für Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) in Deutschland. Er würdigt seit 2009 jedes Jahr die deutschen Unternehmen mit dem besten BGM. Es werden Unternehmen in zwölf Branchenkategorien und acht Sonderkategorien ausgezeichnet. 2016 waren 335 Unternehmen im Rennen.

Internationales Interesse am Young Refugee Center

Junge Flüchtlinge, vor allem unbegleitete Minderjährige, bedürfen besonderer Betreuung. Daher interessierten sich internationale Delegationen vor allem für das Anfang April eröffnete Vorzeigemodell, das Young Refugee Center (YRC) in der Marsstraße.

Das YRC mit 160 Betten ist deutschlandweit die einzige Einrichtung für unbegleitete Minderjährige, die alle wichtigen Verwaltungsabläufe wie Registrierung, ärztliche Untersuchung und Alterseinschätzung unter einem Dach vereint. Von hier aus werden die Kinder und Jugendlichen vorläufig in Obhut genommen und innerhalb eines Monats deutschlandweit weiterverteilt.

Bürgermeisterin aus Paris zu Gast

Auch eine Weltstadt wie Paris kann von der Arbeit, die die Landeshauptstadt München bei der Unterbringung von Flüchtlingen und unbegleiteten Minderjährigen leistet, lernen. Dominique Versini, die stellvertretende Bürgermeisterin der französischen Hauptstadt, besuchte im Juni das Young Refugee Center und war sichtlich beeindruckt von der Einrichtung, deren architek-

tonisches Gesamtkonzept auch international für Aufsehen sorgte und auf der Architektubiennale in Venedig zu sehen war.

Zuvor hatte sie sich über eine Flüchtlingsunterkunft in der Hellabrunner Straße informiert. Auf dem ehemaligen Firmengelände sind bis zu 820 Flüchtlinge aus unterschiedlichen Herkunftsländern untergebracht. Sie werden dort umfassend versorgt, sozialpädagogisch betreut und beraten. Besonders interessant für die Delegation aus Frankreich war dabei die Betriebsorganisation der Unterkunft, inklusive des Tätigkeitsbereichs des Wachdienstes, die Verpflegung, ärztliche Versorgung und die Fragen, mit denen sich der Sozialdienst täglich beschäftigt, sei es im Miteinander in der Unterkunft, aber auch im Umgang mit der Nachbarschaft und dem vielseitigen ehrenamtlichen Engagement rund um die Einrichtung.



Austausch mit Fachkräften aus der Türkei

Das Young Refugee Center war auch Anlaufstelle bei einem Fachkräfteaustausch zwischen Deutschland und der Türkei unter dem Arbeitstitel „Junge Flüchtlinge, Zugang zu Bildung und Teilhabe gestalten“ im Oktober in München, an dem das Sozialreferat teilnahm. Außerdem standen eine Besichtigung der Erstaufnahmeeinrichtung/Ankunftszentrum in der Bayernkaserne, die SchlaU-Schule sowie Informationen über weitere Maßnahmen und Angebote der Stadt München für junge Flüchtlinge im Mittelpunkt des Austausches.

Integration in den Arbeitsmarkt nachhaltig verbessern

MigraNet vernetzt seit 2005 Organisationen, Einrichtungen, Institutionen, Unternehmen und Migrantenorganisationen, um die Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund in Bayern nachhaltig zu verbessern. Die Landeshauptstadt München, Sozialreferat, Amt für Wohnen und Migration, ist am Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“/Landesnetzwerk Bayern/MigraNet beteiligt und profitiert davon in vielfacher Weise, auch als Arbeitgeberin und als Wirtschaftsstandort. Zur Fachkräftesicherung für Bayern beschreitet MigraNet innovative Wege, zum Beispiel über Mentorenprogramme, Zuwanderungsberatung und Anpassungsqualifizierungen.

In der neuen Förderphase bis 2018 wird das Programm erweitert um den Schwerpunkt „Qualifizierung von

Migrantinnen und Migranten im Kontext des Anerkennungsgesetzes“. Die Beteiligung an und die erfolgreiche Arbeit in diesem Förderprogramm wird fortgesetzt und die Förderung in Anspruch genommen. MigraNet wird neben München von vielen strategischen Partnern unterstützt, die das Potenzial von Menschen mit Migrationshintergrund als wichtigen Zukunftsfaktor sehen.

Die Koordination des IQ Landesnetzwerk Bayern/MigraNet liegt bei „Tür an Tür“ in Augsburg. Für die regionale Koordination der Teilprojekte in München ist das Amt für Wohnen und Migration im Sozialreferat, Servicestelle zur Erschließung ausländischer Qualifikationen, zuständig.

NETZ

WER

KE

Fachreferate engagieren sich im Austausch mit anderen Städten



Die städtischen Fachreferate arbeiten engagiert in den Foren und Arbeitsgruppen (AG) von EUROCITIES. Dadurch entsteht ein reger Erfahrungsaustausch von Expertinnen und Experten, der zur Weiterentwicklung der kommunalen Arbeit beiträgt. München profitiert von diesem Engagement.

Kulturforum

Das Kulturreferat vertritt die Landeshauptstadt München im Kulturforum von EUROCITIES. Die Arbeit des Kulturforums und seiner Arbeitsgruppen haben hohe Relevanz für München, denn die nachhaltig angelegten Münchner Konzepte und Projekte zur kulturellen Bildung, zur internationalen Kulturarbeit, zur interkulturellen Öffnung sowie zur Kreativwirtschaft weisen große Schnittmengen mit den in den Arbeitsgruppen behandelten Diskussionen und Projekten auf. Gleichzeitig dient die Arbeitsgruppe dem regelmäßigen Informations- und Erfahrungsaustausch über die laufende Arbeit in den einzelnen Städten. Die Schwerpunktthemen des in den zwei Städten Eindhoven und 's-Hertogenbosch organisierten Kulturforums im Frühjahr waren „Technologien verändern die Spielregeln für Kultur“ sowie „Erinnerungskultur: Unternehmen und Forschungsinstitute arbeiten zusammen um das Erbe von J. Bosch zu bewahren“.

Das zweite Kulturforum in 2016 fand im Oktober in Oulu im Norden Finnlands statt. Dieses dreitägige Treffen war dem Thema „Kulturelle Bildung und Kultur für Kinder“ gewidmet. Wie üblich stellte die gastgebende Stadt Beispiele dazu vor, die als Input für einen regen Informationsaustausch unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmer dienten. Als Ergebnis der Diskussionen wurde eine Reihe von Empfehlungen für Kulturelle Bildung ausgesprochen, die mit einer Sammlung innovativer Praktiken und Methoden, darunter auch die Spielstadt Mini-München, ergänzt wurde.

Für den Vorsitz des Kulturforums wurde für die nächsten beiden Jahre die Stadt Birmingham gewählt, als Stellvertreterin Espoo in Finnland.

Forum Wirtschaftsentwicklung

Am Forum Wirtschaftsentwicklung nahm 2016 das Referat für Arbeit und Wirtschaft teil. 2016 wurde aktiv in der Arbeitsgruppe „Unternehmertum“ mitgearbeitet. Schwerpunkt des Treffens im Herbst war die Migrantenökonomie. Beim Treffen des Forums im Herbst in Stockholm hatte das Referat für Arbeit und Wirtschaft die Gelegenheit, innovative Ansätze zur Integration von Migranten in Ausbildung und den Arbeitsmarkt vorzustellen. Grundlage bildete das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm, das auf individuelle Bedürfnisse und Lebenssituationen abgestimmt ist.

Sozialforum

Zentrale Themen des Sozialforums in Athen waren die aktuelle Flüchtlingssituation und die Integrationspolitik in den europäischen Städten. Große Herausforderungen, aber auch eine Chance sind nach wie vor die Aufnahme und Unterbringung sowie die Integration der geflüchteten Menschen. Bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen, ist perspektivisch eine der wesentlichsten Aufgaben. Entsprechend wurde das Urban Innovative Action Programm (UIA) hervorgehoben, mit dem die EU innovative Projektideen fördert, um die Integration in Stadtquartiere in Verbindung mit unterstützenden Wohnkonzepten voranzubringen. München hatte sich beim UIA mit dem Projektvorschlag RefuMuc beworben. Die Städte, die für die UIA-Projekte ausgewählt wurden, sind alle in der Arbeitsgruppe „Migration und Integration“ vertreten. Auf Vorschlag Athens wurde die Initiative „Solidarity Cities“ mit viel Medienaufmerksamkeit gestartet. Ziel ist der Aufbau eines Netzwerks von solidarischen Städten, die gemeinsam Verantwortung übernehmen.

Forum Mobilität

Das Forum besteht seit seiner Refokussierung im Jahr 2016 aus sechs Arbeitsgruppen mit teils erneuerter Ausrichtung. Seit Jahren arbeiten das Referat für Stadtplanung und Bauordnung sowie das Kreisverwaltungsreferat in den vier seit Längeren aktiven Arbeitsgruppen „Entwicklung einer neuen Mobilitätskultur“, „Verkehr und Energieeffizienz“, „Verkehrssicherheit“ und „ten-t (Transeuropäische Netze – Verkehr)“ mit. Die ersten drei wurden in „Sustainable urban mobility planning“ (Nachhaltige städtische Mobilitätsplanung), „Smart and connected mobility“ (Smarte und vernetzte Mobilität) sowie „Safe and active travel“ (Sicherer und aktiver Verkehr) umbenannt, bei der AG „ten-t“ (Transeuropäische Verkehrsnetze) blieb der ursprüngliche Name bestehen. Daneben gibt es seit einiger Zeit die Arbeitsgruppen „Barrier-free city for all“ (Barrierefreie Stadt für alle), an der sich zuletzt das Sozialreferat und der städtische Behindertenbeirat beteiligten.

2016 tagte das Forum Mobilität im März in Münster und im Oktober im finnischen Tampere. Hauptthema



Vorbild bei der nachhaltigen Beschaffung

Europaweit, aber auch auf Bundes- und Länderebene wurden inzwischen rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen, die es Beschaffungsverantwortlichen, zum Beispiel in einer Kommune wie München, erlauben, die bislang vergabefremden ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitskriterien bei der Vergabe zu berücksichtigen.

Das stärkt die Position Münchens. Schon seit vielen Jahren berücksichtigt die Landeshauptstadt nachhaltige Kriterien bei der Beschaffung. Bereits 2002 hat sich die Kommune entschieden, keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit einzukaufen. So werden unter anderem nur zertifizierte Steinprodukte oder Sportbälle mit

Fair-Trade-Siegel beschafft. Auch der Umweltschutz hat einen hohen Stellenwert.

Das Städtenetzwerk EUROCITIES organisiert regelmäßig Seminare zum Thema nachhaltige Auftragsvergabe, zuletzt im Dezember im französischen Nantes. Hier konnten sich Vertreterinnen und Vertreter der Landeshauptstadt mit Kolleginnen und Kollegen aus ganz Europa austauschen und von den Erfahrungen anderer Städte lernen.

Mitarbeiter der niederländischen Stadt Utrecht stellten dabei ihre „social-return“-Klausel vor, die bei allen öffentlichen Aufträgen über 100 000 Euro vom Auftragnehmer verlangt, fünf Prozent des Gewinns aus dem Auftrag für einen sozialen

Zweck einzusetzen. Diese Verpflichtung kann auf verschiedene Weise erfüllt werden, unter anderem durch Schaffung von Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose oder durch Einbeziehung von Sozialunternehmen in den öffentlichen Auftrag.

Zahlreiche Preise erhalten

München hat für sein Engagement in den vergangenen Jahren zahlreiche Preise erhalten und wurde vom Verein Transfair zur „Fairtrade Town“ ernannt. Hinzu kam der „Bayerischen Eine Welt Preis 2016“ in der Kategorie „Kommunen“ aufgrund der Weiterentwicklung der nachhaltigen Beschaffung der Landeshauptstadt und der Förderung des fairen Handels in München.

der Tagung in Münster (Westfalen) war die Knappheit des öffentlichen und des für den Verkehr verfügbaren städtischen Raums. Themen wie Konzepte für auto-reduzierte oder autofreie Innenstadtgebiete, Möglichkeiten des Einsatzes von E-Mobilität im Frachtverkehr und der City-Logistik sowie die Verknüpfung von Elektromobilität und Sharing-Konzepten im urbanen Raum wurden in Zusammenhang mit einem Update der Gesetzesinitiative „Alternative Kraftstoffe für nachhaltige Mobilität in Europa“ der EU-Kommission diskutiert. Beim gemeinsamen Treffen des Mobilitätsforums mit dem Forum Wissensgesellschaft wurden Beispiele gezeigt, wie durch Sharingdienste neue Angebote für Städte und Stadtteile geschaffen werden können.

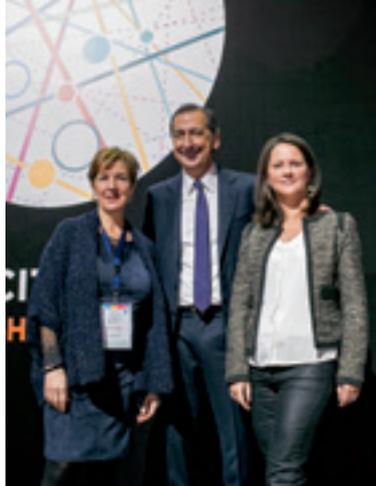
Arbeitsgruppe „Kommunale Daseinsvorsorge“

Die AG „Daseinsvorsorge“ besteht aus 30 europäischen Städten. Schwerpunkt der Arbeitsgruppe ist die Interessenvertretung gegenüber der EU-Kommission und dem EU-Parlament auf dem Gebiet des europäischen Wettbewerbsrechts und der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse. Dabei wird auf die Bedeutung und hohe Qualität der kommunalen Daseinsvorsorgeleistungen hingewiesen und deutlich gemacht, dass die Städte selbst entscheiden möchten, welche Leistungen sie in welcher Form bereitstellen und finanzieren. Auch der Austausch der Mitglieder zu aktuellen europäischen Rechtsproblemen, insbesondere im Bereich des Beihilferechts und der Auftragsvergabe, ist zentrale Aufgabe der Arbeitsgruppe, um zu gegenseitigem Verständnis und Lösungen zu kommen. Im vergangenen Jahr lag der Schwerpunkt der Aktivitäten auf den geplanten Freihandelsabkommen, dem Beihilferecht und der nachhaltigen Vergabe.



Münchener Qualifizierungsprogramm vorgestellt

Die Landeshauptstadt München wurde von EUROCITIES eingeladen, auf der von der Stadt Rotterdam organisierten Veranstaltung „Skilling up for jobs“, das Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm (MBQ) vorzustellen. Die Veranstaltung leistet einen wesentlichen Beitrag zu den Bemühungen der Europäischen Kommission, mit Qualifizierungs- und Integrationsmaßnahmen im Rahmen der Urbanen Agenda unter anderem die hohe Jugendarbeitslosigkeit in den südlichen Mitgliedsstaaten zu bekämpfen. Die Münchner Stadträtin Dr. Manuela Olhausen (CSU) hob die Bedeutung des Programms zur Integration in den Arbeitsmarkt hervor. Damit werde ein wesentlicher Beitrag zum sozialen Zusammenwachsen auf Stadtteilebene geleistet und gerade den jungen Menschen eine Perspektive gegeben.



Güter und Dienstleistungen teilen

Die EUROCITIES Jahreskonferenz in Mailand stand unter dem Motto „Sharing Economy“ (kollaborative Wirtschaft). Sharing Economy basiert auf dem Teilen von Gütern und Dienstleistungen, ermöglicht durch neue technologische Lösungen und soziales Engagement.

Bürgermeister Josef Schmid leitete die Münchner Delegation, der neben der Stadtratskommission Europa mit den Stadträtinnen Gabriele Neff, Lydia Dietrich, Sonja Haider, Dr. Manuela Olhausen und Ulrike Boesser Stadtbaurätin Prof. Dr. (I) Elisabeth Merk und Vertreterinnen und Vertreter der Fachreferate angehörten.

Die kollaborative Wirtschaft ist ein Überbegriff, der auf einer Reihe von globalen Megatrends wie Crowdsourcing, Crowdfunding, Co-Kreation, gemeinsamem Konsum, Social Media, Open Data und vielem mehr basiert. Auf der Tagung wurden ausgewählte Beispiele wie Carsharing, Untervermietung von Wohnungen (Airbnb), alternative Taxidienstleistungen (Uber), soziale Aktivitäten wie Tauschringe und alternative Finanzierungsformen sozialer Initiativen vorgestellt und von den teilnehmenden Städten kontrovers diskutiert.

Steuernd einwirken

Während bestimmte Formen wie beispielsweise Carsharing durchwegs positiv gesehen werden, wird gerade die professionelle Untervermietung von Wohnungen von Kopenhagen und Berlin sehr kritisch bewertet, da sie zu einer weiteren Verknappung des Wohnraumes führt. Die Stadt Mailand geht einen anderen Weg. Sie hat mit Airbnb einen Vertrag geschlossen, um auf die Vermietungsaktivitäten steuernd einwirken zu können.

Die EUROCITIES-Preise 2016 gingen an die Städte Saragossa, Athen und Leeds.

- Im La Coraboratora bietet die Stadt Saragossa Unternehmensgründern und Selbstständigen gemeinsam nutzbare Büroräume befristet an. Im Gegenzug verpflichten sich die Nutzer für mindestens vier Stunden pro Monat, ihre Dienste anderen Mietern von La Coraboratora kostenfrei anzubieten.
- Die Stadt Athen hat die digitale Plattform SynAthina entwickelt, auf der Bürgerinnen und Bürger Vorschläge zur Verbesserung der Lebenssituation einreichen können. Die Plattform vermittelt einen direkten städtischen Ansprechpartner, der die Vorschläge prüft und den Bürgerinnen und Bürgern eine Rückmeldung über Realisierungschancen gibt. Die Plattform hat wesentlich zu einer Stärkung des bürgerlichen Engagements beigetragen.
- Die Stadt Leeds baute ein Migrantennetzwerk auf. Das Netzwerk hilft Neuankömmlingen, sich in der Stadtgesellschaft zurechtzufinden, und gibt praktische Hilfestellungen beispielsweise bei Fragen, die Gesundheitsdienstleistungen oder den Zugang zum Arbeitsmarkt betreffen. Ferner kann das Netzwerk Anliegen gegenüber der Stadtverwaltung effektiver vorbringen.

Im Rahmen des Speednetworkings hob das Referat für Stadtplanung und Bauordnung die Bedeutung regionaler Grünzüge hervor und präsentierte das EU-Projekt LOS_DAMA!, das einen Beitrag zur Inwertsetzung dieser Freiräume leisten soll.

Die Stadt Mailand stellte die Plattform *civico* vor, über die die Kommune versucht, Crowdfunding für soziale Initiativen zu ermöglichen. Soziale Initiativen können ihre Ideen bei der Stadt einreichen. Eine Jury wählt herausragende Beispiele aus und ermöglicht eine Darstellung auf der Plattform *civico*.

Am Rande der Jahreskonferenz 2016 feierte das von den Städten Birmingham, Barcelona, Frankfurt, Lyon, Mailand und Rotterdam gegründete Netzwerk sein 30. Jubiläum.



EUROCITIES 2016
MILAN—SHARING CITIES
16—17—18 NOVEMBER

EU-Aktionsplan Radverkehr

Für acht Prozent der EU-Bürger ist das Fahrrad an einem gewöhnlichen Tag das wichtigste Verkehrsmittel, dabei variiert der Anteil von maximal einem Prozent in Zypern, Malta und Portugal bis zu 36 Prozent in den Niederlanden. Lokal kann der Anteil des Radverkehrs bis zu 60 Prozent betragen, beispielsweise in der niederländischen Stadt Groningen. Die Europäische Kommission soll nun die Verdoppelung des Radverkehrs in der EU in den nächsten zehn Jahren beschließen. Das fordert der Ausschuss der Regionen (AdR).

Der AdR hat eine Stellungnahme zum EU-Aktionsplan für den Radverkehr ausgearbeitet. Der Ausschuss der Regionen ist eine beratende Institution, die es regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften der EU-Staaten erlaubt, formal auf Entscheidungen der EU Einfluss zu nehmen. Über den Deutschen Städtetag konnte die Landeshauptstadt München Änderungswünsche einbringen.

Arbeitsprogramm der Kommission

Der EU-Aktionsplan für den Radverkehr soll in das Arbeitsprogramm der Kommission für das Jahr 2018 aufgenommen werden, um das vorhandene ökologische, gesundheitliche und wirtschaftliche Potenzial des Radverkehrs zu analysieren und besser auszuschöpfen. Der Radverkehr, so der AdR, müsse bei der Novellierung der EU-Kriterien für eine umweltbewusste Vergabe bei öffentlichen Aufträgen im Verkehrsbereich berücksichtigt werden. Zudem solle die Kommission den nationalen, regionalen und lokalen Behörden Geschwindigkeitsregelungen sowie die Durchführung verkehrsberuhigender Maßnahmen empfehlen, wie etwa die Einführung einer generellen Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h auf bestimmten Straßen in Städten, die auch für den Radverkehr verbindlich sein sollten.

Die EU-Verkehrsminister haben Ende 2015 in Luxemburg die Deklaration über das Fahrrad als klima- und umweltfreundliches Verkehrsmittel unterzeichnet. In der gemeinsamen Erklärung bekannten sie sich dazu, den Ausbau des Radverkehrs europaweit voranzutreiben. Der Aktionsplan der Deklaration sieht vor, den Radverkehr auf höchster EU-Ebene zu berücksichtigen und in EU-Finanzierungsinstrumente einzubinden. Dazu gehört die Entwicklung einer EU-Strategie zur Förderung des Fahrradverkehrs und die Einsetzung von Koordinatoren für Radverkehrsfragen sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene.



München unterstützt EUROCITIES-Strategie

Auf Anfrage von EUROCITIES brachte das Referat für Stadtplanung und Bauordnung im Oktober Münchner Erfahrungen und Leitideen in die EUROCITIES-Stellungnahme zum erwarteten Entwurf einer EU-Radverkehrsstrategie ein. Dabei wurden die sehr positiven Ideen des Entwurfes der Deklaration um wesentliche Punkte ergänzt. Radfahren sollte nicht

allein als nachhaltige städtische Fortbewegungsart betrachtet und geplant werden, sondern als ein Element eines nachhaltigen und umweltfreundlichen Mobilitäts-Mixes. Eine Radinfrastruktur muss immer über die Stadtgrenzen hinaus reichen und mit Zentren des Umlandes eine optimale Vernetzung herstellen. Um weitere Strecken zur Arbeit auf zwei Rädern zurück-

zulegen, werden oft Pedelecs genutzt. Dafür wären, so der Vorschlag aus München, Radschnellwege, die höhere Geschwindigkeiten durch eine entsprechende Streckenführung und Kreuzungsfreiheit erlauben, sinnvoll. Außerdem sollte die Mitnahme von Fahrrädern im öffentlichen Verkehr gefördert werden.

Netzwerk der Offenen Jugendarbeit

InterCity Youth ist ein Netzwerk, das auf Dialog und Zusammenarbeit basiert. Kommunale Verwaltungen sind die entscheidenden Akteure, um Offene Kinder- und Jugendarbeit weiterzuentwickeln. Jugendarbeit findet vor Ort statt und kann nur durch die Beteiligung örtlicher Verwaltungen nachhaltig gefördert werden. München ist Mitglied.

Seit der offiziellen Gründung des europäischen Netzwerks 2014 verweben sich die Beziehungen zwischen den bei InterCity Youth vertretenen Kommunen immer mehr. InterCity Youth wird durch das EU-Programm Erasmus+/Youth in Action als ein Beitrag zur Umsetzung der Europäischen Jugendstrategie unterstützt. Neben gegenseitigen Besuchen und der jeweils im Herbst stattfindenden Jahreskonferenz, wurde eine Arbeitsgruppe zur Entwicklung von Indikatoren zur Qualitätssicherung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit gegründet.

Qualität verbessern

Unter Federführung des schwedischen Netzwerks kommunaler Jugendarbeit KEKS trifft sich die Gruppe, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern aus Schweden, Finnland, den Niederlanden, Belgien, Italien, Griechenland, Bulgarien und Deutschland, zwei- bis dreimal jährlich, um zur EU-Jugendstrategie Indikatoren zu erarbeiten. Der Einsatz der Indikatoren zu Partizipation, Geschlechtergerechtigkeit, Inklusion marginalisierter Gruppen und non-formalem Lernen soll die Qualität in den Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit verbessern. Der Fokus soll damit auf die Wirkung von Jugendarbeit gelenkt werden, ergänzend zu den in fast allen Ländern bestehenden quantitativen Erhebungen.

Im Oktober fand in Mailand die 5. InterCity Youth Konferenz zum Thema „Youth Work – Learning for Life, Learning for Labour“ statt. Bei der dreitägigen Konferenz mit mehr als 150 Teilnehmenden aus 15 Ländern wurde in Vorträgen,

Seminaren und bei Study Visits vor Ort das Thema beleuchtet. Aus dem Bereich der Münchner Jugendarbeit haben folgende Akteurinnen und Akteure die jeweiligen Themen vorgestellt:

- Mini-München: Youth Work supports young people to be political citizens
- IMAL: Creativity, a base for social and professional inclusion
- KJR: Youth Work and participation – What do young people learn through participating in every day Youth Work?
- Infofon: New trends in youth information and counseling
- Stadtjugendamt: Managing Youth Work

Selbstverständlich fand auch über das offizielle Tagungsprogramm hinaus ein weitreichender Austausch über die Offene Kinder- und Jugendarbeit in den unterschiedlichen Kommunen und Ländern statt.

Kulturförderung ist keine Beihilfe

Eine für München wichtige Rechtsfrage zur Förderung kultureller Einrichtungen konnte bei der Tagung der Arbeitsgemeinschaft der EU-Koordinatoren des Bayerischen Städtetages im August in Furth i.W. geklärt werden. Hauptthema war die Bekanntmachung der EU-Kommission zum Begriff der staatlichen Beihilfe im Sinne des Artikels 107 Abs. 1 AEUV.

Zu diesem Text stand die wichtige Frage im Raum, ob auch große kulturelle Einrichtungen wie die Münchner Philharmoniker oder die Münchner Kammerspiele als nicht wirtschaftliche Einrichtungen angesehen werden können, selbst wenn sie auf dem Markt, auch fremdsprachig, um Besucher werben sowie im Ausland auftreten und von der Stadt München zu mindestens 70 Prozent gefördert werden. Joachim Menze, der Leiter der Vertretung der EU-Kommission in München, prüfte zunächst die Tatbestandsvoraussetzungen des Beihilfebegriffs. Beim Kriterium des Marktbezugs sagte er, dass die EU-Kommission im Hinblick auf die o. a. Bekanntmachung davon ausgeht, dass auch große

Kultureinrichtungen wie die vorgenannten nicht zwingend Tätigkeiten erbringen, die den Binnenmarkt beeinträchtigen.

Der Kommission sei bei Abfassung der Mitteilung bewusst gewesen, dass auch große bekannte Kultureinrichtungen dauerdefizitär seien und mit ihrem Angebot Daseinsvorsorgeleistungen erbringen. Aus diesem Grund können auch zum Beispiel die Philharmoniker nicht wirtschaftliche Dienstleistungen erbringen, die nicht unter den Beihilfebegriff fallen, wenn sie überwiegend, das heißt zu mehr als 50 Prozent, von der öffentlichen Hand finanziert werden. Resultat ist, dass selbst dann, wenn ein großes Kulturunternehmen vorliegt, das auch grenzüberschreitend ausländische Besucher anzieht, und auch wenn es aus kulturellen Erwägungen erheblich gefördert wird, ein solches Unternehmen nicht in einem marktrelevanten Verhältnis steht und dessen Förderung durch die öffentliche Hand keine Beihilfe ist.

München unterzeichnet Europäische Charta für Gleichstellung



Die Stadt München ist der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene des Europäischen Rates der Gemeinden und Regionen Europas „Council of European Municipalities and Regions“ (CEMR) beigetreten.

Damit verpflichtet sich die bayerische Landeshauptstadt, die gleichstellungspolitischen Ziele der Charta durch Aktionspläne und Programme mit Leben zu füllen. Der Gleichstellungsstelle für Frauen fällt dabei die Projektleitung und -koordination für die Umsetzung zu. Auf Empfehlung des Stadtrates hat Oberbürgermeister Dieter Reiter am 30. Mai im Beisein von Bürgermeisterin Christine Strobl, der Vorsitzenden der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen, Lydia Dietrich, und der Leiterin der Gleichstellungsstelle für Frauen, Nicole Lassal, die Europäische Charta auf lokaler Ebene unterzeichnet.

Die Europäische Charta formuliert gleichstellungspolitische Grundsätze für alle kommunalpolitischen

Handlungsfelder. Verabschiedet wurde sie vom Rat der Gemeinden und Regionen Europas, in dem etwa 100 000 Kommunen aus 39 Ländern vertreten sind. Bislang haben 45 deutsche Städte die Charta unterzeichnet. In München existiert bereits seit 1985 eine Gleichstellungsstelle für Frauen. Die seit 1991 betriebene Umsetzung des Verfassungsauftrages der Gleichstellung von Männern und Frauen erhält nun eine programmatische Grundlage mit konkreten Umsetzungsverpflichtungen.

„Ein wichtiger Schritt“

Oberbürgermeister Reiter sieht die Unterzeichnung der Europäischen Charta als einen „wichtigen Schritt zur Förderung einer egalitären Gesellschaft im Rahmen internationaler Zusammenarbeit“. Auch Bürgermeisterin Christine Strobl wertet den Beitritt Münchens zur Charta als ein wichtiges Zeichen: „Die Europäische Charta schließt eine Lücke, da sie neben der Personalpolitik auch für alle weiteren kommunalen Handlungsfelder gleichstellungspolitische Leitlinien festlegt.“

Lydia Dietrich bleibt im Policy Committee

Die Münchner Stadträtin Lydia Dietrich wurde für weitere drei Jahre ins Policy Committee des CEMR gewählt. Bei der Sitzung in Maastricht standen vor allem die Neuwahlen des Policy Committee, der Gremien und des Präsidenten im Mittelpunkt. Als neuer Präsident wurde Stefano Bonaccini, Präsident der italienischen Sektion des CEMR, gewählt.

Schwerpunktthema der zweitägigen Sitzung war das zehnjährige Bestehen der Europäischen Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern. Dazu fand eine Podiumsdiskussion statt, an der auch Lydia Dietrich, Mitglied im Gender Equality Forum des CEMR und Vorsitzende der Gleichstellungskommission in München, teilnahm und über die Erfahrungen aus der Landeshauptstadt berichtete. Ibon Uribe, der Vorsitzende des Gender Equality Forums, stellte die ersten Planungen für die Konferenz „Equality, Diversity, Inclusion“ im Jahr 2018 in Bilbao vor.

Stadträte beim CEMR-Kongress in Nikosia

Nikosia (Zypern) war für drei Tage das Zentrum eines europaweiten Erfahrungs-, Wissens- und Meinungsaustausches von Kommunalpolitikerinnen und -politikern. Eingeladen dazu hatte der europäische RGR (Council of European Municipalities and Regions/CEMR) im Rahmen seines alle vier Jahre stattfindenden Europakongresses.

Unter dem Kongressmotto „Eine kommunale und regionale Vision für Europa im Jahre 2030“ diskutierten die Fachleute in insgesamt 30 Veranstaltungsforen eine große Bandbreite von Themen, angefangen von der derzeit nahezu alle anderen Themen überlagernden Flüchtlingsthematik, über Aspekte der nachhaltigen Entwicklung der Kommunen bis zu Fragen des Standes der kommunalen Selbstverwaltung in den Mitgliedstaaten der EU und deren Rolle innerhalb der Europäischen Union.

Rund 500 kommunale und regionale Delegierte aus ganz Europa hatten die Möglichkeit, Kontakte zu knüpfen, neue Erkenntnisse mit nach Hause zu nehmen oder einfach auch eigene Erfahrungen bestätigt zu bekommen. Da Mitglieder der deutschen Delegation auch aktiv in das Kongressprogramm eingebunden waren, bot die Veranstaltung die Möglichkeit, zu den verschiedenen Themen deutsche Beispiele und Sichtweisen einzubringen. München war vertreten durch die Stadträte Sebastian Schall, Thomas Schmid und Otto Seidl von der CSU, Lydia Dietrich (Die Grünen/Rosa Liste) und Wolfgang Zeilhofer (NUT).

KOMM

WU

KA

TU



Europa verstehen



Hintergrundwissen zu aktuellen Themen, die die EU bewegen, liefert das Europe Direct Informationszentrum München & Oberbayern (EDI). Aber auch Antworten auf einfache Fragen zum Alltag in Europa oder zu Fragen der EU-Förderung.

Grenzüberschreitendes Engagement und mobile Lebensentwürfe zählen für viele Europäerinnen und Europäer zu den selbstverständlichen Errungenschaften des Europäischen Einigungsprozesses. Raum für das gemeinschaftliche Erleben bieten zum Beispiel zivilgesellschaftliche Bildungsprojekte und individuelle Auslandsaufenthalte, die das EDI durch Information und Beratung unterstützt und fördert.

Europäische Vielfalt, ein gemeinsames Geschichtsbewusstsein und die Stärkung der Bürgerbeteiligung standen im Fokus eines Workshops zum EU-Förderprogramm „Europa für Bürgerinnen und Bürger (EfBB)“, den das EDI in Zusammenarbeit mit dem Kulturreferat und der Nationalen Kontaktstelle für Interessierte ausrichtete.

Wege ins Ausland

Jugendliche und junge Erwachsene, die Europa persönlich und vor Ort kennenlernen möchten, konnten sich bereits zum zweiten Mal auf der Jugend-Infomesse „Wege ins Ausland“ zu den unterschiedlichen Möglichkeiten in Ausbildung, Studium, Praktikum oder als Teilnehmende an einem Freiwilligendienst beraten lassen. Am Stand des EDI erfuhren die rund 1200 Besucherinnen und Besucher Näheres zu Auslandsaufenthalten im Rahmen von Erasmus+ und dem Europäischen Freiwilligendienst (EVS). Auch das neu gegründete Europäische Solidaritätskorps stieß auf großes Interesse.

Wer aktiv das Europa der Gegenwart und Zukunft mitgestalten möchte, der braucht ein grundlegendes Verständnis für die europäischen Zusammenhänge. Das EDI leistet einen Beitrag dazu, dieses Wissen verfügbar und leicht zugänglich zu machen. Der Schulservice steht Lehrerinnen und Lehrern aller Schulformen und Klassenstufen

bei der Gestaltung ihres Unterrichts zur Seite: Publikationen wie „Entdecke Europa!“ oder „Europa kinderleicht“ können in gewünschter Stückzahl direkt abgeholt oder auf Anfrage kostenlos verschickt werden. Das EDI organisiert auch Workshops und EU-Rallyes und berät bei Fragen zu Facharbeiten mit EU-Bezug in Schule und Studium. In der Infothek steht Besucherinnen und Besuchern eine umfangreiche Auswahl von Publikationen der Institutionen der Europäischen Union kostenlos zur Verfügung, weitere können bei Interesse bestellt werden.

Wirklich willkommen?

In der Veranstaltungsreihe „Europaforum“ bietet das EDI regelmäßig Raum für Diskussionen zu aktuellen europäischen Themen. In 2016 standen Fragen wie Migration und Integration, Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten oder die Zukunft der Union nach dem Brexit Referendum auf der Agenda. In der Veranstaltung „Angekommen – wirklich willkommen?“ schilderte Claude Trudelle, Generaldelegierter der Regierung von Québec, Kanadas Strategie im Hinblick auf die Flüchtlinge. Es werden direkt vor Ort ganze Familien aufgenommen, aus allen Bildungsschichten. So wird die gefährliche Flucht verhindert und die gesellschaftlichen Strukturen werden erhalten.

Bei der Diskussion „Brexit – und nun?“ berichtete der Brüsseler Korrespondent der Süddeutschen Zeitung Daniel Brössler, nicht nur darüber, dass sich Brüssel auf keine Vorverhandlungen mit Großbritannien einlassen werde. Er betonte, dass die antieuropäische Stimmung auch deshalb entstand, weil die nationale Politik in Großbritannien die EU und ihre Entscheidungen nicht mittrug. Solange die nationalen Politiker nicht zu ihrer Verantwortung für die Gestaltung der EU stünden, werde sich seiner Ansicht nach die Lage nicht ändern.

In Europa leben bedeutet auch: frei reisen zu können. Von außergewöhnlichen Begegnungen rund um die Ostsee berichtete der Autor Oliver Lück in einer Lesung aus seiner Reisereportage „Flaschenpostgeschichten“. Seine Helden, die alle an der Ostseeküste leben, hat er dank der Flaschenpostbriefe gefunden. In ihren Schicksalen spiegeln sich die Veränderungen in Europa auf beeindruckende Art und Weise. Ein Beispiel ist die Lettin Biruta Kerva, eine ehemalige Traktorfahrerin, die durch die Wende zwar nun in einer freien Welt lebt, durch die gesellschaftlichen Veränderungen aber ihre Arbeit verlor.

Europawegweiser München & Oberbayern

Der 2016 veröffentlichte Europawegweiser München & Oberbayern ist ein handlicher Begleiter, der rund 200 Kontaktstellen, Institutionen, Organisationen und Vereine mit Europa bezug zusammenfasst. Den Europawegweiser kann man bestellen, im EDI abholen oder von der Website runterladen. (http://www.wirtschaft-muenchen.de/publikationen/pdfs/Edi_Europawegweiser16.pdf)

Europa feiern

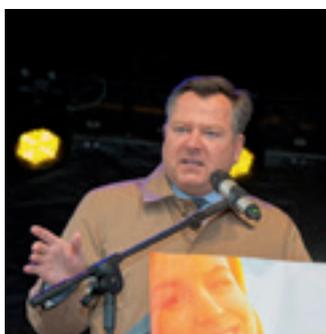
München feierte Europa, und das war in schwierigen politischen Zeiten wie diesen besonders wichtig: Am 13. Mai strömten Hunderte Besucher zum Europa-Tag auf den Marienplatz. Die Landeshauptstadt hatte wieder gemeinsam mit den Kooperationspartnern, der Europa-Union München sowie den Vertretungen der EU-Kommission und des Europäischen Parlaments, ein Programm organisiert, das bei den Gästen gut ankam. Es war so bunt wie Europa, unterhaltsam und informativ.

Eröffnet wurde der Münchner Europa-Tag von Bürgermeister Josef Schmid. „Ob Flüchtlingskrise, Terrorbekämpfung oder Freihandelsabkommen: Europa dominiert seit Monaten die Schlagzeilen, und oberflächlich betrachtet erscheint Europa nicht mehr als Problemlöser, sondern als Problemlösungsverhinderer. Doch diese verengte tagesaktuelle Darstellung Europas wird der historischen Dimension der Europäischen Gemeinschaft nicht gerecht. Europa hat weit mehr positive Aspekte, als die Nachrichtenlage es manchmal vermuten lassen würde. Der heutige Europa-Tag soll deswegen ein Forum sein, das die Errungenschaften der Europäischen Union in den Vordergrund stellt, das aber gleichzeitig auch offen für Kritik und Anregungen sein soll. Denn: Europa ist in erster Linie das Europa der Bürgerinnen und Bürger“, sagte Schmid.

Die bayerischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments, Maria Noichl (SPD), Prof. Dr. Klaus Buchner (ÖDP), Ulrike Müller (Freie Wähler) und Thomas Händel (Die Linke) stellten sich im Interview auf der Bühne den Fragen zu Europa, moderiert von Tilmann Schöberl (BR). Tanzgruppen aus der Ukraine, Slowenien und ganz besonders das grenzenlose Tanzprojekt „Freudentanz“, ein Projekt mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen, begeisterten das Publikum.

Spielerisch lernen

Münchner Kindertagesstätten und Schulen stellten ihre Projekte, unter anderem mit rumänischen Schulen, vor, und ein anspruchsvolles Kinderprogramm sorgte für Unterhaltung. Gemeinsam mit Kultur & Spielraum e.V. bastelten die Kinder an einem übergroßen Europa-Puzzle, mussten Länder zuordnen oder erklären, was ein Baguette ist. So lernten sie spielerisch eine Menge über Europa. Neben Musik und Spielen lockte auch der Markt der Möglichkeiten mit Infoständen des Europe Direct Informationszentrums für München & Oberbayern, des Informationsbüros des EU-Parlaments in München und der Europäischen Kommission, des Referats für Bildung und Sport sowie des Abfallwirtschaftsbetriebs München. Am frühen Abend heizten die mitreißenden Münchener Nachwuchsbands „The Capitols“ und „Rapid“ den Besuchern trotz des Regenwetters noch mal richtig ein und brachten das Publikum zum Tanzen.



Historisches Datum

Der 9. Mai ist der Jahrestag der Schuman-Erklärung. Vor 66 Jahren, am 9. Mai 1950, hielt der französische Außenminister Robert Schuman in Paris eine Rede, in der er seine Vision einer neuen Art der politischen Zusammenarbeit in Europa vorstellte – eine Zusammenarbeit, die Kriege zwischen den europäischen Nationen unvorstellbar machen würde. Seine Idee war die Schaffung einer überstaatlichen europäischen Institution zur Verwaltung und Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion. Knapp ein Jahr später wurde eine solche Institution eingerichtet. Robert Schumans Vorschlag gilt als Grundstein der heutigen Europäischen Union. Mit Europaveranstaltungen in allen Ländern der EU rund um dieses Datum wird dieses historische Ereignis gewürdigt.



Die proeuropäische Stimme deutlicher denn je erheben

Europa ist die Lösung, nicht das Problem. Das war der gemeinsame Nenner am Ende einer lebhaften Fishbowl-Diskussion beim Netzwerktreffen der Europa-Akteurinnen und -Akteure im Kleinen Sitzungssaal des Neuen Rathauses.

Eingeladen hatte der Fachbereich Europa im Referat für Arbeit und Wirtschaft (RAW) gemeinsam mit dem Europe Direct Informationszentrum München & Oberbayern, um die Frage zu erörtern: Für Europa auf die Straßen gehen? Und um im Kontext dazu nachzulegen mit der Aufforderung: Mehr Engagement für den europäischen Gedanken. Engagiert debattierten am 9. November unter der Leitung von Jutta Prediger (Bayerischer Rundfunk) in der Fishbowl Thomas Leeb, Büroleiter der BMW-Stiftung München, Studiendirektorin Uta Löhner, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Verena Ringler, Leiterin des Bereichs internationale Verständigung bei der Stiftung Mercator in Essen, und Benjamin Zeeb, Geschäftsführer von Project for Democratic Union.

Vollwertige föderale Union

Vor allem Zeeb machte keinen Hehl aus seiner Überzeugung, dass nur eine vollwertige föderale Union die Lösung für die Probleme Europas sein kann, das heißt eine handlungsfähige gemeinsame Regierung inklusive gemeinsamer Streitkräfte und Zivildienste. Sein Ziel: Die Vereinigten Staaten von Europa. Die Idee, Europa könne schrittweise entstehen, halte er für gefährlich.

Manuel Pretzl, stellvertretender Vorsitzender der Stadtratskommission Europa, hatte in Vertretung von Bürgermeister Josef Schmid den Abend eröffnet, der beherrscht war vom Ausgang der Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten und der Frage, inwieweit sich Trumps Präsidentschaft auf Europa auswirken wird. Pretzl: „Steht Europa am Abgrund? Und wie ist es um die Tragfähigkeit der Wertegemeinschaft der Europäischen Union bestellt in einer Zeit, in der nationalistische und euroskeptische Stimmen in

einigen Mitgliedsstaaten immer lauter werden?“ Zwar sei für die Mehrheit der Deutschen ein Austritt aus der EU kein Thema, dennoch sei es wichtig, die proeuropäische Stimme deutlicher denn je zu erheben. Für die europäische Idee gäbe es viele Befürworter, allerdings auch viele Skeptiker gegen die Institutionen.

Gemeinsames Bewusstsein entwickeln

Uta Löhner ist überzeugt davon, dass vor allem die Jugendlichen ein vereintes Europa wollen, die meisten kennen gar nichts anderes. Aber sie wollten keine „Institutionskunde“, sondern ein gemeinsames Bewusstsein für Europa entwickeln. Hier liege eine große Verantwortung bei der politischen Bildung im Unterricht, „und hier ist in Bayern noch Luft nach oben“, so Löhner. Die Idee eines europäischen Freiwilligendienstes befürworte auch sie.

„Nicht übereinander, sondern miteinander reden“. Diese Devise gab Verena Ringler aus. Sie plädierte für eine wirksame Partizipation der Bürgerinnen und Bürger und setzt auf die Kraft des persönlichen Austausches. Ihr Vorschlag: Mitglieder nationaler Parlamente werden zusammengebracht, sprechen miteinander und arbeiten zusammen an Projekten und Ideen. Die Zivilgesellschaft stößt reale politische Zusammenarbeit an.

Thomas Leeb plädierte ebenfalls für einen transnationalen Dialog zwischen einzelnen Entscheidungsträgern und der Zivilgesellschaft. Er verlangte mehr Integration, blieb aber skeptisch, was die Idee der Vereinigten Staaten von Europa angeht. „Staatliche Souveränität abzugeben, halte ich nicht für die Lösung, eher sollte man Alternativmodelle überlegen.“ Gemeinsame Wege in der Außen- und Verteidigungspolitik zu gehen, hielt er jedoch für ratsam.

Anschließend diskutieren Netzwerkerinnen und Netzwerker aus Stadt-, Landes- und Europapolitik, Verwaltung und Verbänden beim abendlichen Imbiss noch angeregt weiter.

EU-Projekte der einzelnen Referate

Förderprogramm	Projekt	Thema	Beteiligte Referate	Laufzeit	Förder-summe
Horizon 2020	CIVITAS ECCENTRIC	Zukunftorientierte nachhaltige Mobilität in Stadtrandgebieten	RAW/KVR	2016–2020	4 Mio. €
Horizon 2020	Smarter Together	Energieeffizienz/ nachhaltige Mobilität	RAW/PLAN/DIR	2016–2021	6,85 Mio. €
EFRE	Energieeinsparung in öffentlichen Infrastrukturen	Fernkälteprojekt der Stadtwerke	Stadtkämmerei/PLAN	2017–2023	1,668 Mio. €
INTERREG VB	Los_Dama!	Landschaft und Freiraumentwicklung in Metropolen des Alpenraums	PLAN	2016–2019	506 770 €
INTERREG VB	ASTUS	Nachhaltige Siedlungsentwicklung	PLAN	2016–2019	171 275 €
ESF	GUIDE	Existenzgründung von Frauen im Großraum München	RAW	2015–2018	400 238 €
ESF	Move	Berufliche Beratung, Planung und Orientierung in Kombination mit externem Monitoring	RAW	2015–2018	325 869 €
ESF	power_m	Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt	RAW	2015–2018	3,226 Mio. €
ESF	FIBA II	Flüchtlinge in Beruf und Ausbildung	SOZ	2016–2019	369 648 €
ESF	BBJH	Ökomobil	SOZ	2016	155 954 €
ESF	BBJH	Laboratorium	SOZ	2016	513 468 €
ESF	BBJH	Take Off	SOZ	2016	424 549 €
ESF	BBJH	Junge Arbeit	SOZ	2016	346 932 €
Europe-Aid	Asháninka II	Nachhaltige Lebensstile	RGU	2014–2017	234 920 €
H2020 Mobility for Growth	FLOW	Reduzierung von Staus auf städtischen Straßen	PLAN	2015–2018	219 565 €
Europäischer Integrationsfonds	Schule für alle	Deutschunterricht für Migrantenkinder an Münchner Schulen	SOZ	2016–2018	300 000 €
Erasmus+	EUMUC 2014	Mobilitäten in der beruflichen Bildung	RBS	2014–2016	151 927 €
Erasmus+	EUMUC2015	Mobilitäten in der beruflichen Bildung	RBS	2015–2017	209 701 €
ESF	Migranet	Arbeitsmarktintegration von Menschen mit ausländischen Qualifikationen	SOZ	2014–2018	233 312 €
Europäischer Integrationsfonds	IntegPlan	Integrierte Rückkehrplanung und Vernetzung	SOZ	2016–2017	30 300 €
Europäischer Rückkehrfonds	Coming Home	Rückkehrhilfen	SOZ	2016–2017	300 000 €

Abkürzungen der städtischen Referate: **BAU** Baureferat, **DIR** Direktorium, **KOM** Kommunalreferat, **KVR** Kreisverwaltungsreferat, **KULT** Kulturreferat, **POR** Personal- und Organisationsreferat, **RAW** Referat für Arbeit und Wirtschaft, **RGU** Referat für Gesundheit und Umwelt, **PLAN** Referat für Stadtplanung und Bauordnung, **RBS** Referat für Bildung und Sport, **SOZ** Sozialreferat

EU-Förderprogramme

HORIZON 2020

HORIZON 2020 ist das Rahmenprogramm der Europäischen Union für Forschung und Innovation mit einer Laufzeit von 2014–2020. Als Förderprogramm zielt es darauf ab, EU-weit eine wissens- und innovationsgestützte Gesellschaft und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft aufzubauen sowie gleichzeitig zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Knapp 75 Mrd. Euro stehen zur Verfügung. Die Finanzierungs- und Förderformen reichen von der Grundlagenforschung bis zur innovativen Produktentwicklung. EinzelforscherInnen, Unternehmen und Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sind zentrale Zielgruppen von HORIZON 2020.

EFRE: Europäischer Fonds für regionale Entwicklung

Die Kohäsions- und Strukturpolitik ist mit ungefähr einem Drittel des EU-Budgets einer der zentralen Politikbereiche der Europäischen Union. Ihr Ziel ist es, die Lebensbedingungen in den verschiedenen europäischen Regionen durch Investitionen in zentrale Handlungsfelder zu verbessern. Die dafür notwendigen Finanzmittel stellt die Europäische Union über verschiedene Struktur- und Investitionsfonds bereit. Einer dieser Fonds ist der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

Der EFRE unterstützt in Bayern in der Förderperiode 2014 bis 2020 die Förderziele Investitionen in Wachstum und Beschäftigung (EFRE-IWB) und Europäische territoriale Zusammenarbeit (INTERREG V). Im Ziel IWB stehen dabei EU-Mittel in Höhe von rund 495 Millionen Euro für Investitionen in Bayern zur Verfügung. Für grenzübergreifende Projekte im Rahmen von INTERREG werden insgesamt 197 Millionen Euro aus Europa speziell in den bayerischen Grenzräumen wirksam.

ESF: Europäischer Sozialfonds

Die Europäische Union hat sich zum Ziel gesetzt, die Lebensverhältnisse der Menschen in allen 28 Mitgliedstaaten zu verbessern. Seit 50 Jahren wendet sie sich mit dem ESF direkt an die Menschen. Der ESF unterstützt die Menschen in Europa bei der Verbesserung ihrer Chancen auf dem Arbeitsmarkt und trägt zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei. Für Deutschland werden aus dem Fonds von 2014 bis 2020 insgesamt 2,7 Milliarden Euro bereitgestellt. Das Geld soll die Bundesregierung und die Länder dabei unterstützen, die Ziele der Europäischen Beschäftigungsstrategie zu realisieren.

EIF: Europäischer Integrationsfonds

Der Europäische Integrationsfonds dient der Integration Drittstaatenangehöriger (Nicht-EU).

Er umfasst fünf Maßnahmen:

- Integration und Sprache
- Integration und Kommune
- Interkultureller Dialog
- Indikatoren und Bewertungsmethoden zur Messung der Fortschritte, Anpassung der Strategien und Maßnahmen zur Erleichterung der Koordination des vergleichenden Lernens
- Innerstaatliche Vernetzung, Austausch und interkultureller Kapazitätenaufbau

ERF: Europäischer Rückkehrfonds

Aus dem Europäischen Rückkehrfonds stehen Fördermittel sowohl für die freiwillige als auch für die zwangsweise Rückkehr zur Verfügung. Der Fonds wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verwaltet. Zielgruppe der Rückkehrförderung sind sowohl Asylbewerber während und nach Abschluss des Asylverfahrens, als auch sonstige – ausreisepflichtige – Ausländer. Gefördert wird zum Beispiel die Arbeit von Rückkehrberatungsstellen, die Rückkehrinteressierte über die Situation in ihrem Herkunftsland informieren und Perspektiven aufzeigen. Auch Maßnahmen, die auf die besondere Lage schutzbedürftiger Rückkehrer zugeschnitten sind, können in die Förderung einbezogen werden, ebenso Maßnahmen für die berufliche Bildung und die Wiedereingliederung im Heimatland.

INTERREG

INTERREG fördert die Zusammenarbeit zwischen den Städten, Regionen und Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und ist Teil des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“. Wie schon in der vorausgegangenen INTERREG-Periode geschieht dies mit drei Ausrichtungen:

- grenzübergreifende Zusammenarbeit (Ausrichtung A): Weiterentwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit in benachbarten Grenzregionen auf der Grundlage gemeinsamer Strategien und Entwicklungsprogramme
- transnationale Zusammenarbeit (Ausrichtung B): staatenübergreifende Zusammenarbeit zwischen nationalen, regionalen und lokalen Behörden in transnationalen Kooperationsräumen zur Stärkung einer harmonischen räumlichen Entwicklung des gesamten Gebietes der EU und einer besseren Integration der neuen Mitgliedsstaaten

- interregionale Zusammenarbeit (Ausrichtung C): Kooperationsnetze und Erfahrungsaustausch, um die Wirksamkeit bestehender Instrumente für Regionalentwicklung und Kohäsion zu verbessern.

Die Förderung von Projekten erfolgt im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Antragsberechtigt sind Konsortien bestehend aus nationalen, Länder-, regionalen und kommunalen Körperschaften, Universitäten und Nichtregierungsorganisationen in den transnationalen Kooperationsräumen. Die Beteiligung privater Akteure ist je nach Programm unter bestimmten Voraussetzungen möglich.

ERASMUS+

Mit ihrem neuen Programm Erasmus+ will die EU das Kompetenzniveau und die Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen verbessern und die allgemeine und berufliche Bildung sowie die Jugendarbeit modernisieren. Das auf sieben Jahre ausgelegte Programm verfügt über ein Budget von 14,7 Milliarden Euro. Erasmus+ bietet mehr als vier Millionen Europäerinnen und Europäern neue Chancen: für Studium, Ausbildung, Sammeln von Arbeitserfahrung oder Freiwilligentätigkeit im Ausland. Das Programm fördert grenzübergreifende Partnerschaften und die Zusammenarbeit zwischen Bildungs- und Ausbildungsstätten und Jugendorganisationen. Ziel ist die Annäherung der Bildungsan die Arbeitswelt, um derzeitige Qualifikationslücken in Europa zu schließen. Es unterstützt auch nationale Maßnahmen zur Reform der Bildungs- und Ausbildungssysteme und Jugendarbeit. Im Bereich des Sports werden Breitensportprojekte gefördert und grenzüberschreitende Probleme wie Bekämpfung von Spielabsprachen, Doping, Gewalt und Rassismus angegangen.

Erasmus+ kombiniert sieben EU-Programme in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Jugend. Erstmals wird auch der Sport unterstützt. Als integriertes Programm bietet Erasmus+ mehr Möglichkeiten für die Zusammenarbeit in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport und ist dank vereinfachter Finanzierungsregeln leichter zugänglich.

EU-Projekte „Lebenslanges Lernen“

Erasmus+

Thema	Laufzeit	Fördersumme
Referat für Bildung und Sport		
Hochschulbildung	2015–2016	40 470 €
Seitenwechsel MUC-BCN	2015–2016	13 420 €
KA2 Strategische Schulpartnerschaft	2015–2016	10 220 €
Europäisierung der Münchner Berufsbildung	2015–2016	209 701 €
Interkulturelle Kompetenzen und Projekte zur europäischen Entwicklung der Schule	2015–2017	3436 €
Internationalisierung und Professionalisierung der Fachdidaktik unter besonderer Berücksichtigung der modernen Technik im Unterricht		8007 €
Marketingprojekt im Unterricht für den Bereich Vertrieb Automobil	2015–2018	25 500 €
SELFY – Save Earth Life for Youth	2015–2018	31 255 €
Being Europeans today – From war to peace, how European peoples make peace possible	2015–2017	28 975 €
Overcoming and Breaking Stereotypes: Looking for social cohesion in Europe	2015–2018	50 025 €
Comparison of personnel recruitment in Poland and Finland	2015–2017	47 522 €
Engineering Mobility in Europe	2014–2016	26 380 €
Gomorra – Mobility Across Europe IV	2014–2016	62 040 €
Sepulkralkultur im Wandel der Geschichte	2015–2017	113 783 €
Creating and finishing media products by using different new and innovative technologies in Europe	2014–2015	16 212 €
Kompetenzerweiterung im Bereich erneuerbarer Energien durch internationalen Austausch	2014–2016	8608 €
Individuelles Kompetenztraining zur Verbesserung der Lebensqualität und der Arbeitsfähigkeit durch Biodiversität und ökologische Produktionsmaßnahmen	2015–2017	6000 €
Spain intern	2015–2017	38 276 €
Catering Mobility in Europe – 25 years of European Cooperation in the CHASE Network	2015–2017	119 550 €
Gaining Intercultural Work Experience	2014–2016	31 632 €
Come together in Europe – Vermittlung von Praxiserfahrung, interkultureller und sprachlicher Kompetenzen als Teil der IT-Berufsausbildung	2014–2016	40 440 €
Praktikum im Rahmen des Berufsbildes des Diätassistenten in der EU	2015–2017	11 624 €
Frühpädagogik in Barcelona	2015–2017	18 064 €
Working Europe 2015	2015–2017	193 400 €
Working Europe 2016	2016–2018	177 442 €
Marketingprojekt im Unterricht für den Bereich Vertrieb Automobil	2015–2017	ca. 9000 €
goMOVET – Mobility Across Europe V	2016–2018	88 352 €
DFS	2016–2018	16 334 €
Tourismus und die Jugend Europas – Ein Beitrag für das Zusammenwachsen Europas	2016–2018	88 248 €
Mobilität von Auszubildenden und Bildungspersonal im Bäcker-, Konditoren- und Metzgerhandwerk	2016–2018	80 245 €
Boosting Work, Language and Intercultural Skills	2016–2018	36 260 €
Come together in Europe – Vermittlung von Praxiserfahrung, interkultureller und sprachlicher Kompetenzen als Teil der IT-Berufsausbildung	2016–2018	55 922 €
Blockpraktikum im Ausland	2016–2018	55 392 €
Erasmus	2016–2018	3 627 €

Abkürzungen der städtischen Referate: **BAU** Baureferat, **DIR** Direktorium, **KOM** Kommunalreferat, **KVR** Kreisverwaltungsreferat, **KULT** Kulturreferat, **POR** Personal- und Organisationsreferat, **RAW** Referat für Arbeit und Wirtschaft, **RGU** Referat für Gesundheit und Umwelt, **PLAN** Referat für Stadtplanung und Bauordnung, **RBS** Referat für Bildung und Sport, **SOZ** Sozialreferat

EUROCITIES-Stellungnahmen 2016

Titel Stellungnahme	Beteiligung LHM
Statement on state aid and local public services	RAW
Response to the Circular Economy Package	AWM
An Urban Agenda for the EU	RAW
The Transatlantic Trade and Investment Partnership and Future Trade Agreements	RAW
How can we make the EU a better place for start-ups?	RAW
EUROCITIES briefing note on Circular Economy Package and review of EU waste legislation	AWM
EUROCITIES statement on products and markets in the circular economy	AWM

Konsultationen 2016

Institution	Titel	Referat
EU-Kommission	Konsultation zu digitalen öffentlichen Dienstleistungen/ E-Government	RAW/KVR/PLAN
EU-Kommission	Mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben für erwerbstätige Eltern und pflegende Angehörige	POR/RAW/RBS
EU-Kommission	Konsultation zur Evaluierung der Richtlinie über Umgebungslärm	PLAN/RGU
EU-Kommission	Öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010–2020	Behindertenbeirat
EU-Kommission	Konsultation zum Entwurf einer Erweiterung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO)	RAW/KULT
EU-Kommission	Konsultation zur nachhaltigen Bioenergiepolitik nach 2020	KOM
EU-Kommission	EU-Konsultation zum Europäischen Transparenzregister	RAW
EU-Kommission	Konsultationen zum EU-Flüchtlings-, Integrations- und Rückkehrfonds	SOZ

Aktive Mitarbeit in Netzwerken

EUROCITIES

In folgenden Foren und Arbeitsgruppen des Städtetzwerks Eurocities arbeiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeshauptstadt München engagiert mit:

Kulturforum

Arbeitsgruppen: Jugend und Kultur, Mobilität von Künstlerinnen und Künstlern, Kreativwirtschaft (Kulturreferat)

Forum Wirtschaftsentwicklung

Arbeitsgruppen: Kohäsionspolitik und Strukturfonds, Unternehmertum und KMU (Referat für Arbeit und Wirtschaft)

Umweltforum

Arbeitsgruppen: Luftqualität/Klimawandel/Energieeffizienz (Referat für Gesundheit und Umwelt), Abfallpolitik (Abfallwirtschaftsbetrieb München, AWM)

Forum Soziales

Sozialreferat
Arbeitsgruppen: Beschäftigung (Sozialreferat, Referat für Arbeit und Wirtschaft und Referat für Bildung und Sport), Migration und Integration (Sozialreferat)

Forum Mobilität

Referat für Stadtplanung und Bauordnung
Arbeitsgruppen: Entwicklung einer neuen Mobilitätskultur (Kreisverwaltungsreferat), TEN-T (Referat für Stadtplanung und Bauordnung), Transport und Energieeffizienz (Referat für Stadtplanung und Bauordnung)

Arbeitsgruppen des Exekutivkomitees

Daseinsvorsorge, Urbane Agenda, Europäische Nachbarschaftspolitik (alle Referat für Arbeit und Wirtschaft)

Münchner Mitglieder in CEMR-Arbeitsgruppen

Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), auf Englisch CEMR (Council of European Municipalities and Regions), ist die älteste und europaweite Organisation der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften. Er vertritt europaweit etwa 100 000 kommunale Gebietskörperschaften sowie 57 nationale Kommunalverbände aus 41 Ländern. München ist über die Mitgliedschaft in der Deutschen Sektion des RGRE/CEMR seit 1972 in diesem europäischen Dachverband vertreten und arbeitet in verschiedenen Ausschüssen sowie Arbeitsgruppen mit. Die Vertretung der Stadt im Führungsgremium der Deutschen Sektion des RGRE, der Delegiertenversammlung, nehmen derzeit sieben ehrenamtliche Stadtratsmitglieder wahr: Die Stadträte Walter Zöllner, Fritz Schmude, Jens Röver und die Stadträtinnen Dr. Manuela Ohlhausen, Ulrike Boesser, Lydia Dietrich, Gabriele Neff sowie Bürgermeister Josef Schmid als ständiger Vertreter des Oberbürgermeisters. Von den Münchner Stadtratsmitgliedern ist Stadträtin Ulrike Boesser ordentliches Mitglied im Hauptausschuss und stellvertretendes Mitglied Stadträtin Lydia Dietrich. Stadtrat Walter Zöllner ist stellvertretendes Mitglied im Präsidium. Mitglieder im Deutsch-Französischen Ausschuss des RGRE sind Stadträtin Dr. Evelyne Menges, Stadtrat Klaus Peter Rupp sowie Stadträtin Ursula Sabathil, Mitglieder im Deutsch-Polnischen Ausschuss Stadtrat Walter Zöllner sowie Stadträtin Beatrix Zurek. Stadträtin Lydia Dietrich ist außerdem Mitglied des Policy Committees.

Für die Landeshauptstadt München nehmen folgende Personen in den CEMR Arbeitsgruppen teil:

- Standing Committee „Equality of women and men in local life“: Lydia Dietrich, Stadträtin (Die Grünen/Rosa Liste)

In folgenden Focus Groups ist München vertreten:

- Waste: Günther Langer (Abfallwirtschaftsbetrieb München, AWM)

Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)

Als Vertretung der Gemeinden und Regionen im Europarat verfolgt der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) die vornehmlichen Ziele des Europarates: Stadträtin Gabriele Neff (FWB) ist Vorsitzende des Current Affairs Committee des KGRE und Stadtrat Walter Zöllner (CSU) hat einen stellvertretenden Sitz. Der KGRE beobachtet, kontrolliert und bewertet vor allem die Einhaltung und Beachtung der Europäischen Charta der lokalen Selbstverwaltung in den 47 Mitgliedstaaten des Europarates und entsendet Delegationen zur Wahlbeobachtung in seine Mitgliedstaaten.

München engagiert sich außerdem in folgenden Netzwerken:

- **Anna Lindh Foundation**
- **Bayerischer Städtetag**
- **Boden-Bündnis ELSA e.V., European Land and Soil Alliance**
- **Cities for children**
- **CIVINET**
- **CIVITAS** Cleaner And Better Transport In Cities
- **Deutscher Städtetag**
- **DEFUS** Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit
- **EFUS** Europäisches Forum für Urbane Sicherheit
- **Europabüro der bayerischen Kommunen**
- **Energy Cities**
- **ECOMM** European Conference on Mobility Management
- **ETOA** European Tour Operator Association
- **ECM** European Cities Marketing
- **Gesunde-Städte-Netzwerk**
- **Integration Cities**
- **InterCity Youth** – European Network of Local Departments for Youth Work
- **International Association of Educating Cities**
- **Klima-Bündnis/Alianza del Clima e.V.**
- **SHARE**
- **XARXA**

Europa in der Stadtverwaltung

Mitglieder der Stadtratskommission

Europa der LHM mit Stimmrecht sind:

- Josef Schmid, 2. Bürgermeister und Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft
- Manuel Pretzl, CSU
- Dr. Manuela Olhausen, CSU
- Ulrike Boesser, SPD
- Jens Röver, SPD
- Lydia Dietrich, Die Grünen/Rosa Liste
- Gabriele Neff, FTB
- Sonja Haider, ÖDP

Arbeitskreis Europa:

Die Europabeauftragten der Referate

Baureferat: Stephan Strohal

Direktorium: Gisela Lang-Hefferle

Kommunalreferat: Veronika Feicht,

Günther Langer (AWM)

Kreisverwaltungsreferat: Georg Köberl

Kulturreferat: Hertha Pietsch-Zuber

Personal- und Organisationsreferat:

Josef Ruland

Referat für Arbeit und Wirtschaft,

Fachbereich Europa: Henriette Wägerle

Referat für Bildung und Sport:

Mathias Marschall

Referat für Gesundheit und Umwelt:

Helmer Honrich

Referat für Stadtplanung und Bauordnung:

Dr. Sylvia Pintarits

Sozialreferat: Thomas Pollmer

Stadtkämmerei: Gottfried Helmlinger

Koordinierungsgruppe Europarecht

Leitung: Gisela Lang-Hefferle, Direktorium

Einheitlicher Ansprechpartner für Unternehmen (EAP)

Der EAP unterstützt inländische und ausländische Unternehmer, insbesondere aus den EU-Ländern, die in München eine Dienstleistung erbringen oder ein Unternehmen gründen wollen.

www.eap-muenchen.de

Veranstaltungen in München

- 13.5.2016
Europa-Tag 2016 auf dem Marienplatz (RAW/RBS/EDI)
- 15.10.2016
„Conferenza sulle migrazioni a Monaco di Baviera“ im EineWeltHaus (Stadtarchiv/KULT)
- 12.10.2016
EU-Förderprogramm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ für Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen, Vereine, Verbände und Kommunen (KULT/EDI)
- 19.10.2016
„Erasmus+“ – EU-Förderprogramm für Projekte im Bereich Jugend- und Erwachsenenbildung (KULT)
- 27.10.2016
Aufaktveranstaltung ECCENTRIC (KVR)
- 1.12.2016
„Kreatives Europa – Teilprogramm KULTUR“, EU-Förderprogramm für Projekte der Kultur- und Kreativbranche (KULT)

Europe Direct Informationszentrum München & Oberbayern (EDI)

Das Europe Direct Informationszentrum München und Oberbayern dient als erste Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger, Institutionen und Schulen bei Fragen rund um die Europäische Union. Das Informationszentrum ist ein von der Europäischen Kommission gefördertes Gemeinschaftsprojekt des Fachbereichs Europa im Referat für Arbeit und Wirtschaft und der Münchner Stadtbibliothek als Institution des Kulturreferats der Landeshauptstadt München. Die Münchner Stadtbibliothek begleitet die Arbeit des Informationszentrums mit einer Diskussions- und Veranstaltungsreihe in der Münchner Stadtbibliothek am Gasteig, mit einem Schulklassenprogramm für Grundschulkindern in den 22 Stadteilbibliotheken sowie mit aktuellen Medientipps und Leseempfehlungen.

- 18.1.2016
„Angekommen – wirklich willkommen? Zuwanderung in Europa“, Podiumsdiskussion mit Claude Trudelle, Generaldelegierter der Regierung von Québec, Prof. Dr. Karl-Heinz Meier-Braun, SWR-Integrationsbeauftragter, und Avrani Jakobsen, International House Kopenhagen
- 18.4.2016
„Europa solidarisch – Gibt es (noch) einen europäischen Geist?“, Podiumsdiskussion in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Mit Dr. Ulrike Guérot, European School of Governance, Frank Hantke, Friedrich-Ebert-Stiftung Albanien, Prof. Dr. Nenad Zakošek, wissenschaftlicher Berater der Friedrich-Ebert-Stiftung Kroatien, und Dr. Hansjörg Brey, Südosteuropa-Gesellschaft München

- 12.9.2016
„Brexit – und nun? Folgen für die EU und Deutschland“, Podiumsdiskussion in Kooperation mit der Europäischen Akademie Bayern. Mit Daniel Brössler, Süddeutsche Zeitung, und Dr. Melanie Sully, Go-Governance Institut Wien, Moderation: Gerard Losher, Bayerischer Rundfunk
- 12.10.2016
„EU-Förderprogramm Europa für Bürgerinnen und Bürger (EfBB)“ in Zusammenarbeit mit dem Kulturreferat. Dozentin: Christine Wingert, Kontaktstelle Deutschland „Europa für Bürgerinnen und Bürger“, Vorstellung des Förderprogramms, anschließend. Workshop zur Projektentwicklung
- 15.10. und 22.10.2016
„Augen-Blick mal Europa – Fotografie-Workshop für Kinder“ in Zusammenarbeit mit dem Kultur und Spielraum e.V.;
- 20.10.2016
„Wege ins Ausland – Jugendinfomesse“, in Zusammenarbeit mit dem Jugendinformationszentrum München (JIZ), MSB/UpDate und der Agentur für Arbeit
- 7.11.2016
„Flaschenpostgeschichten“, Lesung mit Autor Oliver Lück
- Ganzjährig
EU-Rally; in Zusammenarbeit mit der Kinder- und Jugendbibliothek und den Stadteilbibliotheken

Bibliothekangebot

Als lebendige Großstadtbibliothek bietet die Münchner Stadtbibliothek aktuelle Medien und Zeitschriften in vielen verschiedenen Sprachen an. Der Online-Zugang zu mehr als 4000 Zeitungen, Magazinen und Zeitschriften aus aller Welt – wird seit 2015 nicht mehr nur in der Bibliothek angeboten, sondern kann über die Webseite der Münchner Stadtbibliothek auch von zu Hause aus genutzt werden. Tagesaktuelle Zeitungen und Zeitschriften aus 100 Ländern in über 50 Sprachen können so häufig noch vor Erscheinen der Print-Ausgabe online gelesen werden. Das Archiv reicht bis zu 90 Tage zurück, neue Titel werden automatisch freigeschaltet. Mit einem Bibliotheksausweis ist der Service kostenlos.

Bibliothek für Flüchtlinge

Um den Bedürfnissen der in München angekommenen Flüchtlingen gerecht zu werden, hat die Münchner Stadtbibliothek 2015 ihre Aktivitäten rund um Deutschkurse, Bibliotheksführungen für Deutschlernende, aber auch Angebote für Ehrenamtliche, Multiplikatoren und Pädagogen und Pädagoginnen in Übergangsklassen deutlich ausgebaut.

Netzwerktreffen der Münchner Europaakteure

Am 9. November trafen sich mehr als 80 Münchner EU-Akteure auf Einladung des Fachbereichs Europa im Referat für Arbeit und Wirtschaft und des Europe Direct Informationszentrums im Kleinen Sitzungssaal im Neuen Münchner Rathaus. Thema des Abends mit Fishbowl-Diskussion: Für Europa auf die Straßen gehen? Mehr Engagement für den europäischen Gedanken.

Veranstaltungen der Münchner Volkshochschule (MVHS)

Das Fachgebiet „Politik und Gesellschaft“ der Münchner Volkshochschule veranstaltet regelmäßig Vorträge, Podiumsdiskussionen, Gesprächskreise und Kurse zu europaspezifischen Themen. Die Schwerpunkte sind dabei europäische Politik, Länderkunde und europäische Geschichte. Im Jahr 2016 wurden folgende Veranstaltungen durchgeführt (Auswahl).

Europa allgemein

- 4.2.–18.2.2016
Wohin steuert Europa? Vortragsreihe über Finalität und Sicherheitspolitik
- 21.3.2016
Europa ja – aber welches?
- Vortrag von Prof. Dr. Dieter Grimm, ehem. Präsident des Bundesverfassungsgerichtes
- 5.4.2016
Europa vor dem Aus? Christian Ude im Gespräch mit Gesine Schwan, Vortrag mit Diskussion

Europa: Länder

- 7.3.2016
Donald Tusk und Polens politische Geschichte, Vortrag
- 21.6.2016
Frankreich in Europa – kleiner Partner Deutschlands?, Vortrag
- 14.6.2016
Großbritannien vor dem Brexit? Vortrag
- 7.10.2016
Brexit and its Consequences, Vortrag

Europa: Geschichte

- 10.3.–30.6.2016
Das deutsche Europa? Deutschlands Rolle in Europa im Zeitprofil, Geschichtskurs
- 19.4.–31.5.2016
Länder und Völker der Donaumonarchie, Vortragsreihe

Europa in München

Vertretung der Europäischen Kommission in München

Entscheidungen der EU in Baden-Württemberg und Bayern bekannt und verständlich zu machen und eine informierte Debatte über europäische Themen anzustoßen – das ist die Aufgabe der Regionalvertretung der Europäischen Kommission in München, Bob-van-Benthem-Platz 1, unter der Leitung von Joachim Menze.

www.ec.europa.eu/deutschland

Vertretung des Europäischen Parlaments

Die Informationsbüros sind das Bindeglied zwischen dem Europäischen Parlament und den Bürgerinnen und Bürgern. Das Informationsbüro München leitet Tobias Winkler.

www.europarl.de

Mitglieder des Europäischen Parlaments aus Bayern

- Prof. Dr. Klaus Buchner, öDP, München
- Albert Dess, CSU, Neumarkt i. d. Oberpfalz
- Ismail Ertug, SPD, Regensburg
- Markus Ferber, CSU, Augsburg
- Thomas Händel, DIE LINKE, Fürth
- Monika Hohlmeier, CSU, Lichtenfels
- Barbara Lochbihler, DIE GRÜNEN, Kaufbeuren
- Ulrike Müller, Freie Wähler, Mitten-Wilhelms
- Dr. Angelika Niebler, CSU, Ebersberg
- Maria Noichl, SPD, Rosenheim
- Manfred Weber, CSU, Wildenberg
- Kerstin Westphal, SPD, Schweinfurt

Impressum**Herausgeber**

Landeshauptstadt München
 Referat für Arbeit und Wirtschaft
 Herzog-Wilhelm-Straße 15
 80331 München
 europa@muenchen.de
 www.muenchen.de/europa

Redaktion

Petra Pintscher, München

Gestaltung

Kochan & Partner GmbH, München

Druck

Bavaria Druck GmbH, München

Gedruckt auf Satimatt green, FSC-Mix, aus zertifiziertem Holz,
 aus kontrollierten Quellen und aus Recyclingmaterial

März 2017
 Heft Nummer 306

Bildnachweise

Titel	L. Gervasi; Chan Srithaweepon – Getty Images; ventdusud – iStock
3	Michael Nagy/Presseamt München
4	Referat für Arbeit und Wirtschaft
5	Referat für Arbeit und Wirtschaft
7	C. Reiter
8	B. Roemmelt
12	Referat für Umwelt und Gesundheit
13	Referat für Stadtplanung und Bauordnung
14/15	Abfallwirtschaftsbetrieb München/ Ralf Breer
16	Referat für Stadtplanung und Bauordnung
19	MVG/K. Groth, Bethel Fath
20	SWM
21	MGS/Wolf, TUM/Hannah M. Varga
23	Referat für Stadtplanung und Bauordnung
25	SWM
26	Lisa Maier
27	Kulturreferat
28-30	Referat für Bildung und Sport
31	Baureferat
32/33	Sachgebiet Internationale Kooperationen im Fachbereich Europa des Referats für Arbeit und Wirtschaft.
34	Personal- und Organisationsreferat
35	Landeshauptstadt München
36	Referat für Bildung und Sport
38	Referat für Arbeit und Wirtschaft/Andreas Heddergott
39	Referat für Arbeit und Wirtschaft
40	EUROCITIES
43	Michael Nagy/Presseamt München
45	Europäische Akademie Bayern
46	Europäisches Parlament
47	Kathrin Schäfer

Die Publikation entstand dank der Mitarbeit und durch Beiträge aller städtischen Referate der Landeshauptstadt München im Fachbereich Europa des Referats für Arbeit und Wirtschaft unter der Leitung von Henriette Wägerle.

Haben Sie Rückfragen oder wünschen Sie weitere Informationen? Dann wenden Sie sich gerne an uns, wir bemühen uns, Ihnen weiterzuhelfen: europa@muenchen.de.

www.muenchen.de/europa

M  **DICH**
MÜNCHEN MAG DICH
EUROPA VERBINDET